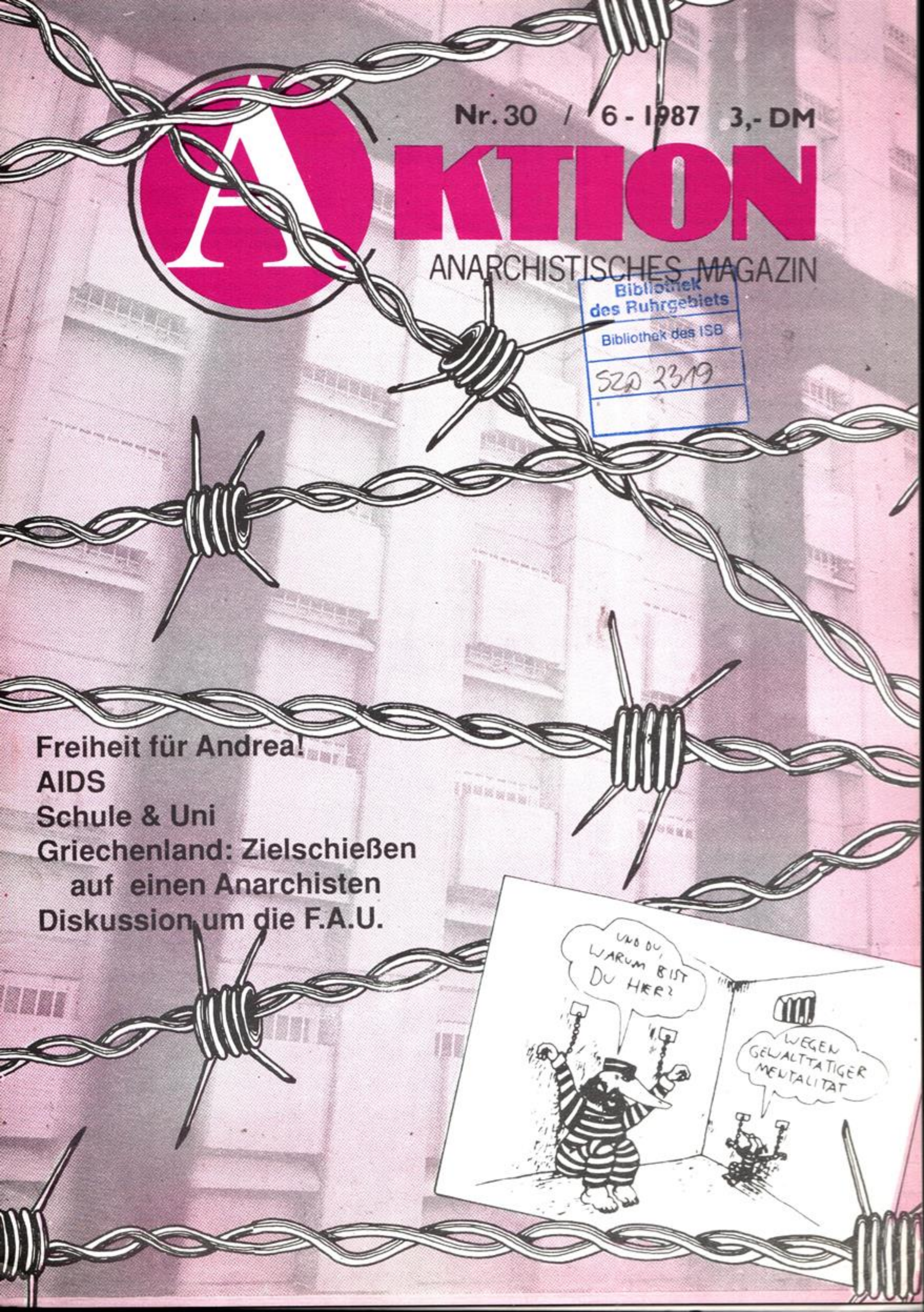

Nr. 30 / 6 - 1987 3,- DM
AKTION
ANARCHISTISCHES MAGAZIN
Freiheit für Andrea!
AIDS
Schule & Uni
Griechenland: Zielschießen
auf einen Anarchisten
Diskussion um die F.A.U.
UND DU, WARUM BIST DU HIER?
WEGEN GEWALTTATIGER MENTALITAT



REDAKTIONEN:

AKTION und
Regionalredaktion Frankfurt
c/o Libertäres Zentrum
Kriegkstr. 38
6000 Frankfurt
Tel. 069-7381152
Redaktionstreffen: jeden Dienstag 19 Uhr im LZ

Redaktionsmitglieder:
Fenris Wolf, Omega, D., Spiegelbruch, Smea Gol, Petronella, Dutti, Hegesias, Nieddu, JOTA, CO

Regionalredaktion Göttingen:
c/o Buchladen Rote Straße
Rote Straße 10
3400 Göttingen

Regionalredaktion Hamburg:
c/o Schwarzmarkt
Paulinenstr. 15
2000 Hamburg 4

Regionalredaktion Rhein-Ruhr:
c/o Libertäres Zentrum
Essenberger Str. 100
4130 Moers
Tel. 02841-503942

Regionalredaktion Darmstadt:
Postlagerkarte 010093 B
6100 Darmstadt
oder
Infoladen
Frankfurterstr. 70
6100 Darmstadt

ViSdP: G. Neumann

Sämtliche Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion und schon gar nicht die des presserechtlich Verantwortlichen wieder.

Konto:
K. Cohrs
Postgiroamt Frankfurt
Postgirokonto 3337 97 - 601
BLZ 500 100 60

ABO:
5 Ausgaben 15.-DM
10 Ausgaben 30.-DM
Überweisungen mit Angabe der ersten zu sendenden Nummer auf unser Konto oder mit Scheck. Absender nicht vergessen!
Wiederverkäufer erhalten 30% Rabatt zuzüglich Porto.

Eigentumsvorbehalt:
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie der/m Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/m Gefangenen nicht ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

EDITORIAL

Business-Glas ist unser Standard

Medientreffen in Frankfurt

Am 3./4.87 im Libertären Zentrum Frankfurt waren nur die Regionalredaktionen von der AKTION und einige Nicht-ZeitungsmacherInnen anwesend. Es wurde beschlossen, da keine weiteren libertären Zeitungen anwesend waren, einige aber Interesse bekundet und aus Termingründen absagen mußten, einen neuen Termin Anfang nächsten Jahres festzulegen. Es sollte auch genügen, wenn ein oder zwei Leute pro Zeitung anwesen sind.
Von der AKTION aus können wir uns ein Zusammenarbeit z.B. in Form einer gemeinsamen Zeitung zu einem Schwerpunkt vorstellen, wozu, wie wir erfuhren auch schon andere Zeitungen praktisches Interesse haben. Das Treffen wurde dann zu einem Regionalredaktionentreffen der AKTION umfunktioniert, was eh im Anschluß hätte laufen sollen.

Regionalredaktionen der AKTION

Was wir in den letzten Ausgaben bereits praktiziert hatten, wurden auf einem Regionalredaktionentreffen nun auch mal theoretisch festgehalten. Es gibt z.Z. vier feste Regionalredaktionen (Göttingen, Darmstadt, Hamburg, Rhein/Ruhr) neben Frankfurt. Die vorausgegangene Praxis hatte sich besonders in der letzten AKTION als **mehr** oder weniger proplematisch erwiesen. Dies lag einerseit an der mangelnden Koordination (siehe Protest aus Göttingen in der letzten AKTION), an der Erfahrungslosigkeit der Regionalredaktionen (wie gehe ich mit Terminen um, was ist wie druckbar, wieviele Seiten haben Platz), wie auch an einem dem großen Ansturm nicht gewachsenen Konzeptes unsererseits.



Wir aus Frankfurt bekamen die Befürchtung, zu einer reinen Koordinations- und Technikredaktion zu verkommen. Das hieß, wir mußten praktikable Lösungen der Arbeitsteilung, Koordination und Entscheidungsstrukturen finden. Anderes war für uns aber genauso wichtig zu klären. Z.B. woher kommt das Interesse der einzelnen Leute an dieser Zeitung mitzuarbeiten, welche Vorstellungen, Hoffnungen und Wünsche sind damit verbunden.

Die AKTION ist ein konkretes, längerfristiges Projekt, durch das auch eine **kleine Gruppe** oder wie bei der Regionalredaktion Rhein/Ruhr (viele Leute aus verschiedenen Städten dieser Region) die Möglichkeit haben, ihre Auseinandersetzungen und die Geschehnisse in ihrer Region ohne allzu großen Arbeitsaufwand (wie neue Zeitung machen) bundesweit weiterzuvermitteln. Die Möglichkeit raus aus dem eingeschränkten Diskussionskreis der eigenen Szene/Region hin zu einem bundesweiten Diskussionsforum zu kommen, ist so ziemlich für alle das wesentliche. Daran anknüpfend könnte die Zeitung **ein** Mittel zur Organisierung der libertären Bewegung werden und die aktuellen Kämpfe unterstützen.

Wir haben beschlossen, daß das "rein regionale" auf höchstens zwei Seiten pro Redaktion bgrenzt sein soll (ein sechswöchiges Buch ist einfach zuviel). Für Artikel, die sich zwar auf die Region/Stadt beziehen, aber bundesweit interessant sind, sind vier weitere Seiten vorgesehen. Die allgemeinen Artikel sollen ganz normal thematisch in die Zeitung eingegliedert werden.

Es soll versucht werden, über unterschiedliche Kontaktformen zu einer gemeinsamen Entscheidungsstruktur zu kommen. Der Schwarze Peter wird aber erstmal in Frankfurt bleiben. Durch regelmäßige Treffen soll eine gemeinsame Grundlage zu Theorie und Praxis geschaffen werden. Alles technische hoffen wir einigermaßen in Griff zu haben.
Eine Zeitung ist ein Medium und was daraus wird liegt daran, wie wir es nutzen.

Das nächste Regionalredaktionentreffen der AKTION findet am 19./20.12.87 ab 12 Uhr im Libertären Zentrum, Essenbergerstr. 100, 4130 Moers, Tel. 02841-503942 statt. Hierzu sind alle an dem Projekt AKTION Interessierten eingeladen. Themen: Finanzen, Repression, Inhalte etc.
Bitte meldet euch rechtzeitig bei den Moersern an.

WiederverkäuferInnen

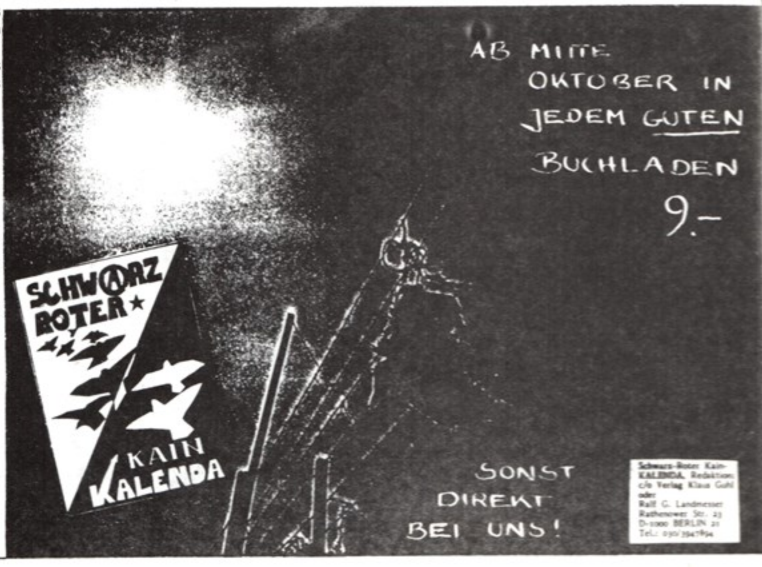
Eine Zeitung wie unsere steht und fällt mit dem Vertrieb. Daher suchen wir in der ganzen BRD noch Leute und Gruppen, aber auch Buchläden, denen die AKTION so gut gefällt, daß sie sie weiterverkaufen möchten.
Es gibt natürlich auch 30% Rabatt pro Exemplar, d.h. auf einer Demo oder Veranstaltung 10 oder 50 AKTIONen verscheuert - das geht oft sehr fix - bringen dir oder eurer Gruppe gut Kohle.
Allerdings stellen wir auch Ansprüche. Bei Erhalt der nächsten Nummer sollte die vorherige abgerechnet werden. Ansonsten kommt nix mehr. Auf diese Weise bleibt unsere Zeitung finanzierbar (schlechte Erfahrungen aus der Vergangenheit).

Knastfreiabos

Solange es uns finanziell möglich ist, verschicken wir Freiabos in die Knäste. Allerdings kommen des öfteren Sendungen zurück mit dem Vermerk "unbekannt verzogen". Falls ihr also nicht regelmäßig die AKTION bekommt, meldet euch, da wir nicht in jedem Einzelfall nachchecken können.

Eure Redaktion





LESERBRIEF:

ZEHNJÄHRIGES JUBILÄUM



In der letzten Ausgabe wird dem Anarchosyndikalismus ala FAU ein großes Spektrum gegeben. Prompt folgt die Erwiderung, zugleich berechtigt. Trotz aller Kritik an der FAU sind allein zehn Jahre kontinuierliches Bestehen für Anarchos es wert, bestätigt zu werden. Sicherlich hat es nicht viel gebracht. Also taugt die FAU wohl nichts? Keine revolutionären ArbeiterInnen, die dem System den letzten Gnadenstoß versetzen. Wie soll es auch nach über 40 Jahren SPD und der ihr hörigen Gewerkschaft.

Dazu kommt die brutale Geschichte des Faschismus und begleitend der Antikommunismus. Ein Antikommunismus, der die Linke hier bedingt, lange Zeit die Gesellschaften des realen Kommunismus, wenn auch mit einigen Bedenken, zu verteidigen. Zudem, wenn mal ein klitzekleines bißchen Anarchie auftaucht, wird der Begriff Anarchie der RAF untergesetzt. Oder wie neulich in den Tagestehmen in einem Bericht über Haiti, als Menschen zu sehen waren, die massiv gegen Repressionskräfte vorgingen. Eben dieses Vorgehen wird dann einfach als Übel der Anarchie bezeichnet, wenn Streiks ausbrechen ohne dahinter eine Zentralgewerkschaft zu haben, oder sonstiges. Ich selbst bin kein FAU-Mitglied, eher ein umherschweifender Anarcho. Doch ist mir die FAU keineswegs egal. Eher ist eine starke Zuneigung vorhanden. Zumal ich selbst in Köln bei einer FAU-Veranstaltung über die Misere der Massenentlassungen bei AEG sprach, als in Berlin-West dies anstand. Es war für mich toll zu sehen, daß es doch noch ein paar unentwegte gab, die die ArbetierInnenbewegung nicht vergessen haben, oder einfach den Abschied anboten.
Nun seitdem bin ich selbst mit dem Anarchismus beschäftigt, neben der Alterna(t)ivbewegung. Leider hatte es damals zu einer vorgesehenen Betriebsbesetzung nicht gereicht. Und was die offizielle Gewerkschaft betrifft, das war in einem Wort gesprochen nur noch makaber und mit ein Höhepunkt während einer Veranstaltung in der Eissporthalle, wo etwa 2000 MalocherInnen erschienen. Der Betriebsratsvositzende sprach zwar auch von den Vorgängen der Entlassungen, doch hauptsächlich wie die AEG-Betriebsstätten Anfang des Jahrhunderts in der Brunnenstraße errichtet wurden und wie schön die Gebäude seien ...
Was mich auch nicht überraschte war, daß die Kumpel nicht einmal dagegen protestierten. Deshalb zu einem Punkt, der so unwichtig nicht ist, nämlich zum persönlichen Einsatz. Ich selbst war nicht direkt in der Brunnenstraße beschäftigt, hatte in einigen Betriebssitzungen gesprochen. Das erste Mal als ich sprach, gewiß eher in einer "revolutionären Manier", wollten mich einige Kollegen schon vom Podest holen. Doch bei den folgenden Auftritten bekam ich erstaunlicherweise Beifall. Leider war das auch (fast) das einzige. Allerdings beim dritten Mal wurde die Redezeit (wie demokratisch) auf zehn Minuten beschränkt. Was soll man in zehn Minuten von solch komplexen Vorgängen schon sagen? Zuguterletzt erhielt ich dann ein halbes Jahr später sanft meine Kündigung.
Das in Kürze, weil es enorm schwer ist, innerhalb eines Betriebes politische Arbeit zu machen. Es ist manchmal nur im persönlichen Gespräch in der Kantine oder nach Feierabend möglich oder mit politisch Tätigen in einer Gewerkschaftsgruppe. Dabei gibt es dann Schwierigkeiten mit der jeweiligen Politgruppe, vom SEW bis zum linken SPDler. Zynisch gesagt, wenn jemand sagt, er wäre Anarchist, würden die umkippen, und nicht nur sprichwörtlich. Nebenbei bemerkt reichte bei mir schon der Begriff ein "linker" Gewerkschafter zu sein zu erstaunten Blicken.
Es ließe sich ein ganzes Buch solcher Anekdoten erzählen. Im Nachblüttern berüchtigter Anarchobücher/Broschüren fiel mein Blick auf Malatesta. Er schrieb, wie solle man von Schafen, die über Jahrzehnte so gehalten wurden, erwarten, daß sie über Nacht zu reißenden Wölfen werden? Ein treffliches und zugleich wehtuendes Argument, nicht nur für uns Anarchos. Es ist eben nicht einfach mit der Formel der herrschaftslosen und ausbeutungsfreien Gesellschaft. Die Realität eines Betriebsalltags ist weit entfernt z. B. von dem einer Universität. Und so ist für Viele im Betrieb der Begriff Widerstand oder sonst was, erscheckender als die vage Hoffnung, während der jetzigen Krise mit Wohlverhalten den Kopf aus der Schlinge zu ziehen. Dann kann, selbst erlebt, nebenan ein kleineres Werk schließen. Und sie hoffen nur, ihres macht nicht dicht. Na ja, vielleicht wählen wir sogar klammheimlich die Grünen, damit nicht alles den Bach runter geht oder denen da oben etwas entgegen gehalten wird. Aber selbst etwas machen - nein Danke. Ich hab Familie und sonstige Ausreden. Und wie "Arbeiterselbstverwaltung"? Das ist doch wie im Osten! Aber Nein! Wir selbst übernehmen den Betrieb? Ja, wenn alle mitmachen, dann vielleicht ...

Dies war ein kleiner Einblick in "revolutionäre Betriebsarbeit". Dies ist auch für die Kritiker, die sicherlich da und dort nicht Unrecht haben. Daß die Arbeit der FAU stagniert, ist für mich beinahe selbstverständlich. Denn wer macht sich als Gegenkritik gesprochen die Arbeit, in einem stinkbürgerlichen Betrieb ackern zu gehen, größtenteils völig entfremdet? Zum anderen, wer die Hoffnung auf Andere setzt, nicht zu Unrecht, macht sich die Mühe, vor dem Werktor irgendwelche Flugblätter zu verteilen, falls dies überhaupt geschieht. So etwas weiß ich nicht einmal von Berlin Rest.
Zumal das Sichbeschäftigen mit den Ausgebeuteten im Sinne politischer Arbeit kein Zuckerschlecken ist, eher nervend und teilweise wie ein Psychokrimi. Ja, von den eigenen Kollegen wirst du noch fertig gemacht.

Zum Glück nicht von allen. Gut. Die ArbeiterInnenbewegung ist so wie sie ist, ein morscher Haufen verführter Konsummenschen und allenfalls ein Karteimitglied in der Gewerkschaft. Denn sonst könnten die ja mit uns alles machen. Im Grunde genommen ist eigentlich die Arbeit in den Betrieben und Gewerkschaften ein "mühsames" Aufopfern. Wer da von militanter



Organisierung spricht oder vom Abwandern, hat beides nicht berücksichtigt. Das eine ist noch weit entfernt, das andere aus dem eben beschriebenem nicht so unverständlich.
Wo doch selbst, nicht bös gemeint, ein Arbeiter voriges Jahr im Arbeiterkampf schrieb, der wegen solcher erlebnisreicher Vorgänge im besten Sinne des Wortes die Schnauze voll hatte. Recht hat er. Nebenbei, ich habe auch schon Lustiges erlebt mit einem türckischen Kollegen, unterhaltend vom Baden und Tauchen im Mittelmeer, kamen wir so langsam zu den Gefahren von Atomkraftwerken. Denn diese brauchen ja Kühlwasser. Nun, wir quakten voll 1 1/2 Stunden, und die Abteilung wurde immer ruhiger. So lauschten dann immerhin etwa 15 Kumpels und Kumpelinchens unserer aufschlußreichen "Vorlesung", abzüglich der Profitrate. Und keiner hat uns verpfiffen.
Gewerkschaftsarbeit, dazu noch revolutionäre, ist heutzutage sehr schwer. Doch andererseits auch nicht ohne Hoffnung. Das Unmögliche fordern, um das Mögliche zu erreichen, eben auch im Sinne des Anarchosyndikalismus, ist und bleibt so unberechtigt nicht. Denn das schließt anderweitige Arbeit nicht aus. Ob gegen die Raketen, AKWs usw., mit Jobberinitiativen und für weitere Arbeitszeitverkürzungen. Nichts wie ran!
Warum eigentlich dieses Gestreite? Errichten wir viel eher libertäre Zentren in vielen, ja allen Orten, um von dort die Ausgebeuteten einzuladen, wie in Hamburg zur Schulung, oder beim Bierchen gegen das Schweinesystem zu wettern, oder um den eigenen Frust auszutauschen. Was hindert uns daran? Schauen wir zusammen mit KollegInnen dort einen Videofilm an, z. B. über den Kampf der ArbeiterInnen von Puerto Real in Spanien, ohne dabei zu Vidioten zu verkümmern, und auch nicht einzeln. Eher wie eine "Erweckung", daß es so etwas wie Widerstand gibt, und nicht nur in der Gewerkschaft, wie etwa "hiermit fordern wir die Geschäftsleitung auf ... blablabla".
So nebenbei drücken wir ihnen dann eine Broschüre der FAU in die Hand oder von der allberüchtigten spanischen Bewegung, oder was AnarchistInnen unter sozialer Revolution verstehen. Dies eben auch mit den Arbeitslosen. Im Grunde viel zu schade (mich selbst eingeschlossen), daß wir AnarchistInnen so wenig dazu unternehmen, obwohl hier ein Konfliktpotential vorhanden ist. Einerseits die Gefahr, daß Betroffene, z. B. Jugendliche zu den Skins abwandern usw., andererseits um aus diesem Potential, jetzt nicht als Missionsarbeit mißverstanden, MitkämpferInnen (klingt etwas heroisch, doch mir fällt anderes nicht ein) zu gewinnen, um ein sozialrevolutionäres Vorhaben in die Wege zu leiten. Sollten die Betroffenen nicht zu Dauervidioten, was noch nicht das schlimmste ist, dann schon weiter abwärts in den Alkohol versumpfen, und wie vorhin im schlimmsten Fall einem faschistoiden Rumel zu unterliegen. Sicher wird es weiter auch unter uns Schwierigkeiten geben, z. B. ob gewaltfrei oder nicht gewaltfrei Widerstand geleistet wird usw. Zugegeben, wenn auch etwas oberlehrerhaft beschrieben, laßt uns untereinander nicht so verhärten, sondern weiter "arbeiten", was Anarchie mit konkreten Inhalten bedeutet.

Ein Anti-Berliner

"ALLE JAHRE WIEDER...." - EINE F.A.U.-KRITIK!

Zum "10 Jahre FAU" - Artikel in AKTION Nr.28

Es ist schwierig, eine Antwort auf Euren Artikel zu schreiben, da er ständig die Ebene der Argumentation wechselt.

Schon in der Einleitung werden Fragen nach der Aktualität von Organisierung in Gewerkschaften, syndikalistischen Konzepten und dem Klassenbegriff formuliert. Nicht unberechtigt meinen wir. Die Haare standen uns allerdings zu Berge, als wir Eure Frage, ob man den (ach-so-unmodernen) Begriff "KLASSE" nicht besser durch einen moderneren ersetzen sollte, gelesen hatten. Das Begriff und Inhalt von "Klasse" und "Klassenkampf" nicht mehr zeitgemäß seien, versuchen uns die Herrschenden schon länger weiszumachen. Werden wir demnächst in der AKTION von "sozialschwachen Gesellschaftsschichten", "unteren Eikommenslagen", "sozialversicherungspflichtigen Gruppen" und dergleichen lesen? Modern (im Sinne von "Mode") ist das sicherlich. Auch unseren "Antikapitalismus" werden wir, entgegen Eurem anraten, nicht ins Museum stecken. Richtig: Die FAU ist "unmodern", und wir verzichten gern darauf, stromlinienförmig, neon-grell und pflegeleicht zu werden.
Wir verneinen auch Eure Frage, ob es "die Arbeiterbewegung, so wie sie mystifiziert in unseren (Euren!) Köpfen hängt, jemals gegeben hat." Das Bild von "Arbeiterbewegung", wie es sich durch Euren Artikel zieht, hat es sicherlich nie gegeben und ist dem Proletkult der K-Gruppen entlehnt.

Die Geschichte des Anarchosyndikalismus zeigt uns eine Menge von Aktivitäten über den Betriebskampf hinaus. Ihr solltet Euch einmal mit der Geschichte des Anarchosyndikalismus beschäftigen, dann würdet Ihr auf so manches stoßen, was für Euch heute eine "unpolitische Aufblähung des Anarchosyndikalismus" bedeutet.

Richtig ist, daß die "Organisierungsdebatte schon länger läuft." Die FAU durfte in den 10 Jahren ihres Bestehens mindestens 5 Dutzend solcher Debatten in der A-Szene beobachten. Organisationsansätze von Anarchos, die

über das Gründungstreffen hinaus einige Wochen / Monate bestanden, gehörten schon zu den relativ "erfolgreichen" und waren dementsprechend selten. Politische Satire könnte nicht beißender sein.



Wir sehen unsere Organisation nicht unbedingt im Zusammenhang mit den Organisationsdebatten der "Szien". Wir wollen nicht die Szene organisieren, sondern uns mit anderen Menschen kollektiv gegen den alltäglichen Terror des kapitalistischen Systems zur Wehr setzen.
Zur Organisierung gehört ein gewisses Mindestmaß an Organisation. Wohin die Nichtanerkennung dieser Binsenweisheit führt, zeigt uns die Desorganisiertheit der Libertären in diesem unseren Lande. Theoretisch wird die Notwendigkeit von Organisation von westdeutschen Anarchos und Anarchas nicht infragegestellt. Praktisch handeln sich jedoch all diejenigen, die das konsequent umsetzen wollen, Vorwürfe wie "Bürokratismus", "Dogmatismus" und ähnliche Beschimpfungen ein.

Daß es auf dem FAU-Kongreß eine Tagesordnung gab, daß die Ortsgruppen aus ihrer Praxis berichteten, daß Anträge sogar fristgerecht gestellt wurden, daß in Arbeitsgruppen diskutiert wurde, daß wir die Koordination nicht dem Zufall überlassen wollen, sondern ein Komitee wählten... - all das wird in Eurem Artikel als Indiz für "Bürokratie" angeführt. Aber so "bürokratisch" sind wir doch garnicht: Ihr schreibt selbst, daß im letzten Jahr nur 70 FAUler ihren Beitrag regelmäßig bezahlt haben.
Warum der Bericht des Nationalkomitees "niederschmetternd" gewesen sein soll, ist uns nicht klar. Niederschmetternd ist es, wenn ehemalige GenossInnen, die sich an keiner Diskussion der letzten Jahre beteiligten, uns dermaßen blöde anpinkeln.
Wir sehen Euren Artikel kaum als Kritik an, da er die Situation der FAU überhaupt nicht trifft, und darüberhinaus unlogisch ist. Kaum einer Eurer Vorwürfe steht nicht im direkten Gegensatz zu einem Anderen.

Da heißt es, daß die FAU keine Außenkontakte hätte, gleichzeitig aber der Vorwurf(!), daß FAUler "sehr aktiv" in verschiedenen Teilbereichsbewegungen sind. Einerseits sei die Aktivität von Anarchosyndikalisten außerhalb des Betriebs "unpolitisch", andererseits hätten wir uns nicht genug in die Bewegungen der letzten Jahre eingeklinkt. Einerseits würden wir keine Betriebsarbeit machen, andererseits "treten wir nicht als FAU auf", wenn wir mit unseren Kollegen Kollektivität im Betrieb entwickeln.
Sicherlich sind unsere betrieblichen Aktivitäten im Moment sehr begrenzt, -wer die heutige Situation in den Betrieben kennt, wird uns das kaum zum Vorwurf machen. Wir halten es auch für richtiger, nicht als "FAU-Vertreter" den Betriebskasper zu spielen. Wir wollen nicht auf den "Spielwiesen", die das System uns anbietet, kämpfen, sondern dort, wo wir leben und arbeiten. Da helfen uns keine schwarzroten Fahnen oder Sturmhauben, sondern nur unsere Persönlichkeit und Kreativität.

Hauptvorwurf Eures Artikels ist unsere "Erfolglosigkeit". "Der DGB ist und bleibt die einzig relevante Gewerkschaft." Haarscharf analysiert! Abgesehen davon, daß unsere Vorstellungen von "Gewerkschaft" doch etwas weiter gehen als die des DGB, geben wir gerne zu, noch weit von der Massenorganisation entfernt zu sein. Dieser Logik zufolge müßten die FAU sich wirklich auflösen und verstärkt in der SPD und dem DGB mitwirken - die sind nämlich erfolgreich.
Richtig ist, wenn Ihr schreibt, daß eine Organisierung in Betrieben "mit beiden Beinen in der heutigen sozialen, politischen und gesellschaftlichen Realität" stehen muß. Warum meint Ihr aber, daß diese Organisation "Verankerung in der autonomen Bewegung anstreben" muß? Verankerung muß dort stattfinden, wo sich antikapitalistische Kämpfe entwickeln lassen, nicht in der diffusen "autonomen" Subkultur. Das haben mittlerweile auch Teile der "Szien" erkannt: "Raus aus dem Getto" heißt die Parole. Für die FAU, die sich seit 10 Jahren überwiegend aus Nicht-Szene-Leuten zusamensetzt, wahrlich nichts Neues...

Bleibt die Frage, was Ihr mit Eurem Pamphlet erreichen wollt. Wem nützt es, alte Vorurteile zum X-ten Male aufzuwärmen, anstatt Euch mit dem auseinanderzusetzen, was die FAU tatsächlich ist? Gut, im Gegensatz zum "Freiraum" oder der BWK-"Beilage" habt Ihr nicht gefälscht. Aber was soll es, wenn Ihr versucht, unsere Ansätze in einen Gegensatz zum Anarchosyndikalismus zu bringen?

FAU - Hamburg







EUSKADI TA ASKATASUNA

Der Kampf im Baskenland hat viele Fronten.
Kommt man nach 2 Stunden Fahrt durch die öde, flache Landschaft der Gascogne, hinter Bayonne, in die Nähe des Baskenlandes, erscheinen die grünen Hügel, die für den spanischen Teil des Baskenlandes Typisch sind, wie eine Fata Morgana.

Doch nicht nur die Landschaft ändert sich nach der Grenze von Irun. Eine gänzlich andere Atmosphäre prägt das spanische Baskenland. Waren es eben in Frankreich noch die Wochenendhäuser der Pariser Schickeria und Campingplätze der Luxusklasse, so sind es 30 Minuten später Fabriken, Werften und andere Schwerindustrie, die das Bild beherrschen. Mit den dazugehörigen, dicht gedrängten Arbeitersiedlungen. Industrietypische Gerüche überlagern den Duft des nahen Atlantiks. Die Wände in diesen trostlosen Industrievororten sind überwuchert von Graffiti und Plakaten auf denen in Baskisch oder auch zweisprachig Begriffe wie "Euskadi, Askatasuna, Amnistia, Presoak" und schließlich auch das magische Kürzel "ETA" auftaucht. Spätestens jetzt beginnt das Herz eines jeden Revolutionsromantikers zu pochen. "Gora ETA" steht an der Wand Renteria, einem der unruhigsten Orte im Baskenland, es lebe die ETA.
Diese Begriffe und seit zwei Jahren die Parole: "Boycot Francia" findet man zwischen San Sebastian und Bilbao, zwischen Deba und Pamplona in fast jedem noch so kleinen Kaff.
Entsprechend ist das Bullenaufgebot der Zentrale in Madrid. Daran hat auch der Wechsel von der Faschisten zu den sog. Sozialisten nichts geändert. Die innere Struktur des Hauptgegners im Baskenland, der Guardia Civil ist gleichgeblieben.



Wie Besatzerkasernen liegen die Wachen der Guardia Civil in den Städten und Fischerdörfern an der Biscaya. In Deba ist die Guardia im wahrsten Sinne vollautonom: Die Wache ist mit einem Hochhaus für die Angehörigen, Schulen und Einkaufsmöglichkeiten kombiniert. "und einem Fluchtweg zur nahegelegenen Autobahn" fügen baskische Freunde grinsend hinzu. Im Nachbarort Mutriku (Motrico) haben die als besonders brutal verachteten Guardias das Feld bereits geräumt, nachdem die ETA das Gebäude "entkernt" hatte. Aber die Guardia ist nicht die einzige "Besatzungsmacht" im Baskenland, brutaler noch geht die "Policia National" auch Policia Armada genannt, vor. Sie wurde nach dem Vorbild des BGS gesschaffen (nach Franco). Neben diesen beiden nimmt sich die, durch das Autonomiestatut entstandene Baskische National Polizei mit ihren roten Baskenmützen fast schon "putzig" aus. Bullen im wahrsten Sinne des Wortes sind aber auch sie. Wer sie einmal wie wir in Aktion gesehen hat, findet sie dann schon weniger "nett".

Nicht zu vergessen ist hier natürlich auch die Spanische Geheimpolizei, die hier auf ihre Weise "Counter-Insurgency" betreibt. Manchmal kommt es dabei zu, bei aller Tragik, ausgesprochen komischen Ereignissen. So erzählten mir baskische Freunde in Bilbao, das es im Frühsommer in Bilbao zu einem Todesfall gekommen sei, wobei sowohl der Tote, als auch die Mörder Bullen waren. Allerdings von zwei verschiedenen Organisationen. Zur Tarnung hatten sie sich die im Baskenland üblichen Vollbärte stehen lassen. Als zwei Geheimbullen nun ein Auto mit einen Vollbärtigen stoppten, kam es zu einer Kettenreaktion, den diese beiden waren vollbärtig. Der Angehaltene glaubte die ETA vor sich zu haben und zog die Pistole, das gleiche glaubten die anderen und schoßen ihn vorsichtshalber in Notwehr über den Haufen. Die ganze Bar lacht, "ist das wahr" fragte der Fremde. "Si entranjero" meint der Barmann "eso es".

"Buschfeuerartig breiten sich Sabotageaktionen aus" berichtete Neusel, Staatssekretär im Innenministerium, der versammelten Presse am 14.8.86. "Jeden zweiten Tag kriege ich eine Meldung über Beschädigungen von Baugeräten."

"So seien "Sägende Zellen" und andere Gruppierungen mit Namen wie "Hau weg den Scheiß" aktiv, die in diesem Jahr schon 45 Hochspannungsmasten umgelegt hätten... In den ersten 7 Monaten dieses Jahres registrierte die Polizei 236 Brand- und Sprengstoffanschläge... "Und geradezu resigniert kommt Neusel zu dem Schluß: "Aber es sei unmöglich, solche Straftaten zu verhindern."

Nicht weniger hilflos sind ihre Versuche, die autonomen Strukturen greifbar zu machen. Da ist von "diffusen, oft hordenähnlichen Zusammenschlüssen" (Spiegel 22/86) die Rede, von "anarchistisch orientierten Kleingruppen ohne festgefügte Organisationsformen", von 2300 Kernmitgliedern und 6000 mobilisierbaren Anhängern (Verfassungsschutzbericht: 1985). Und was unsere Löhne und Gehälter anbelangt, so stellt die FAZ vom 10.6.86 ratlos fest: "Über die Finanzierung dieser Gruppen sei den Behörden wenig bekannt. Es sei auszuschließen, daß sie von der DDR oder von ... der DKP Mittel erhielten. Auch gebe es "keine Anhaltspunkte", daß sie von den Grünen finanziert würden. Die Behörden vermuten, daß sich diese Gruppen selbst finanzieren."

Wer so im Dunkeln tappt, keine TäterInnen kriegt, aber jeden 2.Tag einen neuen Anschlag auf den Tisch, **der muß eigene Straftaten konstruieren, für die dann passende TäterInnen präsentiert werden können.** Wie das funktionieren soll, kündigt der Spiegel am 1.9.86 unmißverständlich an: "Was in den autonomen Zirkeln als Erfolg verbucht wird, könnte für die Täter gravierende Folgen haben: Generalbundesanwalt Kurt Rebmann läßt gerade prüfen, ob "aus dem autonomen Lager stammende Gruppen" nicht künftig als "organisierte Kriminelle oder gar terroristische Vereinigungen" verfolgt werden können. Kurt Rebmann mußte nicht lange warten. Anfang dieses Jahres wurde ein neues "Anti-Terror-Paket" durchgepeitscht, das kaum noch Wünsche offen läßt - sieht mensch einmal von der verschobenen Legalisierung der Kronzeugenregelung ab. Und wen wudert es, daß gerade jene Widerstandsformen in die Verschärfung des § 129a mit aufgenommen wurden, die vor allen in autonomen Zusammenhängen propagiert und praktiziert werden.

"Zu diesen Staftaten (Attentate und Geiselnahme d.Verf.) sind nach Einschätzung der Praxis und den Erfahrungen aus jüngster Zeit folgende Straftaten als typische terroristische Erscheinungsform hinzugekommen:

- Gefährlicher Eingriff in den Bahn-, Schiffs- und Luftverkehr - §315 STGB - (Störaktionen gegen Munitionstransporte durch Entfernen von Eisenbahnschwellen, Blockieren von Weichen u.a.)

- Störung öffentlicher Betriebe - §316b STGB - (Absägen von Strommasten)
- Brandanschläge auf Polizei- und Militärfahrzeuge sowie auf Anlagen im Energieversorgungsbereich, insbesondere auf Baumaschinen (Begründung des "Anti-Terror-Gesetztes" vom 31.10.86)"

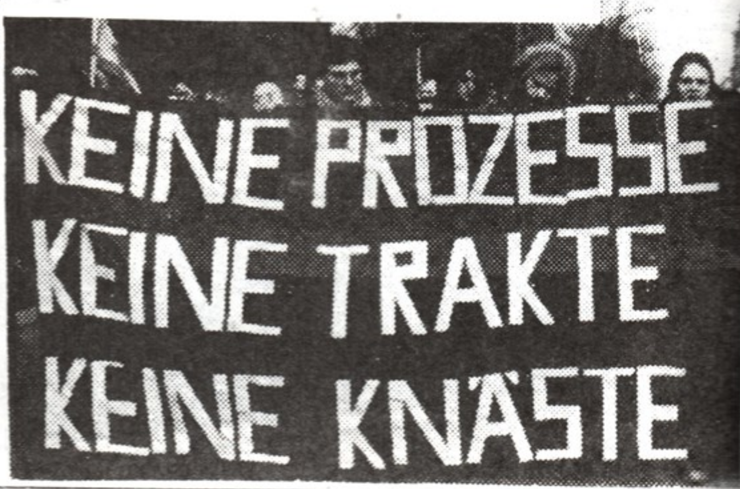
Dies in bester Tradition stehende Maßnahmegesetz schafft jedoch nur die Rahmenbedingungen, innerhalb derer sich die Militarisierung der Stafrechts und die weitere Aufrüstung des Staatsschutzbereiches legal vollziehen kann. Einher damit geht die weitere Zentralisierung der Ermittlungsbefugnis (BKA, der Anklageerhebung (BAW) und der Gerichtsbarkeit (Sondergerichtsbarkeit/Staatsschutzsenate).

Lassen wir einmal offen, ob - gestützt auf den verschärften §129a - die bundesweite Razzia und die Verhaftung von Andrea tatsächlich zu einem Prozeß und einer Verurteilung führt. Denn neben der möglichen Verurteilung von Andrea steht das zentrale und vor allem **langfristige Ziel, in unsere diffusen autonomen Zusammenhänge einzudringen, sie für Staatsschutzaktionen operabel zu machen,** durch erhöhten Fahndungsdruck uns "nicht zur Ruhe kommen zu lassen", **uns ihren Rhythmus aufzuzwingen,** uns durch verschärfte Kriminalisierung zu zwingen, uns selbst abzuschotten, zu isolieren und **letztendlich zu illegalisieren.**

Dieses Papier wurde von einigen Frankfurter Autonomen verfaßt. Ihre Einschätzung wird von einem Teil der Redaktion geteilt und deshalb genauso abgedruckt.

EINE POLITISCHE

Von staatlicher Seite aus wird deshalb der verschärfte §129a vor allem als "Ermittlungsparagraph" begriffen: "Im Vordergrund steht der Versuch, das Protestmilieu auszuforschen, durch Ermittlungstätigkeit einzudämmen und gleichsam nebenher eine Strafandrohung zu errichten." (FR vom 3.4.87)



EINSCHÄTZUNG

In dem folgenden Papier gibt es immer nur eine autonome Bewegung und von dieser wird ausgegangen. Wir glauben aber, daß die Betroffenheit und die Einschätzung genauso auf den Teil der Bewegung zutrifft, der sich wie wir als Anarchist/innen versteht.

Doch hüten wir uns, trotz alledem, auf die Repression zu starren wie das Kaninchen auf die Schlange. Denn das, was sie politisch angreifen wollen, ist tatsächlich unsere Stärke als autonome Bewegung in den letzten Jahren: Unsere Möglichkeit und Fähigkeit uns innerhalb sozialer Bewegungen und Auseinandersetzungen zu bewegen, um aus ihnen heraus eine gemeinsame militante Perspektive und Praxis zu entwickeln.



Sie haben mit der "Gewaltfrage" politisch versucht, uns in friedliche BürgerInnen und militante StaatsgegnerInnen zu spalten. Sie haben mit massiven Bulleneinsätzen versucht, militantes Vorgehen zur demonstrativen Ohnmacht zu verurteilen (Hamburger/Frankfurter/Mainzer Kessel).

Sie versuchen mit hohen Haftstrafen gerade jene unter uns abzuschrecken, die es genauso hätte erwischen können. Nun versuchen sie mit dem verschärften §129a, uns bzw. einzelne in die Illegalität zu treiben, zu ihrem Zeitpunkt, zu ihren Bedingungen (was für Danae, auf die ebenfalls ein Haftbefehl läuft, bereits der Fall ist!).

Die Schwierigkeit, sich zu Andrea und vor allem zu der politischen Dimension der §129a Verfahren zu verhalten, hat nicht nur etwas mit den fehlenden Informationen und den bis heute ausgebliebenen politischen Einschätzung was zu tun. Schließlich haben wir uns, schon lange davor als das Gesetz beraten und verabschiedet wurde, so verhalten als ginge uns all dies nichts an. Der Zeitpunkt für die Anwendung des 129a fällt also nicht zufällig mit dem Zerfall, der politischen Schwäche und Neuorientierung sozialer Bewegungen zusammen (z.B. Häuserkämpfe, Anti-AKW-Kampf, Friedensbewegung). Dem Staat ist es gelungen, die sozialen Bewegungen aus der öffentlichen Auseinandersetzung geradezu herauszuprügeln. Gelang es uns über lange Zeit, unsere Forderungen, unsere Themen und Inhalte dem Staat politisch aufzuzwingen, so sind wir heute in vielen Bereichen auf uns selbst zurückgeworfen - damit beschäftigt Erfolge, Fehler und Erfahrungen aufzuarbeiten. Der Bewegungsrausch ist vorüber, viele haben sich ernüchtert zurückgezogen, und wenige von uns sind dageblieben und versuchen gerade mit ihren Erfahrungen neue Wege und Perspektiven zu finden.

Gerade in Frankfurt haben die synchron vollzogenen Häuserräumungen '81 (Nied, E 79) und die Verhaftungswelle im Zuge des Schwarzen Blocks (§129a) ein tiefes Loch gerissen. Der Zusammenhalt aller Bewegungen war zerbrochen, wobei die Repressionswelle die bereits existierenden inneren Widersprüche nicht verursachte, sondern eher eskalierte. Nachdem der Versuch gescheitert war, als Bewegung in das Leben dieses Staates einzugreifen (Oper, Flohmarkt, Stadtteilaktivitäten) entstenden verschiedene Gruppen und Zusammenhänge, an unterschiedlichen Themen (Anti-Nato-Gruppe, Startbahn, Muni-Gruppe, Volkszählungsinis etc.)

Gemeinsam zusammengekommen sind wir meist nur über Aktionen, über bundesweite Anlässe. Erst seit 1-2 Jahren gibt es unter uns ernsthafte und vor allem kontinuierliche Anstrengungen, über Anlässe hinaus, zu einer gemeinsamen Perspektive und Praxis zu kommen.

Diese Geschichte, diese Brüche und Unterschiedlichkeiten sind auch der Grund dafür, daß es nicht "die" Bewegung gibt, für die Andrea steht und auch nicht "die" Andrea. Es gibt eher verschiedene Gesichter und verschiedene Zusammenhänge, in denen sie sich bewegt hat. Die Tatsache, daß auch wir in unterschiedlichen Zusammenhängen sind und z.T. erst über die Verhaftung von Andrea zusammengekommen sind, erklärt vielleicht auch, warum es so schwierig ist, zu einer gemeinsamen politischen Einschätzung zu kommen. Deshalb auch die Schwierigkeit vieler um uns herum, sich mit Andrea bzw. mit dem, was mit ihrer Verhaftung politisch angegriffen werden soll, zu identifizieren. Solange das unter uns selbst diffus und unklar bleibt, solange es uns nicht gelingt, vielleicht auch in der Unterschiedlichkeit zu einer politischen Einschätzung zu kommen, ist die verlangte und die verdammt notwendige Solidarität in der Tat schwierig, wenn nicht gar politisch abstrakt.

Deshalb ist es auch für uns wichtig, als Teil unseres politischen Vorgehens, ihre Konstruktion einer "terroristischen Vereinigung" als das zu entlarven was sie ist: ein dilettantischer Versuch uns ihre Vorstellungen von Widerstand aufzuzwingen.
Denn wenn wir zurecht sagen, daß dies **ein politischer Prozeß ist, der nicht konkrete Straftaten verfolgt, sondern unsere politische Identität,** dann ist es eben auch keine "terroristische Vereinigung", die sie tatsächlich zerschlagen wollen, sondern einen **politischen Prozeß** gerade innerhalb der autonomen Bewegungen um neue Perspektiven.

Doch es ist nicht nur der politische Prozeß innerhalb autonomer Gruppen, den sie lähmen und blockieren wollen. Der verschärfte 129a zielt gleichermaßen auf unsere Praxis, auf den Erfolg und die Verbreitung militanter Aktionen. Wir begreifen bewußt und gezielt Sabotage gegen die Projekte und die tragende Infrastruktur als einen wesentlichen Bestandteil unseres autonomen Selbstverständnisses. Unsere Formen des Widerstandes orientieren sich nicht an ihren Gesetzen, an ihren Vorstellungen von Legalität und Illegalität, sondern an dem Ziel, tatsächlich auch das zu verhindern, wogegen wir sind. Und gerade weil dieser Staat uns diese Straftaten nicht nachweisen kann, schafft er eigene Strafbestände, die uns zu Geißeln seiner Konstruktion machen sollen - eine Tat-Konstruktion, die als einzigen Beweis unsere politische Identität benötigt.

Die Razzien und die Verhaftung von Andrea politisch zu unterlaufen, heißt für uns, auch jenen Prozeß fortzuführen, der unter uns in den letzten Jahren verstärkt begonnen hat - sei es die Militanzdebatte, die Diskussionen um Männer- und/oder Frauenpolitik, die Struktur- und Organisationsüberlegungen, die Auseinandersetzung um einen neuen Klassenbegriff, Möglichkeiten und praktische Perspektiven sozialer Ausdehnung etc. Wenn wir Andrea vor ihrem Prozeß aus dem Knast haben wollen, dann müssen wir gemeinsam in der Lage sein, den Staatsschutz und die BAW politisch zu zwingen, ihre Anklagekonstruktion öffentlich zu rechtfertigen. Wenn es uns gelingt, den politischen Preis für Andreas Verhaftung unerträglich hoch zu schrauben, weil wir sie zwingen, immer unverschämter zu lügen, dann ist das nicht nur ein ganz wichtiger konkreter Erfolg, sondern Ausdruck unserer gemeinsamen politischen Stärke.

Mit der Verhaftung von Andrea wird deutlich, wie sporadisch unser Verhältnis zu Repression, zum Knast ist. "Wir haben nichts vergessen" stand auf den Plakaten zum 2. Todestag von Günter Sare und doch ist es gerade so, daß in den letzten 2 Jahren kaum etwas an beständigen Strukturen entstanden ist. Seit Jahren gibt es hier in Frankfurt keine - autonome - Knastgruppe, kein Ermittlungsausschuß oder eine Prozeßgruppe, nicht einmal eine "Bürger beobachten die Polizei"-Initiative wie in vielen anderen Städten.

Wir wissen zwar im Kopf, daß wir der drohenden und alltäglichen Repression auch und gerade politisch etwas entgegensetzen müssen, doch oft bleibt unser Verhältnis zur Repression individuell, je nachdem wen es erwischt.



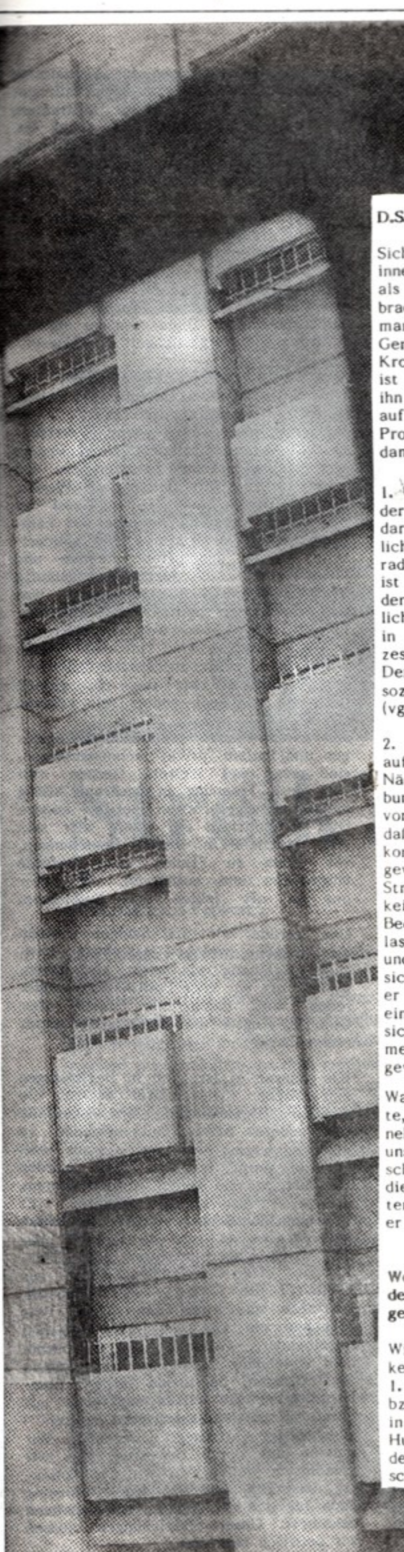
Unser Bedürfnis für Andrea etwas zu machen, schließt also ein, uns gemeinsam zu überlegen, welche Strukturen und Bedingungen wir dauerhaft entwickeln müssen, um nicht immer am Punkt Null anzufangen. Denn gerade wenn wir unsere militanten Perspektiven ernst nehmen, dann muß auch unser Verhältnis zum Knast ein Teil unserer Strukturen sein.

Die Ängste, die Verunsicherungen und die darin aufkommende Paranoia sind auch ein Produkt davon, daß wir sie vorher verdrängt haben und nun noch mehr Schwierigkeiten haben, sie uns einzugestehen. Und gerade deshalb drücken sich in der Härte, Coolheit und Verbissenheit, mit der wir uns oft begegnen und konfrontieren, alles andere als Stärke aus. Es ist eher der Versuch, hinter dieser Fassade die eigenen Ängste und Unsicherheiten zu verstecken. Die Verhaftung von Andrea, die bundesweite Razzia haben uns - letztendlich doch - überrollt. Die Tatsache, daß sich einige um uns herum aus der notwendigen gemeinsamen Auseinandersetzung herausgedrängt fühlen, daß wir uns selbst oft mehr blockieren als uns gegenseitig zu ermutigen, liegt ganz allein an uns selbst!

Wir sagen zwar alle, daß dies ein politischer Prozeß ist, ein politischer Angriff, der uns alle (be-)trifft, doch praktisch bleibt vieles in der Hand von Insidern und Betroffenen. Die folgenden Einschätzungen und Überlegungen sind ein Versuch, die Auseinandersetzung öffentlich zu machen.

Wenn wir im folgenden recht ausführlich auf die Person D.S. und unsere Verhaltensweisen darin eingehen, dann auch deshalb, weil es diesselben Verhaltens- und Umgangsweisen sind, die es uns auch jetzt oft so schwer machen, zu einem gemeinsamen und solidarischen Vorgehen zu kommen.

Es gibt noch einen anderen Grund. Wir glauben, daß unsere Angst vor dem Knast viel auch damit zu tun hat, wieviel wir unseren Zusammenhängen draußen zutrauen. Wenn es tatsächlich gelänge, jede/n Gefangenen **zu einem Problem mehr** für diesen Staat zu machen, dann hätten viele von uns auch nicht die Angst im Knast lebendig begraben zu werden.



D.S. war und ist kein Kronzeuge

Sicherlich fungiert der Spitzle D.S. innerhalb der Anklagekonstruktion als ein wesentlicher Pfeiler. Anfangs brachten wir seine Funktion - aufgrund mangelnder Informationen und fehlender Genauigkeit - mit der eines möglichen Kronzeugen in Verbindung. Und es ist auch nicht unwahrscheinlich, daß ihn gerade die BAW als Kronzeugen aufbauen wird, sollte es zu einem Prozeß kommen. Die BAW verfolgt damit sicherlich 2 Ziele:

1. Über diesen Prozeß hinaus hat der Staatsschutz massives Interesse daran, den Kronzeugenstatus als zusätzliche Waffe gegen jede Form der radikalen Opposition einzusetzen. Es ist ja rechtsstaatliche Gepflogenheit, den Kronzeugenstatus erst dann gesetzlich festzuschreiben, wenn er sich in der illegalen Praxis des Staatsschutzes anerkanntermaßen bewährt hat. Der Kronzeugenstatus befindet sich sozusagen noch in der Erprobungsphase. (vgl. Prozeß in Wuppertal)

2. Den Spitzel D.S. als Kronzeugen aufzubauen, soll vor allem die große Nähe, die Detailkenntnis und das Eingebundensein in politische Zusammenhänge vortäuschen. Tatsache ist jedoch, daß er kein Kronzeuge ist bzw. werden konnte. Denn dazu wäre es notwendig gewesen, daß er sich innerhalb unserer Strukturen bewegt hätte. Seine Unfähigkeit, sich tatsächlich auf konkrete Bedingungen und Zusammenhänge einzulassen, in denen er selbst greifbar und glaubwürdig gewesen wäre, drückte sich u.a. in der Tatsache aus, daß er es in fast keiner Stadt länger als ein paar Tage "aushielt". Er hangelte sich, reiste eher durch unsere Zusammenhänge als daß er darin verwurzelt gewesen wäre.

Was er also tatsächlich verraten könnte, sind im wesentlichen seine Wahrnehmungen und Vorstellungen von unseren Zusammenhängen und politischen Perspektiven. Als Spitzel reicht dies allemal; als Kronzeuge, als Verräter im eigentlichen Sinne, schwamm er zu weit oben.

Welche Geschichte und Funktion hat der Spitzel Dirk S. innerhalb der Anklagekonstruktion?

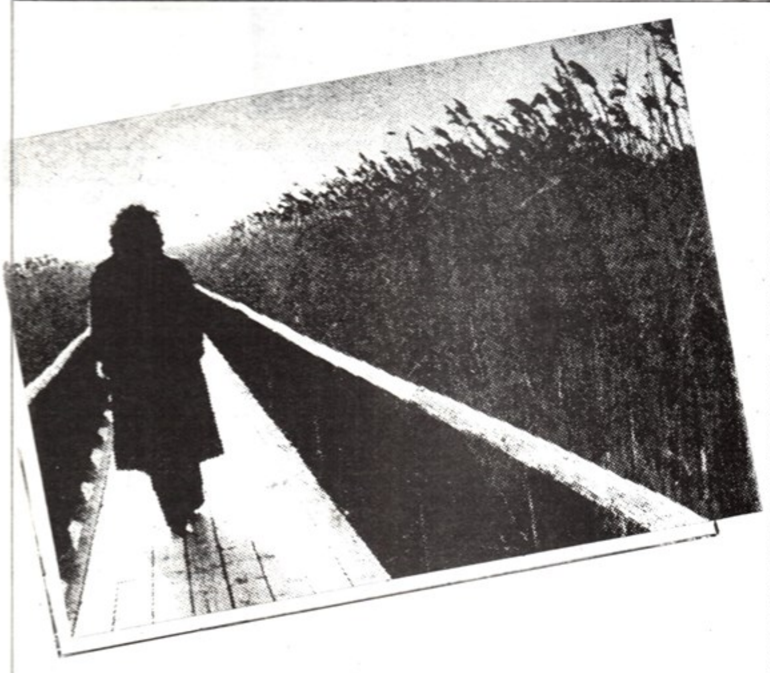
Wir gehen im Moment von 2 Möglichkeiten aus:

1. Er war bereits sei 84/85 als Spitzel bzw. als V-Mann aktiv. Das hieße in der Konsequenz, daß ihm mit seiner Hungerstreikteilnahme 84/85 die Legende eines militanten Gefangenen verschafft wurde.

Während dieser Zeit versuchte er - vor allem über Briefkontakt zu RAF-Gefangenen - in deren Zusammenhänge hineinzukommen. Sein suspektes, mißtrauenerzeugendes Auftreten führte jedoch sehr bald dazu, daß der anfängliche (Brief-)Kontakt zu ihm abgebrochen wurde: Nach seiner Haftentlassung Mitte Mai '87 verschaffte er sich über Knastgruppen Zugang zu autonomen Zusammenhängen und insbesondere zu Frauenzusammenhängen. Was diese These stützt ist die Tatsache, daß er, obwohl er die Therapieauflage, die an seine vorzeitige Entlassung geknüpft war, nicht einhielt, während seiner ganzen Zeit draußen scheinbar unbehelligt blieb. Hinzu kommt, daß eine Haftentlassung auf 2/3 mehr als ungewöhnlich ist, angesichts der Tatsache, daß er sich selbst an einem zweiwöchigen Hungerstreik beteiligt hat, was bekanntermaßen zu einer Haftverschärfung statt zur Haftverschonung führt. Seine fieberhafte Reisetätigkeit durch die ganze BRD, sein ständiges Bemühen um Kontakte und Namen und das Verschwinden von Adressbüchern verstärkt den Verdacht, daß er von Anfang an den Auftrag hatte, die gerade für den Staat diffusen und organisatorisch nicht greifbaren autonomen Zusammenhänge aufzudekken. Hinzu kommt, daß er für die Konstruktion der "terroristischen Vereinigung" nicht nur die Namen geliefert hat, sondern die dafür notwendige Indizienspur selbst gelegt hat (z.B. Bekennerschreiben, Depot etc.).

2. Die andere Möglichkeit ist die - nicht ungewöhnliche - Biographie eines Menschen, der sich im Kopf politisiert hat, ohne diese verbale Radikalisierung in seine sozialen Verhaltensweisen und in die Auseinandersetzungen mit seiner eigenen Vergangenheit umzusetzen. Er versucht also über (Brief-)Kontakte zu RAF-Gefangenen eine eigene politische Identität zu finden. Aus dem Knast entlassen, sucht er Zusammenhänge, wo er mit seinem ganzen Brass und Haß, die sich in ihm aufgestaut haben, verstanden und aufgenommen wird. Es gelingt ihm, über sein Image als Knacki, sein radikales Auftreten und seine militanten "Pläne" Sympathie und Zuneigung zu gewinnen. Er lebt die Karikatur eines Militanten, der kein Bock auf "Drecksarbeit" hat, sondern nur auf die richtigen Sachen, voll aus und kommt damit über Monate an.

Obwohl er in fast allen Städten, wo er sich länger aufgehalten hat, klaut, Leute täuscht bzw. belügt, abhängt und sich mit durchziehen läßt, kann er sich immer wieder der Auseinandersetzung entziehen, bzw. wird nicht mit aller Konsequenz damit konfrontiert. Seine politische Identität bricht wie ein Kartenhaus zusammen. Er weiß keinen Ausweg mehr, stellt sich den Bullen und setzt fort, womit er nie ernsthaft gebrochen hat.



Dirk S. steht genauso für Verhaltensweisen, die wir auch unter uns allzugut kennen: Der Typ eines Militanten, der überall rummacht und dabei ist, ständig auf Achse, immer ganz wichtig, der Verschwiegenheit beschwört, um sich damit zu produzieren, der konspiratives Verhalten dazu benutzt, damit es ja alle mitkriegen, der hinter der Mauer "darüber kann ich mit dir hier jetzt nicht reden" all das versteckt, was einem genaueren Nachfragen nicht standhalten würde. Verhaltensweisen, die konspiratives Verhalten dazu mißbrauchen, um Bilder von der eigenen Militanz und Gefährlichkeit produzieren.

Den vielleicht wundesten Punkt hat Dirk S. in unserem Umgang mit Politik getroffen bzw. ausgenutzt: Unser Bedürfnis nach Anerkennung, Vertrautheit, Nähe und Zuneigung. Nicht wenige von uns wissen und erleben es, daß unser Umgang mit Politik, auf Plenen, Veranstaltungen und Demos viel zu oft dem widerspricht, wofür wir kämpfen: Für eine kritische und solidarische, warme und offene Lebens- und Umgangsweise. Geradezu zwangsläufig verlagert sich vieles von dem, was wir in unseren politischen Zusammenhängen nicht bekommen, ins Private, in Beziehungen. Und in dem Maße, wie unsere Politik zu "harten Geschäft" wird, schotten wir uns ab, gerade dort, wo wir auch anders sein können.

Auf einem Plenum jemanden mitzukriegen und ihn/sie "privat" kennenzulernen, sind oft zwei Welten. Gerade weil wir diese Trennung in unserem Alltag meist unausgesprochen leben, konnte Dirk S. politisch ein wenig wirr sein und trotzdem in seinen Beziehungen, vor allem zu Frauen, jene Gefühle ansprechen und ausnutzen, die unter uns so oft fehlen und ausbleiben.

Und gerade wir als Männer müssen uns fragen, welche Beziehung bzw. Nicht-Beziehung wir unter uns haben, wo wir oft nur über Politik miteinander reden, weil mann mit Frauen über Gefühle, Ängste und Bedürfnisse besser reden kann.

Wie schwer es ist, sich in Beziehungen einzumischen, wie schwer es ist, die eigenen Beziehungen und Gefühle für andere offen und erlebbar zu machen, wissen wir alle. Gerade weil Gefühle unter uns rar sind, werden sie dort, wo sie gelebt werden können, geradezu eifersüchtig gehütet. Es war auch der Schutz dieser Beziehungen, der es so schwer machte, über die vielen Ungereimtheiten und Widersprüche offen zu reden. Leute aus Freiburg, die Dirk S. auch kannten, schreiben aus ihrer Sicht dazu: "Wir brauchen ein viel genaueres Umgehen miteinander, Gefühle, ob Sympathie oder Ablehnung müssen wir ganz anders thematisieren, begründen lernen. Emotionalitäten, die diffus sind, und aus unserer **Kaputtheit resultieren,** sollten gegenseitig kritisiert werden. Wir müssen uns daran bewerten, was wir gemeinsam wollen, wir wir das Kollektiv umsetzen, und wie jede/r einzelne auch für sich den inneren Schweinehund bekämpft. Unsere Beziehungen müssen wir politisch begreifen."

Wir können nicht mit letzter Gewißheit sagen, ob er ein mit einer Legende ausgestatteter V-Mann ist, oder schlicht ein Dreckschwein, das es aufgrund seiner Geschichte gelernt hat, wie mann in den jeweiligen Szenen ankommt, koste es was es wolle. Vielleicht ist er auch eine Mischung aus beidem.

Es geht uns nicht darum, eine dieser Möglichkeiten stichhaltig und detailliert zu begründen. Material gibt es für beide Möglichkeiten. Warum wir dieses Material nicht bereits heute öffentlich machen können, liegt in unserer Erfahrung begründet, daß wir dann der Gefahr laufen, daß die BAW dieses lediglich dazu benutzt, ihre Konstruktion umzubauen - sie sozusagen in gereinigter Form neu zur Anklage zu bringen.

Viel wichtiger ist, daß wir uns mit unseren eigenen Verhaltensweisen, den Widersprüchen und Ungenauigkeiten, die wir selbst produziert haben, auseinandersetzen. Denn die Verhaltens- und Umgehensweisen, die D.S. haben "ankommen" lassen, sind keine klassischen, spezifischen Merkmale eines Spitzels. Dazu gibt es zuviele unter uns selbst, die diese Verhaltens- und Umgehensweisen selbst draufhaben.

Wir können zwar nicht mit absoluter Sicherheit verhindern, daß der Staatsschutz Spitzel oder gar Under Cover Agenten in unsere Zusammenhänge einschleust - doch je genauer wir mit unseren eigenen Verhaltensweisen, mit unseren und anderen Vorstellungen umgehen, umso schwerer machen wir es ihnen, damit Erfolg zu haben.

Die schwerwiegende Kritik, die wir an unseren eigenen Zusammenhängen haben, ist die, daß **Dirk S. Verhaltensweisen an den Tag legen konnte, die deshalb nicht auffielen, weil dieselben Verhaltensweisen auch unter uns allzuoft unkritisiert und folgenlos bleiben.**
Und weil wir uns selbst viel zu oft an den Worten, an militanten Auftreten, an militaristische und machogeprägten Verhaltensweisen messen, konnte auch Dirk S. mit diesen Verhaltensweisen ankommen, ohne auf entschiedenes Mißtrauen und konsequente Ablehnung zu stossen. Obwohl er immer wieder seinen "subjektiven Sprung" im Alltag, im Umgang mit anderen Lügen strafte, wurde immer wieder **seine "politische Haltung" höher bewertet, als seine konkreten Umgehensweisen** mit sich und anderen.

Und da auch einige unter uns mehr über Wackersdorf, über IWF oder sonst ein Thema, das "angesagt" ist, wissen, als über die Probleme, Gefühle und Geschichten derer, mit denen sie zusammen leben, gelang es auch Dirk S. wie ein Phönix aus der Asche zu steigen: Er war plötzlich da, total drauf, wollte was machen...
Mann und frau orientierten sich mehr an dem Image eines sozialen Gefangenen, als an den Widersprüchen und Ungereimtheiten, die er geradezu kontinuierlich produzierte. Da spielt sicherlich auch unser Verhältnis zu - politisierten - Knackis eine Rolle: eine Mischung aus Sozialarbeit und Bewunderung, aus gemeinsamen Vorstellungen und eigenen Projektionen, aus den vielen namenhaften und namenlosen Kämpfen im Knast und unseren Bildern von Ungebrochenheit und Kampf, die wir mit Knast verbinden.



Streik? - das Letzte aus der Göttinger StudentInnenbewegung

(Nachträgliches Vorwort:)

Dies ist wahrscheinlich der letzte Teil über die sozialen Kämpfe, wenn mensch so will, in Göttingen. Er ist ziemlich lang geworden, weil das Thema es meiner Ansicht nach verlangt, will mensch nicht im Abstrakten steckenbleiben, zu dem mensch nur noch mit dem Kopf nicken kann, um seine Schablonen zu bestätigen; weil ich in ihn alles reinpacken wollte, was mir wichtig erscheint, was für die Kämpfe der Zukunft berücksichtigt werden sollte. Während ich ihn geschrieben habe, sind tausend Fragen aufgetaucht; weshalb sich Leute so offensichtlich gegen ihre eigenen sozialen Interessen verhalten und wie interessierte Kräfte dies in einzelnen Punkten bewirken. Einige dieser Fragen konnte ich nur stellen. Vielleicht können und werden andere sie beantworten, und sie sollten es. Denn es ist für uns wichtig, aus gemachten Fehlern zu lernen, zu begreifen, welche Mechanismen unser und das Leben aller bestimmen, bis in die Details hinein, die sich zum Ganzen fügen, um sie zu meistern oder zu zerstören.

Ich hab´ versucht, aus allem das Bild einer gescheiterten Miniatur-Revolution zu entwerfen, so wie es sich mir dargestellt hat, und ihre Perspektiven zu entwickeln; die Fehler, die wir gemacht haben, und die Methoden der Gegenseite. Ein Experimentierfeld für revolutionäre Wissenschaft, sozusagen. Jetzt fällt mir erst auf, daß ich vergessen habe zu schreiben, was wir gut gemacht haben. Nun ja, wir sind gescheitert. (Aber es hat Spaß gemacht! Dafür danke ich allen, auch den Aktivisten, über die ich hier manchmal hergezogen bin.) - Also auf zum nächsten Kampf!

Meine Quellen sind Flugis, Gespräche und persönliche Erfahrungen. Manches mag daher aus der Distanz ungerecht erscheinen, manches durch meine Perspektive verkürzt. Vieles ist damit nur ein Teil der Wahrheit, der durch andere Erfahrungen, an anderen Fachbereichen, anderen Unis und aus den Kämpfen anderer (Bundes-)Länder ergänzt werden müßte. Wer also Sachen zu verbessern oder zu ergänzen hat, und wer Lust hat, Erfahrungen und Gedanken über Politik an der Uni auszutauschen, soll doch mal schreiben, an die AKTION oder an mich.

Kontakt: FAU-GÖTTINGEN
c/o Buchladen Rote Straße
Rote Str. 10
34 Göttingen

P.S.: Mit der Numerierung der Abschnitte hab ich mal mehr Übersichtlichkeit erreichen wollen. Leider ist so ´ne Numerierung, wenn sie systematisch vorgenommen wird, nicht gerade flexibel. Da die AKTION schneller rauskommt, als ich schreibe, ist hier einiges durcheinandergekommen. Wegen zweier Androhungen bestimmter Inhalte unter den Kapitelnummern in der letzten AKTION und aus Trotz hab ich die Numerierung beibehalten. Laßt euch nicht stören.

4. "Teile und herrsche!" - ein Lehrstück in professoralem Bewußtsein

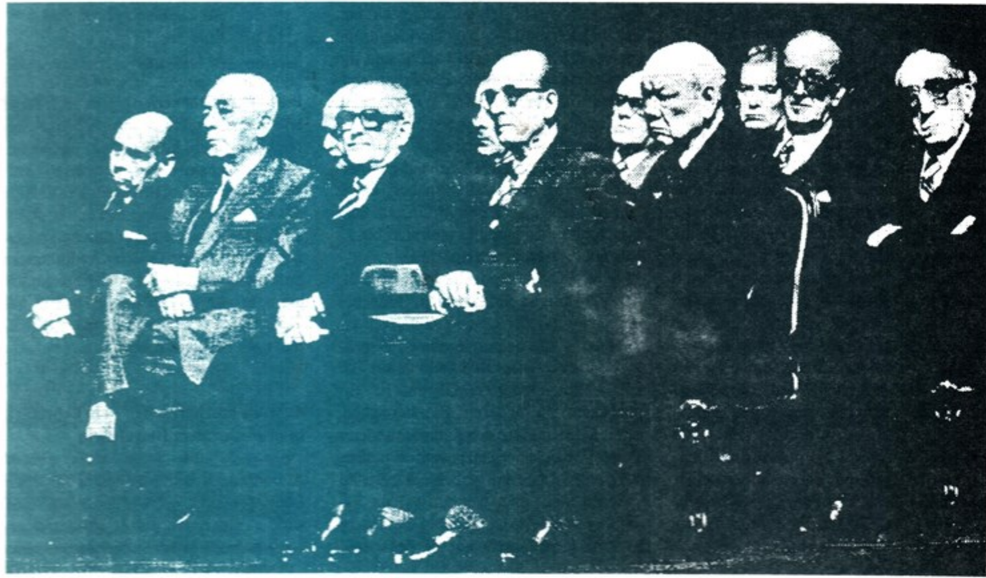
Als wir nach den Jubelfeiern noch am Überlegen sind, wie wir den Widerstand wiederaufnehmen und vorantreiben können, wird bekannt (oder zumindest

von Fachschaftern bekanntgegeben), daß die ProfessorInnen uns in den Rücken gefallen sind: Am 13.5., während wir also gerade unseren Widerstand gegen die Regierungsbeschlüsse begonnen haben, ist in einer sogenannten Studienkommissionssitzung des "historisch-philologischen Fachbereichs (= Geisteswissenschaften) über die Umsetzung der Sparbeschlüsse im Fachbereich beraten worden. Während wir also verhindern wollen, daß überhaupt gekürzt wird, beraten die ProfessorInnen und wissenschaftlichen Mitarbeiter bereits, wo sie kürzen, und erfüllen damit ihred Aufgabe in der staatlichen (Aus-) Bildungshierarchie.

Unsere Form des Widerstands paßt den Profs nicht. Sie sei nicht "angemessen", und natürlich illegal. In Anbetracht ihres System-Arrangements ist es allerdings fraglich, ob ihnen unser Widerstand überhaupt paßt. Da sie uns durch fehlende Argumente nicht am Widerstand hindern können, versuchen sie, uns ihre "Solidarität" aufzudrängen - wobei sie uns ihre Bedingungen diktieren wollen! Das hätte für uns geheißen, daß wir uns ihren Methoden (und Zielen?) hätten anpassen sollen. Abgesehen von der Selbstkastration in den Formen des Widerstands, die sie damit von uns verlangen - Es hätte bedeutet, wir dürften nur noch nette Demos machen und Petitionen einreichen - zeugt ihre ganze Haltung von einer Arroganz der Macht, die wie selbstverständlich anstelle eines Konsenses Unterordnung verlangt, in Anbetracht der realen (Abhängigkeits-)Verhältnisse durch moralischen (und anderen - s.u.) Druck, uns mit ihnen zu "solidarisieren". Wenn wir uns ihre Handlungsmaxime zu eigen machen würden, so liefe das darauf hinaus, immer nur brav auszuführen, was an Anordnungen von oben kommt, bzw. nur zu tun, was "erlaubt" ist: Selbstkastration als Prinzip. Vielleicht hätten wir uns dann zusammensetzen sollen, um zu beraten, wer von uns vom Studium ausgeschlossen wird?!

Daß wir ihre Bedingungen nicht akzeptieren, legen sie gegen uns aus, indem sie geschickt um die Widersprüche herumschwafeln. Durch das ständige Herunterbeten von Leerformeln ("Es wäre klüger gewesen,wenn ..."; "Chancen sind vertan worden ...") und das Umgehen der Fragen nach Ziel und Methoden des Widerstandes, bzw. durch die selbstverständlich erscheinende Setzung **ihres** Zieles als **dem** Ziel der Bewegung, versuchen sie, uns ins Unrecht zu setzen und die Bewegung, wo sie sie nicht für sich vereinnahmen können, zu spalten - paradoxerweise mit dem Vorwurf, wir würden die Bewegung spalten. Plötzlich stehen nicht mehr die Sparbeschlüsse in der Diskussion, sondern die Widerstandsmethoden. Die Diskussion um unsere Ziele und Inhalte ist abgewürgt, ehe sie sich richtig entfalten kann, die Diskussion außerhalb des Kreises von Aktivisten bewegt sich nur noch um die moralische und (formal-)juristische Legitimität unserer Widerstandsformen. Die zunehmende Hetze der Uni-Leitung und einiger Profs, die im übrigen die spätere Kriminalisierung des Widerstands vorbereitet, lähmt den gesamten unentschlossenen bzw. noch nicht politisierten Teil der StudentInnenschaft. Da die Uni-Leitung den Widerstand nicht in ihr genehme Bahnen lenken kann, muß sie ihn zerstören. Faktisch haben die ProfessorInnen die Bewegung in jeder Beziehung behindert, sabotiert, zurückgeworfen: Ihre Entsolidarisierung hat dem Widerstand eine bedeutende Stimme entzogen. Durch ihr heimliches Arrangement mit der Regierung haben sie den Widerstand hintertrieben und mit Bekanntwerden ihrer Umsetzungspläne demoralisiert. Ihre Hetze hat die Bewegung gespalten und weite Teile der Basis gelähmt bzw. gegen den Widerstand eingenommen. Sie haben die Bewegung als Ganzes in den Methoden und Inhalten zurückgeworfen: Der Selbstkastration in den Methoden entspricht eine schleichende Umfunktionierung in den Zielen, welche die Bewegung in ihrer Zielsetzung auf eine korporativistische und lokalpatriotische Ebene umzuleiten und ihr damit jedes systemsprengende Potential zu nehmen droht. Bei den Profs ist nur von den Unis oft nur von "unserer Uni" die Rede. Auch hier spalten sie also wieder: Wie besonders in der Jubelwoche deutlich wird, läuft ihr "Widerstand" auf der Ebene ab, daß sie versuchen, die Göttinger Uni als besonders wichtig und erhaltenswert herauszustellen.

Die Jubelfeiern werden als Möglichkeit verkauft, Werbung für die Göttinger Uni zu betreiben. Da nicht die Kürzungen an sich in Frage gestellt werden, heißt das anders herum: Werbung gegen andere Unis und auch gegen andere (ökonomisch uneffektive und nach bürgerlichem Kulturideal "unwichtige") gesellschaftliche Bereiche. Ganz offensichtlich ist also in den Personen



der meisten Profs die bürgerliche Ideologie mit Leistungs- und Konkurrenzdenken und Akzeptanz gegebener Machtverhältnisse geradezu idealtypisch verkörpert. Daß mit solchem Bewußtsein kein Widerstand zu betreiben ist, ist klar und hat sich in den studentischen Kämpfen aufs Neue bestätigt. Es ist fraglich, ob eine Bewegung, die das Motto "Solidarität statt Selektion" auf ihre Fahnen geschrieben hat, überhaupt mit denen zusammenarbeiten kann, welche sich innerhalb des selektiven Konkurrenz-/Leistungssystems als erfolgreich erwiesen haben, von denen also angenommen werden kann, daß sie stärker als andere die Prinzipien dieses Systems verinnerlicht haben. Bei uns jedenfalls ist es nicht möglich gewesen.

5. Das wahre Gesicht - professorales Bewußtsein, 2.Akt

Die vergangenen Monate haben deutlich gemacht, daß die meisten Profs die Prinzipien von Autorität und Macht grundsätzlich akzeptieren. Weiterhin akzeptieren sie die gegenwärtigen konkreten Machtverhältnisse mit ihren jeweiligen Ausprägungen und Trägern, so die Autorität Gesetz und die "demokratisch legitimierte" Regierung. Darüber hinaus stimmen einige Profs auch inhaltlich mit der Regierung überein. Ihr Problem sind ihre eigenen Pöstchen ...

<u>Unsere</u> "Autorität" - wenn wir ihnen Einlaß in die bestreikten Gebäude verwehren - hingegen akzeptieren sie nicht: Weil wir nominell "unter" ihnen stehen, weil wir gegen die von ihnen akzeptierten Machtverhältnisse verstoßen.

Ihnen geht es also darum oder sie verhalten sich dahingehend, die versteinerten Verhältnisse zu erhalten: die gesellschaftlichen (auch universitären) Machtverhältnisse und den "geregelten Ablauf" des Uni-Alltags. So ergibt sich die paradoxe Situation, daß wir, die wir uns objektiv auch für ihre Interessen einsetzen, von ihnen eingemacht werden.

Legalität und Legitimität ist für sie, das hat sich in den Kämpfen gezeigt, untrennbar. Das bedeutet, daß sie die von ihnen vorgenommene Selbstkastration für alle verbindlich machen. In den Polemiken, die sie um Rechtmäßigkeit führen, taucht bezeichnenderweise das Recht auf Widerstand niemals auf. Dieses besteht für sie offenbar nur so lange, wie die Rechtmäßigkeit des Widerstandes bzw. seiner Methoden gewährleistet ist. Die Schlange beißt sich in den Schwanz: Widerstand ist also, was im Rahmen des Rechts abläuft. Wenn das Recht (besser: Gesetz) jeden Widerstand untersagt, besteht folglich überhaupt kein Recht auf Widerstand mehr. Die formalrechtliche Unterwerfung des Denkens unter das Prinzip der (abstrakten) Autorität ist vollzogen.

Indem unsere Blockaden "Studier- und Arbeitswillige daran hindern, die Gebäude zu betreten, werden sie formalrechtlich zur Nötigung. Das reicht für die Uni-Leitung zur juristischen Verfolgung. Der Knackepunkt dabei, der von ihnen aber nie problematisiert wird, ist gerade diese Willigkeit: *Erst indem die Profs usw. sich entsolidarisieren*, wird die Blockade zur Nötigung. Abgesehen davon steht die Blockade in keinem Verhältnis zu den Auswirkungen der Sparbeschlüsse auf unser Leben. Die Streikbrecher wirken durch ihre Streik-Sabotage viel stärker auf uns ein, als wir es auf sie jemals könnten (abgesehen von Verstümmelungen, aber dat will ja keener).

Weil wir gegen formales Recht verstoßen, weil wir gegen den Machtanspruch der Uni-Leitung verstoßen, weil wir den geregelten Uni-Alltag stören, ergreift die Uni-Leitung repressive Maßnahmen gegen Personen und Organe des Widerstandes. Ideologisch vorbereitet wird das Ganze durch die sattsam bekannte Gewaltdebatte, in der eine aus allen konkreten Situationen und Zusammenhängen abstrahierte Konstruktion: "Ich will rein, da steht jemand und läßt mich nicht" - moralisch verurteilt wird. Die Profs weigern sich, diese Situation im gesellschaftlichen oder auch nur im Zusammenhang der Sparmaßnahmen zu betrachten, sind dazu nicht in der Lage oder tatsächlich einfach reaktionäre Ärsche. Daß selbst Sowi-Profs die Notwendigkeit bestimmter Kampfmaßnahmen aus einer moralischen Position heraus nicht einsehen, zeigt deutlich, daß sie die Situation nicht nachvollziehen können: Sie haben selbst wohl nie gekämpft. Der Elfenbeinturm läßt grüßen.

In einer Verfügung vom 18.6. "verbietet" der Uni-Präsident Kamp dem Asta unter Androhung eines Zwangsgeldes von 5000,- DM, dem "Zentralen Streikrat", "Räumlichkeiten, Telefone und Organisationskapazitäten zur Verfügung" zu stellen. (Ähnliches geschah schon am 8.5. und 8.6.) Den "Mitgliedern" des Uni-Streikrates, den er sich wohl als eine Art politische konspirative Gruppe vorstellt, droht er mit Zwangsexmatrikulation. Unklar ist, wieweit der Machtpolitiker Kamp tatsächlich nicht in der Lage ist, sich eine Basisorganisation vorzustellen, bzw. ob er sich einfach ein paar Leute herausgreifen will, um die gesamte Bewegung einzuschüchtern.

Schließlich muß die Uni-Leitung das letzte Mittel anwenden, wenn alle "Autorität" oder was sie für solche hält versagt: sie ordnet den Einsatz der Staatsgewalt an. Kamp, der sonst so selbstgerecht auftritt, verschanzt sich, von der Gewaltkampagne moralisch unterstützt, hinter einer noch höheren Autorität: dem Gesetz. Tatsache ist, daß die Bullerei ihren Einsatz am 22.6. so begriffen hat, daß sie lediglich die Gebäude "frei" machen wollte. Sie hat keinen Wert



auf eine erkennungsdienstliche Behandlung gelegt. Erst auf ausdrückliche Anordnung der Uni-Leitung wurde die vollzogen.

Damit hat sich erfüllt, was in der Legalitäts- und Gewaltkampagne der vorhergehenden Wochen bereits angelegt war: die Kriminalisierung des Widerstands. Wo die Legitimation fehlt, soll die Legalität herhalten; wo die inhaltliche Auseinandersetzung verloren ist, greift die Staatsgewalt ein. Sicherung der öffentlichen Zwangsordnung entpuppt sich als oberstes Verhaltensprinzip der Uni-Leitung.

Damit ist aber noch nicht das letzte Kapitel geschrieben: In den folgenden Wochen entlarvt das gesamte Spektrum der Profs vom Ultrareaktionär bis zum letzten Liberalen die "Solidaritäts"-Kampagne als reine Verarschung. In einer Fachbereichsveranstaltung bei den Geisteswissenschaftlern wird u.a. auf die Kriminalisierung der 29 Oec-Besetzer angesprochen. Die anwesenden StudentInnen, darunter auch reichlich Bürgerliche, lehnen die Strafanträge geschlossen ab. Die Einschätzung der Scharfmacher unter den Profs ist klar; aber auch die "liberalen Scheißer" (eine Professorin über sich selbst) entlarven sich als solche: Sie lehnen zwar den Bulleneinsatz in der geschehenen



Form ab, aber auch die Blockade, und halten sich damit aus allem raus. Da sie sich weigern, über eine Resolution gegen die Strafanträge abzustimmen, billigen sie faktisch die Kriminalisierung.

Es zeigt sich: die Profs, die etwas tun, sind Rechte; was sie tun, erklärt sich fast von selbst. Die liberalen überlassen das Geschehen dem "geregelten Lauf der Dinge". (Wer da regelt, ist klar.) Auch dies eine Form der Selbstkastration. Ihr Verhalten läuft damit auf eine Rechtfertigung des Bestehenden, hier der Sparbeschlüsse, hinaus. Eher noch sacken sie die ein, die auch für sie gegen bestehendes Unrecht kämpfen, als daß sie sich selber wehren. Damit werden sie zu Erfüllungsgehilfen gegen sich selbst. Mit denen ist (von wenigen Ausnahmen abgesehen) bei unserem Widerstand nicht zu rechnen. Weder können wir uns auf sie in irgendeiner Form verlassen, noch dürfen wir uns von ihnen unsere Formen und Inhalte diktieren lassen. In welche Richtung das geht, dürfte deutlich geworden sein.

1. Chronologie (3. Teil)

Nachdem die Profs mit der Absicht, die Notwendigkeit der Umsetzungder Sparbeschlüsse darzustellen, ihre "Gesprächsbereitschaft" dokumentiert haben, finden mehrere von StudentInnen organisierte Podiumsdiskussionen statt, in denen Politiker, Profs, Studis ihre Positionen zum Xten Male vortragen. Glaubt noch jemand daran, die Regierung überzeugen zu können? Diese Veranstaltungen sind so überflüssig wie Fußpilz. Es sind nur noch Rituale ohne Bedeutung, in denen einige Gestalten ihre eigene Bedeutung bestätigt sehen wollen.

Die Beerdigung der Bewegung für dieses Semester findet am letzten Streiktag statt (8.7.), der selbst gar nicht mehr stattfindet. Keine Blockaden, keine Info-Cafés, keine Wandzeitungen, nichts. Die Germanisten halten noch ein Streikplenum ab, in dem eine Resolution verabschiedet wird, die sich gegen die Kriminalisierung des Sowi-Streikplenums wendet und den Rücktritt von Kamp verlangt. Der angedrohten Zwangsexmatrikulation der "Delegierten" des Uni-Streikrates soll durch eine Unterschriftenliste unter dem Motto "Wir alle sind der Zentrale Streikrat!" begegnet werden. Nebenbei betreiben die Basisgruppen Mitgliederwerbung. Im Wintersemester soll der Widerstand mit frischen Kräften und verstärkt wieder aufgenommen werden. Zur inhaltlichen und organisatorischen Vorbereitung finden in den Semesterferien Treffen von AGs und Streikplenum statt.

8. Faktoren des Niedergangs

Der Niedergang der Bewegung ist identisch mit dem Verlust der Massenbasis. Von Anfang an war die breite Masse der Studis passiv und hielt sich mehr oder weniger aus den Aktionen heraus. Sie delegierte quasi den Widerstand, stand aber wenigstens ideell hinter den Aktionen. Nach den Jubelwochen, nach den Pfingstferien aber hat sie den Aktivisten ganz offensichtlich den ideellen Rückhalt entzogen. Während vor den Gebäuden immer mehr Leute erschienen, um den Studienalltag fortzuführen, schmolz die Zahl der Streikposten und Aktivisten zusammen. Im folgenden will ich versuchen, die mir wichtig erscheinenden Faktoren wiederzugeben, die zum Verlust der Basis geführt haben.

8.1. Ideologische Hemmnisse und Kontertaktiken

Der Kampf gegen die Sparbeschlüsse hat sich m.E. entschieden in den Köpfen derer, die unmittelbar von ihnen betroffen sind. Da der Widerstand hauptsächlich von Linken getragen bzw. gemacht worden ist, ist der Verlust der Basis eine Frage der Akzeptanz unseres Widerstandes in seinen Inhalten und Formen, aber auch seiner Aktivisten. Die Zerstörung dieser Akzeptanz ist die wesentliche Arbeit der rechten Gruppen in den vergangenen Monaten gewesen. Ihr Anspruch, Teil der Bewegung oder gar ihr Sprachrohr zu sein, hat sich dabei als ein rein taktisches Verhältnis zur Bewegung entpuppt. Von Anfang an haben rechte Gruppen versucht, den Widerstand in den Köpfen der Studis zu sabotieren. Schon vor der Streikwoche vom 11.-18.5. haben sie sich gegen Streik ausgesprochen ("Wir schaden uns nur selbst!"), auf den Streik-VVs haben Rechte, als Streikposten "getarnt", gegen eine Fortführung der Kampfmaßnahmen agitiert (s. AKTION 27) - ("Ab jetzt schaden wir uns nur selbst!"). Während der Aktionen haben sich die Rechten meines Wissens nicht blicken lassen - jedenfalls nicht auf unserer Seite. Was sie stattdessen getan haben, ist das Schreiben von Flugis, in denen zur Mäßigung aufgerufen wurde oder zum Abbruch aller Aktionen, mit der Begründung, daß "wir" ja schon einen Erfolg erzielt hätten; den sie allerdings nicht näher erklärt haben. In der "4. Phase" der Bewegung haben sie sich endlich gänzlich gegen Aktionen ("Selbstschädigung nein!") und für einen

Boykott des Streiks ausgesprochen, unter Berufung auf eine angebliche Mehrheit, die sie selber geschaffen haben und die sie dann später tatsächlich hinter sich oder jedenfalls vor uns (den Streikposten) stehen haben. Auf der entscheidenden Uni-VV haben sie mit einer Massenmobilisierung ihrer Anhänger und übler Hetze einen Putschversuch gegen jeden Streik gestartet, der zu dem halbherzigen wöchentlichen Streiktag geführt hat. Die "Ufos" (Rechtsliberale oder so) verlangen immerhin noch "publikumswirksame Aktionen", die sie selber freilich nicht machen.

Die Taktik der Rechten während des Widerstands lief in etwa so ab:

- Versuch, sich als Teil eines Großen Ganzen darzustellen, zu dem alle Studis gehören;
- dieses große Ganze wird durch ihre Inhalte ("das gemeinsame Ganze, um das es geht, nämlich das Wohl unserer Universität...") (kotz) oder durch die Methoden definiert;
- die Linken gehören also nicht dazu! (!)
- Versuch, den Graben zwischen Normalos und Linken zu vertiefen:
- Verwendung reaktionärer Klischees (Mythos vom linksextremen Gewalttäter, der hemmungslos und eiskalt (?) andere nur benutzt oder verprügelt oder Schlimmeres. s. unter "Monster". - Gegenbild: "friedliche und besonnene Studenten");
- Verleumdungen und Verdrehungen in demselben Sinne;
- Erzeugen des Eindrucks, "die Linken" wollen alle anderen nur für ihre der Bewegung fremden Ziele vereinnahmen;
- Versuch, der Bewegung die eigenen (rechten) Ziele unterzuschieben: für die Wettbewerbsfähigkeit "unserer Universität" - oder sie jedenfalls von effektivem/"härterem" Widerstand abzuhalten.

Zwar sind die Flugis der Rechten, ihre Verleumdungen und das, was sie als Argumente auszugeben versuchen, eher hanebüchen, dennoch für Außenstehende nicht ohne weiteres durchschaubar.

Wir dürfen uns nichts vormachen: Unsere politischen Inhalte sind vom Alltag und vom Denken der Normalos weit entfernt. Ihre Vermittlung wird durch die negativen Klischees, welche die bürgerlichen Medien über uns verbreiten, zusätzlich erschwert. Während wir nun versuchen, den bestehenden Graben durch Argumentation zu überwinden (manchmal machen wir das), setzen die Rechten alles daran, ihn durch Ansprechen von Emotionen, unter Verwendung besagter Klischees und Verdrehungen zu vertiefen. Viele fühlten sich wohl von Fieslingen für finstere Ziele vereinnahmt. Unser Fehler besteht darin, auf die "Vorwürfe" der Rechten und ihre Hetze nicht eingegangen zu sein und sie unwiderlegt gelassen zu haben. Damit haben wir der Isolierung der Linken/Aktivisten von der Basis praktisch tatenlos zugesehen. Stattdessen hätten wir die Verdrehungen und Lügen der Rechten als das entlarven müssen, was sie sind: reaktionäre Demagogie, der es nur darum geht, die alten Machtgefüge zu erhalten.

Ein Mittel dazu ist ihnen die Gewaltdebatte und der von den Profs eingebrachte und vielfach aufgenommene Faschismus-Vorwurf. Hier werden allerdings bestehende äußere Ähnlichkeiten und Parallelen bestimmter Handlungen und Situationen mit ihrem Charakter gleichgesetzt, wobei sie aus allen historischen und politischen Zusammenhängen gerissen werden. Äußerungen wie "Seit 1937 bin ich nicht mehr am Betreten eines Hörsaals gehindert worden!" gehen deshalb am Charakter unserer Aktionen vorbei und belegen vor allem Unwillen oder Unfähigkeit der Sprecher, die eigenen Handlungen in einen weiteren Zusammenhang zu stellen. Natürlich ist es grundsätzlich schon verwerflich, wenn Leute ein Gebäude nicht betreten können, in das sie hinein wollen. Aber in der gegebenen konkreten Situation liegt der springende Punkt darin, *daß sie überhaupt hinein wollen*, womit sie nicht nur ihre eigene Handlungsunfähigkeit bzw. -unwilligkeit gegenüber Beschlüssen von "oben" offenbaren, sondern auch noch die Aktionen der anderen sabotieren. Diese Situation spitzt sich zu auf die Frage, auf welcher Seite mensch steht - für oder gegen die Regierungsbeschlüsse. Und schließlich haben wir nicht blockiert aus Lust am Beherrschen unserer Mitmenschen, sondern sind dazu getrieben worden als Reaktion auf die Politik der Regierung. Wir können die Mittel nicht frei wählen - die gesellschaftlichen Machtverhältnisse diktieren sie uns.

Aus welchen Motiven heraus auch immer die Gewaltdebatte entfacht wurde (persönliche Kränkung; Unfähigkeit, die gesellschaftlichen Zusammenhänge zu erfassen oder aufgrund ihrer zu differenzieren; Ideologie; Methode), faktisch hat sie die große Spaltung der StudentInnenschaft bestimmt. Dabei haben wir wieder der Hetze der Rechten und diesmal auch der Liberalen (für die Freiheit die Möglichkeit ist, das zu tun, was das System von einem will) das Feld überlassen, indem wir uns über unsere Mittel zu wenig und zu spät mit den Normalos argumentativ auseinandergesetzt haben. Während die Uni-Leitung uns in einer Auflage von 10 000 Flugis u.a. zu Gewaltverbrechern stempelte, haben wir nicht einmal zu recht versucht, unsere konkrete Handlungsweise zu erklären, noch eine Grundsatzdebatte über das Widerstandsrecht anzustrengen. Folge ist, daß die Normalos wieder einen Schritt zurückgehen, und eine "Bestätigung" des Bildes vom Buhmann, das die Rechte bemüht gewesen ist aufzubauen.

Um dieses Bild abzuschwächen, sind auch Linke auf die Idee von Veranstaltungen mit Politikern usw. verfallen. Ob die Gesprächsbereitschaft der Linken damit bewiesen worden ist, ist noch fraglich. Jedenfalls ist hiermit der Regierung ein Forum geschaffen worden, mit ihren Weichmachern und systemimmanenten Zahlenspielereien Interessenzusammenhänge und -gegensätze zuzukleistern und Akzeptanz zu schaffen. Inhaltlich tragen diese Veranstaltungen für uns nichts aus; es wäre besser gewesen, innerhalb der Bewegung die Klärung unserer Ziele und Methoden voranzutreiben.



Systemüberwindende Gedanken ergeben sich nicht aus Podiumsdiskussionen, sondern aus den Erfahrungen des Widerstandes und permanenter Kommunikation. Solche Veranstaltungen also dienen nicht dem Widerstand, sondern der Regierung. Wenn sie allerdings organisiert worden sind, von welchen Gruppen auch immer, sollten natürlich Leute von uns anwesend sein und versuchen, dem Ganzen eine Richtung in unserem Sinne zu geben.

Noch ein paar Worte zur Medienberichterstattung: Über die Quantität hab ich mich schon mal geäußert (Aktion 27). Was die lokale Presse gebracht hat, steht in totalem Mißverhältnis zu Artikeln über die gegenwärtige Forschungstätigkeit an der Uni und die "große" Vergangenheit. Inhalte der Proteste werden nur wenig und zumeist verzerrt gebracht, der Schwerpunkt liegt wie immer auf action, wobei aber nicht von Kampf und Entschlossenheit die Rede ist, sondern von Friede, Freude... Die Positionen der Schreiberlinge liegen weitgehend auf der "argumentativen" Linie der Uni-Leitung, allerdings ohne die aggressive Stellung gegen die Linke, die als solche einfach ignoriert wird. Bezeichnend ist eine Überbetonung der rechten Inhalte und der Rolle des RCDS in allen Medien. Gegen die verzerrte Berichterstattung der Medien gilt es, eine Gegenöffentlichkeit zu schaffen. Dabei sollte auch herausgestellt werden, mit welchen Methoden die Medien ein falsches Bild der Realität erzeugen (z.B. gezieltes Weglassen von Informationen, Suggestion von Zusammenhängen durch Nebeneinanderstellen, stilistische "Veredelung" von Meinungen zu Tatsachen, Wortgebrauch usw.), aus welchem Interesse heraus, und wie dieses Bild auf den Widerstand zurückwirkt.

8.2. "Sinnkrise"

Der eine Streiktag pro Woche war von Anfang an ein ungeliebter Kompromiß, für den eigentlich niemand so recht gewesen ist. Gegen einen Putschversuch der Rechten auf der Uni-VV vom 3.6. war er der massivste Aktionsgrad, für den die Linke eine Mehrheit finden konnte. Der Sinn eines solchen Tages ist - ohne eine weiterreichende Perspektive - kaum einzusehen, zumal nicht als Weiterführung eines als erfolglos erkannten massiveren durchgehenden Streiks. Als Aktionsform ist dieser "Streik" ein Rückschritt gewesen und konnte nur noch Symbolwert haben, für den niemand ein Semester des Studiums aufgeben wollte. Wenn schon ein Semester in den Wind schreiben - und da wollten die meisten schon nicht mehr mitmachen -, dann wenigstens für eine sinnvolle Aktion mit greifbarem Erfolg. Der aber war in unabsehbare Ferne gerückt, nachdem die Studis der anderen Unis ihren Protest (nach einer Woche) bereits eingestellt hatten, mit Ausnahme der Fachbereiche, die ganz eingemacht werden sollen, und die einsam ihren unbefristeten Streik durchziehen. Die meisten Göttinger Studis wollten sich nicht, auf sich allein gestellt, verheizen lassen, um so weniger für einen symbolischen Streik. Solidarität spielte in ihren Gedanken keine Rolle, da sie offenbar nur für sich selbst empfunden wird.

Seltsamerweise sprachen sich (bei den GeisteswissenschaftlerInnen) viele StreikbrecherInnen vor den Gebäuden für unbefristeten Streik aus, waren aber bei den Abstimmungen auf den jeweiligen VVs nicht dabei gewesen. (s. auch 8.4.) Da



stimmten dann viele, die unbefristeten Streik für die einzig sinnvolle Kampfform hielten, aus Rücksicht auf "das Machbare" (und ihre Scheine), vor dem Hintergrund der Uni-VV-Entscheidung, gar nicht erst dafür.

Jedenfalls hat ein gestaffelter Wahlmodus (bei Handzeichen: unbefristeter Streik - wöchentlicher Streiktag - Aktionstage - nichts, in dieser Reihenfolge, wobei für jede Aktionsform gesondert bis zur Ermittlung einer Mehrheit abgestimmt wurde) bei den Germanisten zur Wahl des wöchentlichen Streiktags geführt. Die Urabstimmung bei den Wiwis hatte hingegen nur die Alternative Streik (ohne nähere Bestimmung) oder nichts. Das war den Wiwis offensichtlich zu heiß, weshalb sie sich fürs Nichts entschieden haben. (Womit der rechte Fachschaftsrat als Organisator der Abstimmung den von ihm angestrebten Zweck dieses Abstimmungsmodus, den Abbruch der Aktionen, erreicht hat. - s. auch 8.1.)

8.3. Taktische und andere Fehler bei der Mobilisierung

Um nicht jeden Rahmen zu sprengen, beschränke ich mich darauf, grundlegende Fehler kurz anzureißen:

Zusätzlich zu den "Pausen" durch äußere Einflüsse haben wir durch die Verzögerung der Offenlegung der AGs unnötig zum Verlust der Kontinuität beigetragen. Die Namenslisten, die dann endlich irgendwo aushingen, hingen am Arsch der Welt. Mensch mußte schon gut suchen. Die Basis mußte sich ganz schön anstrengen, um mitmachen zu können; was nicht gerade der Sinn des Ganzen war. Oft verhinderten Gleichgültigkeit und/oder Bequemlichkeit die Kommunikation mit der Basis und den Informationsfluß.

Unsere Organisation war schlecht. Da wir zuwenig Leute waren, um alles zu machen, hätten wir die Wichtigkeit der verschiedenen Aufgaben klären, die ausgewählten verteilen und dafür sorgen müssen, daß sie auch in unserem Sinne erfüllt werden. Stattdessen wurde ins Blaue hinein irgendeine konfuse und kaum reflektierte Aktivität entfaltet. Die nötigen Diskussionen um die konkreten Anforderungen des Kampfes - was muß getan werden, um welche Ziele zu erreichen, wen müssen wir womit mit welchem Ziel erreichen - wurden nicht oder zu wenig geführt.

Wir haben unsere Kräfte in allen möglichen Dingen verzettelt. Während es zunächst darum gegangen wäre, eine breite Basis zu erreichen und inhaltliche Arbeit an deren konkreten Interessen zu betreiben, um eine Perspektive für den Widerstand zu erarbeiten, wurden eine Reihe von Themen (u.a. Faschismus) angeschnitten, die zwar interessant und wichtig sind, aber nicht viel - noch nicht - mit den Bedürfnissen der Basis zu tun haben. Kraft für die Konsolidierung des Widerstandes wurde hier verschwendet. Der Germanisten-Fachschaft erschien ihr Fetisch "Tag der Germanistik" im Rahmen der Jubelfeiern wichtiger, als Aufbauarbeit für den Widerstand zu leisten. Als dort eine Professorin der Linken ans Bein pißte, wurde dies wiederum wichtiger als die Aufbauarbeit. Zeitweise schien mir das Ziel des Widerstandes zugunsten fruchtloser Auseinandersetzungen mit den Profs, die z.T. schon vor den Kämpfen bestanden hatten und jetzt von Fachschaftern in die Bewegung hineingetragen wurden, aus den Augen verloren zu sein. Zum Teil entstand der Eindruck, als würden dort persönliche Händel ausgetragen. Das brachte den Rechten wiederum die Möglichkeit, gegen die Linke zu hetzen: Wir betrieben Konflikt- und Spaltungspolitik gegen alles und jeden und versuchten, die Bewegung mit

"Fremdthemen" für uns zu vereinnahmen. Womit sie nicht so ganz Unrecht haben (wenn mensch mal von der "Vereinnahmung" absieht), denn diese Themen wurden z.T. von außen, bzw. von anderweitig Aktiven an die Bewegung herangetragen (wogegen an sich nichts zu sagen ist) und sind nicht aus ihr hervorgegangen. Die Bewegung hatte noch keine Verwendung für sie. Sinnvoller wäre es gewesen, durch permanente Kommunikation die Bewegung inhaltlich voranzutreiben, bis das Bedürfnis nach Auseinandersetzung mit den fraglichen Themen in ihr entstanden wäre.

Die Alternative, die immer wieder vorgestellt wurde, entweder eine Massenbewegung ohne Inhalte oder wenige radikale Aktivisten, ist eine falsche. Unsere Antwort kann nur heißen: eine radikale Massenbewegung! Das ist selbstverständlich nicht in ein paar Wochen oder auch Monaten zu schaffen und setzt eine andere Perspektive voraus als die kurzfristiger Erfolge auf trügerischem Boden, wie sie sich in der Reduktion auf die Abschaffung der Sparbeschlüsse zeigt. Die Beantwortung der Frage nach dem Weg mit der Entscheidung für eine kleine, radikale (- mehr oder weniger) "Bewegung" durch den Großteil der Aktivisten bzw. das Hindrängen in diese Richtung durch einige "führende" Kräfte aus den Fachschaften hat jedoch nicht die Bewegung, sondern vor allem die Isolation der Aktivisten vorangetrieben. Die Basis konnte z.T. die Inhalte und auch die Aktionsformen nicht mehr nachvollziehen. Der Versuch einiger Leute, ihre alte Politik durch "mehr Autorität" der Massenbasis aufzudrängen ("... das müßt ihr doch jetzt einsehen!") und ihre Ideologie oder konkrete Inhalte letztlich gegen die Basis durchzuziehen, dürfte nicht der Bewegung, aber dem Gefühl der Vereinnahmung gedient haben. Die "Avantgarde" muß sich damit abfinden, daß die Massen weit hinten stehen, und daß der nun einmal bestehende Graben nicht durch plumpe verbalradikale Agitation überwunden wird, sondern nur durch Einsicht. Die aber erfolgt aus Information, Kommunikation Gleicher und der Erfahrung im Kampf. Natürlich: das dauert.

8.4. Gruppenstrukturen

Die Gruppenstrukturen sind immer noch (vgl. AKTION 27) bescheiden. Das Fortbleiben von Aktiven noch während der Streikwoche vom 11.-18.5. ist wohl zu einem nicht unbeträchtlichen Teil darauf zurückzuführen. Es läßt sich eine Art informeller Hierarchie feststellen, die von der Basis über die Gesamtheit der Aktivisten bis zu den Fachschaftern verläuft (wobei ich dies nicht für alle Fachbereiche behaupten kann). Die Äußerung eines Normalos auf einer Fachbereichsversammlung: "Wir haben euch doch gewählt, damit ihr das für uns macht!" - gemeint ist eine Drittel-Stelle in der Diskussionsleitung, und angesprochen sind die (nicht gewählten, sondern freiwilligen) Fachschafter -, ist bezeichnend für das Verhältnis Basis - Fachschaft/Aktivisten und ein Lehrstück im Stellvertreterprinzip. Die Studis delegieren alle Arbeit an die Fachschaft, tun selber gar nichts und sind bald auch nicht mehr in der Lage, selber etwas zu tun. Wenn dann die Fachschaft, oder das Streikplenum, oder auch die Fachbereichs-VV, auf der immer nur ein Bruchteil erscheint, etwas macht oder entscheidet, womit sie nicht einverstanden sind, bleiben sie einfach weg. Sie bringen nicht ihre Positionen ein (soweit sie welche haben), arbeiten nicht mit, stürzen Entscheidungen, die ihnen nicht passen, auch nicht nachträglich um, sondern fügen sich oder verweigern sich durch Abwesenheit. Aber die wenigsten kämen



auf die Idee, an der Entscheidung mitzuwirken, sie zu korrigieren. Das Feedback ist gleich Null.

Auch bei den Aktiven ist das Verhältnis zu den Fachschaften eher hierarchisch. Fast alle Impulse sind bis jetzt von der Fachschaft ausgegangen bzw. über die Fachschaft in Aktion umgesetzt (oder untergebuttert) worden, es wurden von der Gesamtheit nur "offizielle" Vorschläge aus der Fachschaft akzeptiert. Z.B. wurde die AG Gesellschaftliche Hintergründe vor dem Streik von einem unorganisierten Aktivisten vorgeschlagen und fand überhaupt keinen Anklang (wurde allerdings auch von Fachschaftern diskret unter den Tisch gekehrt); als nach dem Streik die Fachschaft dasselbe Thema für eine AG vorschlug, gab's ne Menge Leute, die da mitmachen wollten.

Lediglich bei grundsätzlichen Abstimmungen zeigte sich eine gewisse "Autonomie" bei den Studis. Die Hand zu heben oder irgendwo ein Kreuzchen zu machen ist eben einfacher als mitzuarbeiten.

Dies Verhältnis zwischen Basis und Fachschaft ist Ausdruck und Folge einer Reihe von Sachverhalten. Als erstes nenne ich hier die Psychologie einer Gesellschaft, welche in fast allen Bereichen auf den Prinzipien Selbstbestimmung und Verantwortlichkeit entgegengesetzten funktionalen Verhältnissen beruht. Arbeitsteilung, Bürokratie, Expertentum, Spezialisierung auf immer kleinere Bereiche und auf politischem Gebiet die parlamentarische Stellvertreterdiktatur haben das Gefühl für die eigene Verantwortlichkeit abgetötet und die Stellvertreterpolitik auch


Foto: Beuermann

im kleineren gesellschaftlichen Zusammenhang zur subjektiv naheliegendsten Lösung gemacht. Daraus resultiert das völlige Unverständnis der Basis für Basisorganisation (!), das sich z.B: darin äußert, daß auf VVs Leute für Streik stimmen, die sich danach nie wieder sehen lassen. Die meisten gehen nicht einmal mehr zur VV. Offenbar besteht in der Basis nur bei den wenigsten das Bewußtsein dafür, daß jeder seinen Widerstand selber machen muß und Widerstand nur Erfolg haben kann, wenn alle (d.h. so viele wie möglich) daran teilnehmen.

Darüberhinaus ist das angesprochene Verhältnis auch ein Indiz für die Abgehobenheit der Fachschaften von der Basis. Das liegt natürlich auch am Bewußtsein und am Desinteresse der Basis, aber offenbar haben doch die Fachschaften zu lange fern von der Basis gearbeitet, mit ihren Inhalten, die allerdings weitestgehend "im Interesse" der Basis (tatsächlich auch der)



eingebracht wurden, vor sich hingemauschelt. Was "für" die Studis gemacht wurde, wurde über Flugis verbreitet und mit einem Kopfnicken oder -schütteln bedacht, die Diskussionen liefen intern ab. Das war´s dann auch schon.

Die Fachschaften haben nicht vermocht, das "falsche" Bewußtsein der Basis zu korrigieren. Allerdings haben sie selber ihren Anteil daran gehabt, indem sie die von ihnen erwartete Rolle erfüllten. Die Frage, ob zuerst der Anspruch an die Fachschaften da war oder ihr konkretes Verhalten, erübrigt sich. Wichtig ist, daß das Verhältnis zwischen Fachschaft und Basis geändert wird. Wieweit der Wille dazu da ist, ist jedoch noch fraglich. Sowohl von den Persönlichkeitsstrukturen her als auch ideologisch deuten sich da große Hindernisse an. Autoritäres Verhalten in verschiedensten Formen, durch Bezug auf Autoritäten (Legitimation von Verhaltensweisen nicht durch ihre Zweckmäßigkeit, sondern durch Verweis auf VV-Beschlüsse oder Resolutionen) oder autoritäre Auswüchse gegen andere, weisen darauf hin, daß es einigen Fachschaftern vor allem auf die persönliche oder die Durchsetzung ihrer Inhalte ankommt. Die autoritäre Ideologie, die diese Leute bezeichnenderweise vertreten ("wissenschaftlicher Sozialismus" - kenn wa ja!), stellt ebenfalls Autorität nicht grundsätzlich in Frage, sondern die "richtigen" Inhalte in den Vordergrund. Daraus läßt sich schließen, daß einige der besagten Fachschafter -eigene Aussagen bestätigen das - wohl eher ein **taktisches Verhältnis** zur Basis und Basisdemokratie haben. Erst als sie einsehen mußten, daß die Basis ihre Politik nicht mehr trägt und dadurch der Widerstand zugrunde geht, begann der Schwenk zu einer mehr basisorientierten Politik.

8.5. Druck von oben

Wesentliches "Mittel" des Niedergangs ist wohl der gerne von oben angewandte Druck, um die Menschen wieder in "ihre" Grenzen zu verweisen. Vier Institutionen haben sich dabei hervorgetan:

Die Uni-Leitung mit der bereits angesprochenen Kriminalisierung.

Die Profs haben "sanftere" Formen von Druck angewandt. Zunächst haben sie mit dem Hinweis, sie würden Studis, die sie am Betreten von Gebäuden gehindert haben oder noch hindern werden, wegen "Befangenheit" nicht prüfen können, ihre Machtposition voll ausgespielt; dann haben sie mit ihrem Gewaltvorwurf und ihrer Darstellung eines moralischen Freiheitsbegriffs jenseits aller Zusammenhänge moralischen Druck auf die Studis ausgeübt.

Die Studienordnung mit all ihren Prüfungen, Klausuren, "Schein-relevanten (scheinrelevanten?) Leistungen" stellte die Studis vor das Problem, ein halbes Jahr eventuell für nichts aufzugeben und dann womöglich auch noch zu denen zu gehören, die eine "gebührende" Semesterzahl erreichen. Alle Studis im Vordiplom/Zwischenprüfung haben sich aus dem Widerstand ausgeklinkt. Studis gerieten in einen Konfliktmit Streikposten und ihren eigenen Idealen, weil sie Angst um ihre Scheine hatten. Hier hätte der gute Wille der Profs gereicht, die Leistungsanforderungen zu senken, aber den hatten sie (mit wenigen Ausnahmen) nicht. (Allerdings kamen auch kaum Gespräche dazu zustande.) Die Studienordnung ist, wo nicht totale Verschulung herrscht, immer so scharf wie die Profs, die sie umsetzen.

Schließlich und endlich das Bafög-Amt, das einer Reihe von Leuten mit Rücknahme des Geldes fürs Sommersemester gedroht hat, wenn sie für das Semester kein "ordnungsgemäßes Studium" vorweisen könnten, also mit einer Reihe von Scheinen



angekommen wären. Von hier kam ein finanzieller Druck auf die Studis zu, der ungleich höher als der der Studiengebühren und für die meisten überhaupt nicht finanzierbar gewesen wäre. Aber auch hier hätte ein gutmütiger Prof Abhilfe schaffen können.

9. Die Verbündeten...

...haben uns ganz schön hängen lassen. Fast scheint es, als fühlten sich die anderen Opfer der Sparbeschlüsse gar nicht betroffen oder wollten uns allein den Widerstand überlassen. Die Gemeinsamkeit der Betroffenheit und die Notwendigkeit des gemeinsamen Widerstandes wurde offenbar nicht begriffen. Die Studis in den Öffentlichkeits-AGs verlangten von den anderen Gruppen Solidarität wegen ihrer schlechten Situation und sind kaum auf die der anderen eingegangen. Die Kommunikation zwischen den Gruppen (Gewerkschaften/ArbeiterInnen, ALZ, SchülerInnen, Studis, SozialhilfeempfängerInnen, Parteien usw.) ist ziemlich schnell eingeschlafen. Bis auf die Demo am 26.5. sah es ziemlich mau aus. Die ÖTV hat zu unseren Streiktagen noch ein Flugi herausgebracht, in dem sie die technischen Angestellten der Uni um Verständnis für unsere Aktionen bat und zur Solidarität aufforderte. Das war´s dann. Praktische Solidarität im Sinne gemeinsamen Kampfes hat es nie gegeben, zumal wir die einzigen waren, die gekämpft haben, keine Massendemos, keine Arbeitsniederlegungen. Eine Einheitsfront kam nie zustande. Die Uni-Verwaltung hat sogar massiv gegen uns gehandelt, ganz im Sinne der Uni-Leitung und des "ordnungsgemäßen" Ablaufs. Ein netter "Herr" von der Raumvergabe gab immerhin zu, die

Streikwoche habe er ja gut gefunden, aber jetzt (22.6.), wo (dank unserer Aktionen) die Stellenstreichungen im Unibereich (vorerst) zurückgenommen sind, brächten die Streiks (ihm) nichts mehr. Unser Kampf gehe ihn nichts mehr an. Worauf er die Bullen holt.

10. Das herrschende Bewußtsein ist das Bewußtsein im Sinne der Herrschenden!

Ob eine Politisierung des Streiks für den Kampf gegen die gesamten Sparbeschlüsse unerläßlich ist oder ein Appell an die Solidarität grundsätzlich ausreichen mag, sei dahingestellt. Unser Kampf ist jedenfalls daran gescheitert, daß er nicht stattgefunden hat, oder genauer: Es hat sich gezeigt, daß alle die politisch indifferenten, die leistungsbewußten, die korporativ denkenden Studis nicht einmal für ihre engen korporative Interessen zu kämpfen in der Lage sind. Ich behaupte, daß die meisten Studis (und anderen) von ihrem gesellschaftlichen Bewußtsein her gar nicht fähig sind, gesellschaftliche Kämpfe zu führen. Das bezieht sich nicht nur auf ideologische, sondern auch auf tiefergreifende sozialpsychologische Aspekte.

Ich halte eine Sozialpsychologie der Revolte - von unserer Seite! - für unbedungt notwendig, um weitere Kämpfe zu führen. Voraussetzung dafür ist eine Analyse des bürgerlichen Bewußtseins, verstanden als das Bewußtsein (im weiteren Sinne), das Herrschafts- und Machtprinzip nicht beseitigen will oder kann. (Entscheidend ist also die Fähigkeit des/r einzelnen, für die herrschaftsfreie Gesellschaft objektiv wirksam zu sein.) Ihr Ziel ist Erkenntnis des bürgerlichen Bewußtseins und die Befähigung, unsere Ideen dem Bewußtsein der Bevölkerung zu vermitteln. Denn die macht nicht von sich aus die Revolution, und sie wird sie auch nicht machen, wenn wir an ihr vorbei handeln. Das will und kann ich hier nicht machen, möchte diesen Punkt aber wegen seiner grundlegenden Bedeutung für die Kämpfe auch nicht unterschlagen. Ich beschränke mich also auf einige Thesen zu auffälligen Erscheinungen und verzichte auf die Aufschlüsselung der gegenseitigen Einwirkungen und Zusammenhänge. (Da muß ich erst mal selbst durchsteigen.) Genügend Beispiele, um die Thesen inhaltlich zu füllen, finden sich, so glaube ich, im Text.

Im Laufe der "Protestwochen" haben sich eine Reihe von Verhältnissen und Eigenschaften gezeigt, die ich hier nur kurz und zugespitzt aufführe: Ausweichen von Konflikten, Nicht-Wahrhaben-Wollen von Konflikten, Resignation ("Man kann ja doch nichts tun!") als Alibi; Unfähigkeit zu handeln; Unfähigkeit, die eigenen potentiellen Handlungsmöglichkeiten überhaupt nur wahrzunehmen und zu überdenken (die Schere im Kopf); die Aufmerksamkeit ist auf ein sehr enges Umfeld beschränkt; was nicht zur eigenen Gruppe zugehörig empfunden wird, wird neutral ("Die gehen uns nichts an." - andere soziale Gruppen) oder als Konkurrenz (andere Unis, besonders in anderen Bundesländern) betrachtet: Konkurrenzdenken und Unfähigkeit zur Solidarität; individuelle Konfliktlösungsstrategien, Leistungsdenken. Gerade auch der auf Konkurrenz beruhende Charakter ihrer Argumentation und die Entsolidarisierung werden nicht bewußt gemacht, sie sind vielfach Gedankenlosigkeit, und damit nicht Folge von ideologischen Einstellungen, sondern Indiz für gesellschaftliche Wahrnehmungsdefizite.

Diese Verhaltens- und Denkweisen lassen sich meiner Ansicht nach zurückführen auf autoritäres Bewußtsein, auf fragmentarisches Bewußtsein gesellschaftlicher Prozesse und Zusammenhänge (Wie heißt es so schön: "Das Individuum wird auf sich zurückgeworfen."), auf eine grundlegende Einstellung zu den Anforderungen der Realität, die auf Flucht und/oder Ausweichen auf als harmonisch empfundene Teilbereiche hinausläuft (-> Konfliktbereitschaft), auf Verhaltens- und Denkmuster, die vom Kapitalismus als Wahrung des Selbstwertes innerhalb des Systems angeboten werden und der Wahrung des Systems dienen (Leistungs- und Konkurrenzdenken).



(Puh! Abstrakt, aber kurz. Literatur dazu im Anhang.)

11. Einschätzung

Die Kämpfe an der Göttinger Uni sind die erste Massenbewegung in Gö seit 1977, landesweite Kämpfe haben seit den 60ern nicht mehr stattgefunden. Keine Katastrophe, kein Ereignis der letzten Jahre konnte annähernd so viele Studis aktivieren. Tschernobyl, "Nach"-Rüstung, Wackersdorf usw. - das waren Kämpfe einiger weniger Politisierter. Was macht nun den Unterschied aus?

- Die Gefährdung/Belastung durch die anderen Geschehnisse ist abstrakter, verlangt mehr Vorstellungsvermögen und läßt sich damit leichter verdrängen. Bei den Sparbeschlüssen geht es um konkrete materielle Einbußen und eine täglich präsente Verschlechterung der Arbeits- und Lebensbedingungen.
- Die Kämpfe in Frankreich und Spanien mit ausgiebiger Berichterstattung als Aufforderung und Hoffnung; der Mythos des gemeinsamen Kampfes für eine gerechte Sache und die Erkenntnis, daß ein Sieg möglich ist.

Die Tatsache allein, daß Tausende bereit sind, sich zu wehren, garantiert aber noch keinen Erfolg. Passivität, mangelndes Konfliktbewußtsein, das sich in der Harmlosigkeit der Aktionen niederschlägt, ein kurzer Atem - psychologische, ideologische Gründe, dazu der Druck von oben: All das hat die Bewegung zum Scheitern gebracht. Soll noch eine Chance bestehen, auch im Kampf gegen die Reform des NHG (s.AKTION 27), die im Herbst vorgenommen werden soll, müssen wir diese Hemmnisse ausschalten oder auffangen können. Das heißt für uns, die Ideale und Bedürfnisse der Leute mit den Anforderungen der Realität zu konfrontieren, ihre Ängste und Bedenken aufzufangen, ihnen und uns allen Kraft zum weiteren Kämpfen zu geben - und den Sabotage-Versuchen der Rechten inhaltlich begegnen zu können. All dies kann nur in permanenter Kommunikation, unter Einbindung so vieler Leute wie möglich,



geschehen, und in der Erfahrung permanenten - oder wenigstens länger andauernden - Kampfes. Der Alltag, so hat sich gezeigt, ist der Tod jeder Revolution (solange er nicht selber Revolution ist).

Dabei stellt sich natürlich das Problem, daß wir lange brauchen werden, um die Leute soweit zu bringen, lange und radikal zu kämpfen, daß wir diese Zeit aber nicht haben - ganz abgesehen von den anderen Problemen, die Leute überhaupt zu mobilkisieren. Es wird sich zeigen, ob die Studis ihre schlaffen Ärsche noch einmal hochkriegen.

Wie sehen die weitergehenden Perspektiven aus?

Zunächst ist die Niederschlagung der NHG-Deform der zentrale Punkt, um die strukturellen Bedingungen für die weitere Fähigkeit zum Widerstand zu erhalten. Der Kampf gegen die NHG-Deform ist also gleichzeitig ein Kampf um die Bedingungen weiteren sozialrevolutionären Kampfes. Verlieren wir diesen Kampf, werden Leistungs- und Konkurrenzdruck an der Uni so hoch werden, daß sie als Potential für die Ausbildung sozialrevolutionären Bewußtseins und Ort emanzipatorischer Kämpfe nahezu ausgespielt haben wird. Der Selektionsdruck wird das Gros der kritischen Köpfe ans Sozialamt verweisen, der Rest frönt dann dem Sozialdarwinismus.

Uns sozialrevolutionären Studis muß es so oder so darum gehen, das Bewußtsein der Studis sozialrevolutionär zu verändern. Der Weg zur Revolution führt nur über die Köpfe der Menschen. Dazu müssen und wollen wir die Kommunikations- und Organisationsstrukturen permanent machen, d.h. permanente Bewußtseinsbildung und -entwicklung (auch bei uns, natürlich) und Aktionsfähigkeit. Das setzt voraus, daß sich das Verhältnis Basis - Aktivisten grundlegend ändert, daß wir bestimmte negative Erscheinungen der Gruppenpsychologie, persönlich motivierte, auf Gruppenidentität gerichtete Abgrenzungsbestrebungen im politischen Kampf und Eliteansprüche, überwinden. Das bedeutet auch, die Bedingungen der Bewußtseinsbildung, die Strukturen an der Universität (und darüber hinaus), in eine revolutionäre, libertäre Richtung zu verändern.

12. Das Sein bestimmt das Bewußtsein! - Die Uni als Ort der Sozialisation

Wie sehen die Unistrukturen aus, wie und in welche Richtung beeinflussen sie das Bewußtsein der Studis? Ich möchte mich hier auf ein paar Thesen beschränken:

Isolation und Entfremdung sind die wesentlichen Kennzeichen der psychischen Situation an den Unis. Eine fremde Stadt, in der mensch niemanden kennt und keinen persönlichen Rückhalt hat, unübersichtliche Menschenmassen auf kleinem Raum, ständig wechselnde Mitstudis stellen hohe Anforderungen an die Fähigkeiten der Studis, Beziehungen zu knüpfen. Zusammen mit dem ideologischen Background der Uni lassen sie viele Studis sich als Einzelne, Vereinzelte begreifen, die mehr oder weniger beziehungslos zu den anderen stehen. Bei den formalen und inhaltlichen Aspekten des Studiums hat der/die Studi kaum Entscheidungsmöglichkeiten. Er/sie kann nur wählen unter den Inhalten, für die sich DozentInnen interessieren, und die ihm/ihr angeboten werden, und die Wahl wird durch zahlreiche Faktoren noch eingeschränkt. Die Entfremdung von seinen/ihren Bedürfnissen ist nahezu total. (Die Gründe für die Entscheidung zu studieren nicht einmal eingerechnet.) Realitätsflucht ist eine Folge, Gewöhnung an Fremdbestimmung eine andere.

Für uns ergibt sich die Notwendigkeit, diese Strukturen zu verändern, um eine Veränderung des studentischen Bewußtseins zur Handlungsfähigkeit in libertär-revolutionärem Sinne zu ermöglichen. Es ist mir nicht möglich, das hier detailliert darzulegen, deshalb begnüge ich mich mit ein paar abstrakten Zielvorstellungen.

Libertäres Bewußtsein muß sich immer wieder an libertärem Verhalten erneuern. Das heißt als Zielvorstellung die Aufhebung jeder Entfremdung, völlige Selbstbestimmung über die Seminar-, Referats- (usw.) Inhalte und die Lernorganisation, völlige Abschaffung jeder normativen Studienordnung, Aufbau der Uni nach Räteprinzipien, Umdefinierung gesellschaftlichen Lernens.

Zur Handlungsfähigkeit der Studis gehört neben der Selbstbestimmung und -verantwortung als moralischer Forderung und Organisationsgrundlage die Aufhebung der Isolation, als direkte Bedürfnisbefriedigung und als Voraussetzung zur Organisierung und eines kollektiven, solidarischen gesellschaftlichen Bewußtseins.

Alle Schritte in diese Richtung sollten meiner Ansicht nach die grundsätzliche Fähigkeit der Studis, für die Befriedigung ihrer Bedürfnisse zu kämpfen, fördern. Daß die Zielvorstellung gleichz[illegible] Vorraussetzung zu ihrer Ver[illegible]nung ist, ist ein Dilemma, das sich nicht ohne weiteres auflösen läßt. Tatsächlich müssen



die ersten Schritte wohl als Willensakte, durch die Unerträglichkeit des Bestehenden, die Kraft der Utopie und vermittelt durch das praktische Beispiel in der Ausschöpfung und Überschreitung des Gegebenen, getan werden.

13. Uni-Widerstand und Soziale Revolution

Die Bedeutung der Uni-Kämpfe für die Soziale Revolution besteht wohl weniger in einer Radikalisierung von Massen. Die ist vorerst gescheitert, und wenn die Auseinandersetzungen um die NHG-Deform im Herbst auch in einer Niederlage enden, werden die Chancen dafür in weite Ferne rücken. Die Uni als Brutstätte und Ausgangspunkt linksradikaler Strömungen wird dann ausgespielt haben. Vielmehr erscheint mir der Beispielcharakter dieser Kämpfe wichtig. Welche Lehren lassen sich also aus dem Uni-Widerstand für unsere Arbeit für die Soziale Revolution ziehen? -

Es hat sich wieder einmal bestätigt, daß wir ohne die Massen/gegen die Massen gar nichts machen können. Andererseits haben die Massen ein beschissenes Bewußtsein. Mit ihnen können wir also momentan auch nichts machen, was für uns von direktem Wert ist.

Ich meine, unsere Perspektive muß eine langfristige sein. Erfolge in irgendwelchen Abwehrkämpfen, welche Aktionen auch immer, müssen sich daran messen, ob sie die Gesellschaft im Hinblick auf die Befreiung von jeder Form von Herrschaft vorantreiben. Wichtiger als ein Erfolg konkreter Aktionen ist die Verbreitung und Festigung libertären Geistes. Eine "erfolgreiche" Aktion unter autoritären Strukturen ist für uns ein Flop, weil sie den Mythos von der Notwendigkeit von Autorität und von Führern befördert. Unser Kampf ist also zunächst ein Kampf um die Köpfe. Die Politisierung ist wichtiger - zunächst - als konkrete Erfolge; die sind "nur" insoweit wichtig, als sie die äußeren, materiellen Bedingungen für die Politisierung erhalten oder verbessern.

Ohne die Politisierung der Massen erreichen wir gar nichts. Natürlich sagt auch unser anarchistisches Ideal, daß wir uns als Gleiche unter Gleichen verstehen, aber mensch kann es auch von der pragmatischen Seite sehen: Unser Verhältnis zu den Massen darf nicht autoritär sein, weil es sonst sehr schnell keines mehr ist. Soziale Bewegungen, gleich welcher Art, müssen autonom sein. Gruppen, die von außen dazustoßen, oder die als außenstehend betrachtet werden - und wir haben uns z.T. selbst in die Isolation manövriert -, können die Bewegung nicht "leiten" und ihr Inhalte und Aktionen aufdrücken, sondern bestenfalls, als Gleiche unter Gleichen, diese zum Gesamten beitragen, oder sie hemmen die ganze Bewegung. Die einzige Möglichkeit, die ich sehe, ist der **Aufbau von Kommunikationsstrukturen**, in denen wir als Teil der Bewegung unsere Inhalte einbringen. Wir müssen die Leute überzeugen, nicht überrumpeln. Das geht m.E. nur, indem wir an den konkreten Interessen und Bedürfnissen der Leute ansetzend die gesellschaftlichen Zusammenhänge und Widersprüche aufdecken. Das heißt auch viel Kleinarbeit in persönlichen Gesprächen und Gruppendiskussionen. Weiterhin müssen wir (alle "Bewegten") **Organisationsstrukturen** schaffen, welche die Leute rein organisatorisch zum Kampf befähigen. Diese sollten mindestens nach dem Prinzip direkter Demokratie aufgebaut sein, um die Vorstellungen der Basis (und nicht die irgendwelcher Macher) umzusetzen. Erfahrung aus dem Kampf halte ich für zentral für die Politisierung, gerade auch, um die Hemmungen der Leute und ihre Denkblockaden zu überwinden.

Das klingt zunächst wie eine gedankliche Kreisbewegung: Die Leute werden im Kampf politisiert, und infolge der Politisierung kämpfen sie. Aber es dürfte klar sein, daß eine Politisierung ebensowenig nur durch Kampf stattfindet, wie sie notwendig ist, um Kämpfe einzuleiten. Lernprozesse in Kampf und permanenter Kommunikation sind allerdings meiner Ansicht nach die bedeutendste Methode der Radikalisierung, gerade auch von größeren Gruppen. Im Falle der Uni-Kämpfe hat die Erkenntnis der Gefährdung einzelner konkreter Interessen (nämlich des Geldbeutels) durch eine Fehleinschätzung der Regierung zur Aufnahme des Kampfes gereicht. Frage ist, ob wir immer auf Fehler von Kapital und Regierung warten müssen, oder welche Möglichkeiten der Politisierung wir sonst noch haben; vor allem, welche wir selbst gestalten können (Vom Straßenfest zum Straßenrat?). Das will ich aber hier nicht untersuchen.

Schließlich eine inhaltliche Sache, mit der wir immer wieder und bei jeder Aktion konfrontiert werden: Die ideologischen Kontertaktiken von Staat, Kapital und Reaktionären bis Liberalen, namentlich die Gewaltdebatte, neuerdings durch den Faschismusvorwurf angereichert. Zu oft haben wir darauf geschissen oder uns im kleinen Kreis darüber aufgeregt. Wir dürfen uns aber nicht davor drücken, uns öffentlich, da, wo es wichtig ist, mit diesen Vorwürfen auseinanderzusetzen, wollen wir nicht den Rechten das Feld der Beurteilung unserer Aktionen überlassen. Dabei dürfen wir auch nicht unsere eigenen Widersprüche (Ablehnung von Macht, aber Machtkampf innerhalb des Systems gegen das System; Gewaltlosigkeit als Ziel, aber Gewalt als Mittel zur Erreichung des Zieles) leugnen und uns um ihre Diskussion herumwinden. Hier besteht aber für uns auch die Chance, fast vergessene Begriffe wie strukturelle Gewalt und Recht auf Widerstand wieder ins allgemeine Bewußtsein zu bringen. Drücken wir uns nicht vor der inhaltlichen Auseinandersetzung: Nutzen wir sie, wo immer sie sich bietet! (Leere Phrasen und Schlagwörter reichen da freilich nicht mehr.) Auf zum täglichen Kleinkrieg um das Bewußtsein!

Mit kämpferischen Grüßen,

Frankie
and the Blues Breakers

Literatur:

Joachim Bischoff/Karlheinz Maldaner: Alltagsbewußtsein und Lebenswelt. In: ProKla 53.

Thomas Leithäuser: Untersuchung zur Konstitution des Alltagsbewußtseins. Schwarze Presse, Hannover o.J. 8,- (Kann ich notfalls kopieren - 237 S.)

Herbert Marcuse: Der eindimensionale Mensch. Luchterhand, 17,80.

Andere Texte über die Göttinger Studibewegung:

Göttinger Nachrichten (GN) - Zeitschrift des Asta der Uni Göttingen, Sondernummer. Asta d. Uni Gö, Nikolausberger Weg 9, 34 Göttingen.

Wirtschaftswunder - Zeitung für Wiwis und Sowis (b. Asta)

Theologenzeitung - (b. Asta)

Göttinger Anschläge, Nr.2, Sommerloch 87; 9 S. kann ich kopieren, oder det janze Heft (Inhalt:) f. 3.5o + 1,60 Porto (b. FAU-Göttingen)



LESERBRIEF

Werte KlugscheißerInnen!
Abgesehen, daß ihr der AKTION auf den nicht von Euch zu verantwortenden Leim gekrochen seid (die PulverFASS-Resolution war die "vorläufige" zweite Fassung - inzwischen gibt es eine dritte mit Textänderungen und einem Plus von ca. einem Drittel), ist Euer hochgestochenes und pseudointellektuelles Geblubbere nicht das geschundene Papier wert, auf das Ihr es kratztet. Euer "Tautologenkonzil" könnte nach der Diktion Eures Briefes durchaus in einem der still vor sich hin onanierenden Zirkel der "Marxistischen Gruppe" zu suchen sein?!
Auf Euer Salbedere en detail einzugehen wäre eine übergroße Zumutung, die ich mir und den strapazierten Lesern ersparen möchte. Nur so viel dazu: Eure Argumentation zur "psychischen Verkrüppelung" und zum "befreiten Lernen" ist in ihrer Qualität genau solch alter Käse wie Euer erstes Zitat (1794). Daß Ihr vom Träumen und Schmusen nix haltet, kann ich mir schon denken: verkopft, verkopft, verkopft! Wenn Ihr die Reso richtig gelesen hättet - selbst die vorliegende "falsche" Version, wäre Euch durchaus aufgegangen, daß wir keinesfalls an irgend welchen Reformatiönchen im Unibetrieb interessiert sind, sondern ihn "abschaffen" wollen (Zeile 14/15). Und daß Ihr gegen Lernen wärt, wollt Ihr doch nicht allen Ernstes behaupten. Die Frage ist und bleibt doch wohl das Wie und Was.
Weiter geht die Schlaumeierei mit der Art und Weise, wie das Unisystem zu sabotieren sei. Offensichtlich seid Ihr auch hier reine Theoretiker. (Vom "Schweinesystem" ist bei uns übrigens nirgend wo die Rede.) Für wie dämlich haltet Ihr uns eigentlich? Eure Oberlehrerbelehrungen über die Widersprüche des "Bildungs"systems haben wir wirklich nicht nötig. Danke! "Pädagogisierend" ist alleine Eure Schreibe. Und der Kurzlehrgang in "GO- und Revisemantik" wirkt eher ermüdend, denn aufklärend. Was haben wir damit am Hut? Eurer dümmelnden Rezeption von brauchbaren Bildungsstücken sei die nochmalige (?) Lektüre des ersten Absatzes der dritten Spalte, Seite 23, anempfohlen. Und den zweiten lest ruhig dazu. Die "Staatskohle", um die Ihr Euch offensichtlich so viel Sorgen macht, stammt 1. aus den Taschen der StudentInnen und hat uns 2. schon so manchen agitatorischen und/oder aktiven Coup ermöglicht. Fälle von Korruption sind mir durchaus unbekannt.
Ob unser Auftreten eine angenehme Auflockerung des Unibetriebes bringt, hängt nicht nur an uns, sondern auch davon ab, ob nur distanziert über unsere Aktionen und Aktivitäten gekritelt wird oder aktiv mitgemischt. Da könnt Ihr nämlich auch das eine oder andere von den Indianern lernen: Nämlich wie Mensch nicht nur schwätzt und destruktiv kritisiert, sondern kämpft und sich selbst treu bleibt - und das ist keine Frage von militärischer (!) Unterlegenheit. Wie die heute (unverschuldet) im Reservat hocken, hockt Ihr im selbstgezimmerten Getto, zu dem der Leserbrief eine Zaunlatte mehr war. Es würde Euch besser zu Gesichte stehen, herauszukommen und an unseren Diskussionsprozessen teilzunehmen.
Wer mehr über PulverFASS wissen will, kann einmal die dritte vorläufige Resolution lesen (die hoffentlich diesmal richtig in der AKTION abgedruckt ist) und sonst unseren Rundbrief für 3,- DM in Briefmarken bei uns anfordern:
PulverFASS
c/o asta der FU
Kommunikationsreferat
Kibitzweg 23
1000 Berlin 33
Das nächste TReffen wird vom 18.-23.11.87 von der Anarchstischen Gruppe Sedanstraße. c/o Martin Kühn, Bundesstraße 11, 2000 Hamburg 13, koordiniert.

⟹

Gefängnisaufstände in Schottland

Oktober 1987, Schottland. Innerhalb von zehn Tagen besetzten Häftlinge drei schottische Knäste, darunter der sicherste Knast "Peterhead", das seinen sechsten Aufstand innerhalb acht Jahren erlebte und der älteste Knast Schottlands "Perth". Obwohl die "siege prisons" Thema verschiedener Zeitungen und Nachrichtensendungen waren, und die Londoner Regierung laut Schlagzeile an den Unruhen in den Gefängnissen "am zerbrechen" war, fehlen aber noch nähere Informationen. Hauptproblem in Schottland sind die miserablen Haftbedingungen: Überbelegung, Beschimpfungen und körperliche Gewalt durch Wachpersonal etc. erzeugen die wachsende Bereitschaft der Gefangenen sich dagegen zu wehren. "Peterhead ist kein Gefängnis. Es ist irgend was anderes", lautete die Antwort auf eine regierungsamtlichen Fragebogenaktion einer Untersuchunbgskomission.
In wie weit die Häftlingsrevolte (inclusive Geiselnahme und Mordrohungen) in den politischen Zielen über die unmittelbaren Knastzustände und die eigene Haft hinausgehen, bleibt unklar. Eine Dachaufschrift in "Peterhead" nach dem letzten Aufstand, der nach 105 Stunden niedergeschlagen wurde, lautet: "Es ist nicht bloß die Bombe, es ist das ganze scheiß System!" Eine Forderung der Häftlinge in Peterhead ist zumindest vorläufig durchgesetzt worden: Die Schließung der "Irrenanstalt" (Dachaufschrift). Schon während des Aufstandes wurden über 170 Häftlinge nach und nach per Hubschrauber verlegt.

★

FREIHEIT FUR ALLE GEFANGENEN



Libertäre Tage:
- The Concerts -
Die Konzerte während der Libertären Tage wurden mit Einverständnis der Gruppen mitgeschnitten. Das Ergebnis ist eine randvolle c-60 Cassette, die für acht DM beim Libertären Zentrum zu bekommen ist. Bei Bestellung sendet uns 10 DM Schein zu (2 DM Aufschlag wegen Versand und Verpackung). Auf der Cassette sind zu hören:
SYSTEM OF HATE, new wave, THE FLASH, psycho-punk, ALI & FERIT, folk, UNHEIMLICH, rock, BOSTON TEA PARTY, pop, UNKNOWN ACTORS, jazz
Bestelladresse:
Stichwort - the concerts -
AKTION
Kriegstraße 38
6000 Frankfurt M.

Föderation anarchistischer Schüler und Studenten
PulverFASS

Vorläufige Resolution

Vom 07.02. bis 12.2.86 fand auf der Domäne Lutter bei Seesen ein Treffen anarchistischer Schüler- und Studentengruppen statt. Anwesend waren sieben Gruppen aus Göttingen, Osnabrück, Münster, Bonn, Bamberg, München und Berlin, sowie zwei SchülerInnen. Gruppen aus Braunschweig, Heidelberg, Wien und Marburg sagten ab, bzw. konnten nicht kommen. Die Außentemperatur betrug -21 Grad.

Anlaß des Treffens war das Bedürfnis nach funktionierenden und übergreifenden Zusammenhängen zwischen anarchistischen Gruppen und Menschen, also Vernetzung, Informationsaustausch, Erfahrungsaustausch, gegenseitige Hilfe in Theorie und Praxis, Aufhebung von Vereinzelung und Isolation - sich gegenseitig kennenlernen.

Als Schüler und Studenten grenzen wir uns keinesfalls gegenüber der restlichen libertären Bewegung ab, sondern sind ein Teil von ihr und dem Widerstand und Kampf gegen alle autoritären Systeme und Bestrebungen. Deshalb haben wir keinen direkten Schwerpunkt, sondern arbeiten sowohl an der Uni/Schule als auch in anderen politischen Bereichen wie im Kampf gegen das Atomprogramm, den Militarismus, das Patriarchat und ähnliche Menschereien ...
Daß wir es dennoch für sinnvoll halten uns als "PulverFASS" zusammenzuschließen, liegt an dem gemeinsamen Erfahrungs- und Arbeitsraum (Hoch)-Schule, der ähnliche Interessen bedingt (Politik an der Uni/Schule, Kritik des Bildungssystems etc.). Von daher finden wir es nötig, Informationen auszutauschen und gegebenenfalls gemeinsame Aktionen zu planen. Im folgenden werden wir einige wichtige Elemente unseres politschen Selbstverständnisses ansprechen. Es kann und soll auch keine umfassende Analyse (z. B. staatlicher Hochschulpolitik und unserer Gegenaktivitäten) geleistet werden. Das wäre sinnvoll im Zusammenhang mit konkreten politischen Fragen bzw. Aktionen; dazu und durchaus zu außer(Hoch)schulischen Fragen werden wir weiter inhaltlich arbeiten und diese Arbeit in Aktivität umsetzen.

Im übrigen soll das Ziel von "PulverFASS" nicht in erster Stelle die Produktion von Papieren/Resolutionen sein, sondern die Vernetzung von Menschen, deren Initiativen und die Vorbereitung von Aktionen.

Wir wollen zwar diese Uni/Schule abschaffen, aber da es bis zur Revolution noch etwas hin ist, begnügen wir uns zunächst damit, zu nehmen, was wir kriegen können: (Aus)bildung, Knete und neue MitstreiterInnen.

Die Uni (scheinbar letzter Ort von Freiheit ... en der Wissenschaft) und die Schule sind für uns Untertanenfabriken, in denen durch Leistungs- und Konkurenzdruck, profitorientierte Leerpläne und Herrschaftssprache psychisch verkrüppelte Menschen erzeugt werden als mehr oder weniger privilegierte Diener und Sklaven von Kapital und Staat.
Für uns heißt heute StudentIn sein: einer staatlichen Institution ausgeliefert zu sein, die nicht unseren Bedürfnissen entspricht und es immer weniger tut, keine akzeptablen Berufsaussichten zu haben, bedroht zu sein von zunehmender sozialer Verelendung, verschärften Studienbedingungen und Repressionen (HRG, Bafög etc.), Abschaffung jeder Forschungsfreiheit und Mit/Selbstbestimmung.

Unser Gegenentwurf hierzu ist: selbstbestimmtes und befreites Lernen, indem wir ohne Zwang und Autorität aus freier Entscheidung die Inhalte wählen und entwerfen, die sich an unseren eigenen Interessen und Bedürfnissen orientieren. Alle Lernbereiche stehen gleichberechtigt nebeneinander (Geistes- und Naturwissenschaften, Technik und Handwerk). Lernen soll Spaß machen, also gehören auch Spielen, Träumen, Schmusen ... dazu. Ansätze hierzu sind Freie Schulen, Volkshochschulen in Dänemark z. B., Selbstunterricht von und mit Freunden und emanzipierten Lehrern und Gelehrten ...

Wissenschaft muß in "gesellschaftlicher Verantwortung" stehen, in einem konkret nützlichen, an Alltagsproblemen, ökologisch sinnvollen etc. orientierten Verhältnissen zu den Menschen. Interessante bestehende Ansätze z. B. die "Wissenschaftsläden", die Fragen von Bürgerinitaiven oder Einzelnen unter Verzicht auf die etablierte, institutionalisierte Wissenschaft entweder selbst beantworten oder an kritische Wissenschaftler weiter leiten. Da das bestehende "Blindungs"system eng mit den herrschenden Wirtschafts- und Gesellschaftsstrukturen verflochten ist, kann eine grundlegende Neugestaltung der Bildungsnöglichkeiten nur bei gleichzeitiger Neuschaffung der Rahmenbedingungen erfolgen. Das würde dann heißen, allen Menschen Zugang zur Auseinandersetzung mit Wissen zu öffnen, ermöglicht durch weitgehende Dezentralisierung und selbstbestimmte gegenseitige Wissens- und Erfahrungsvermittlung.

Vorläufig können wir jedoch nur die Verhältnisse für uns ausnutzen:

- in Seminaren und sonstigen Lehrveranstaltungen den anarchstischen Standpunkt einbringen und vertreten
- eigene Seminare und Veranstaltungen organisieren, bzw. Lehrveranstaltungen umfunktionieren, stören und notfalls sprengen.

Ganz konkret: Das Uni/Schulsystem sabotieren!
Das vermittelt Selbstvertrauen, bringt Erfolgserlebnisse. Wir gewinnen neue Leute und Sympathien, und wir werden schlauer. Wir müssen allerdings erkennen, daß unsere Aktionsmöglichkeiten je nach den äußeren Umständen unterschiedlich sind. In den verschulten Spezialausbildungen wie z. B. Medizin, Maschinenbau, Physik etc. sind wir zur Zeit auf das Wissen und die Ausbildungsmöglichkeit angewiesen, die fast ausschließlich von autoritären Institutionen angeboten werden, zu denen es fast keine Alternativen gibt. In diesen Institutionen ist die Repression besonders hoch. Darum ist es besonders wichtig, dieses Wissen - so weit überhaupt brauchbar - nach abgeschlossener Ausbildung frei weiter zu vermitteln, um das Ausbildungsmonopol zu brechen. Hierzu gehört eindeutig die Ablehnung des gängigen Wissenschaftsbegriffs, der die "empirische" Unfehlbarkeit zur absoluten Wahrheit erklärt und sie als solche verkauft.

Wir stellen fest, daß die wissenschaftlich anerkannten Wahrheiten/Erkenntnisse die der jeweils interessierten Herrschenden sind. Wissenschaft und Forschung stehen entweder direkt im Dienst von Kapital und politischer Ideologie und/oder legitimieren sie - sogar in ihren wenigen kritischen Ansätzen (z. B. Rüstungsforschung, Gentechnologie, Politikwissenschaft, Sozialwissenschaft ...). Dies geht einher mit einer blinden Fortschrittsgläubigkeit nach dem Motto: "alles ist machbar - wir haben alles im Griff."

Ökologische und soziale Zusammenhänge werden von Technokraten und Politikern bedenkenlos zerstört nach der Prämisse: "Mensch, mach dir die Erde Untertan! - Nach uns die Sintflut!"
Die Menschen werden daran gehindert, sich als natürlichen Teil einer Gesamtheit zu begreifen und dementsprechend zu handeln. Wo immer sich Widerstand dagegen regt, wird versucht, ihn zu zersplittern (teile und herrsche!) und brutal niederzuschlagen.

Angesichts der Größe der Weltbevölkerung, die immer noch im Wachsen ist, und anderer Faktoren, ist es kaum möglich, die Entwicklung auf einen Status zurückzuschrauben, der ohne größere Eingriffe in die Natur auskäme. Jedoch kann durch eine dezentrale Produktion, Verzicht auf umweltschädliche und unnütze Produkte sowie den Einsatz "sanfter" Technologien Umweltzerstörung vermieden und das ökologische Gleichgewicht gewahrt werden, ganz abgesehen davon, daß ein großer Teil (vielleicht sogar der größte Teil) der heutigen Produktion überflüssig ist (Rüstung, Wegwerfprodukte etc.).

Anarchie ist für uns aber eine Lebenshaltung und Philosophie, die unseren direkten persönlichen Bezug zur Mitwelt darstellt. Unsere Gefühle stehen gleichberechtigt neben unserem rationalen Denken. Deshalb fühlen wir auch eine starke Verbundenheit zur Natur, die für uns keine auszubeutende Nutzquelle ist, sondern unser Lebensraum und damit ein Teil von uns selbst.
Wir streben eine Gesellschaft an, in der das konsum- und besitzorientierte Wertesystem aufgehoben ist und an Stelle dessen ein umfassendes Bewußtsein von uns selbst und der Welt tritt; in dieser Hinsicht können wir z. B. (!) einiges von Indianern und anderen Naturvölkern lernen (ohne diese idealisieren zu wollen oder zu verkennen, daß es auch bei diesen gesellschaftliche Vorstellungen und Verhältnisse gibt und gegeben hat, die weder einfach übernommen werden noch für uns akzeptabel und richtig sein können).

Noch einige Worte zu Asta und Unigremien: Diese Institutionen sind als politische Spielwiese und Trainigsfeld für diese Gesellschaft, dieses System zu verstehen. Sie repräsentieren ein politisches System, das wir ablehnen,



weil es die Menschen verarscht, betrügt und jede Selbstbestimmung ad absurdum führt. Da Asta/Stupa aber durch ihre Finanzdecke und technische Ausstattung einen politischen Machtfaktor darstellen, mit dem Menschen manipuliert werden, benutzen anarchistische StudentInnen Asta/Stupa durch Teilnahme an Wahlen dazu, mit Geld und Technik emanzipatorische und herrschaftsfreie Initiativen möglich zu machen oder zu fördern. Anders herum wird antiemanzipatorischen Bestrebungen wie den verschiedenen Parteiklüngeln (die überdies von Hause aus bestens versorgt werden) dadurch ein Stück Aktionsmöglichkeiten entzogen.

Durch imperatives Mandat der Gruppe und direkte Kontrolle der Delegierten, sowie kollektives Handeln (Referatskollektive) glauben wir die korrumpierende Wirkung der Institutionen und Verhältnisse auf den Einzelnen in der Regel verhindern zu können. Allerdings sind in diesem Punkt die Meinungen bei uns unterschiedlich.

- der erste Standpunkt lehnt Beteiligung an Wahlen und Gremien rundweg aus grundsätzlichen Erwägungen ab ((Staats)Kohle korrumpiert/Beteiligung schützt das System/das Bestehende und lähmt Alternativen).

- der zweite Standpunkt geht davon aus, daß Geld/Technik gebraucht werden, um politisch effektiv und wirkungsvoll handeln zu können: "vom kleckern zum klotzen ... ". Bestehende Institutionen können zum Erreichen eigener Ziele relativ leicht genutzt werden.

Viel grundsätzlicher ist aber die Frage, was wir von Uni/Schule überhaupt noch wollen.

Das läßt sich nicht pauschal erklären. Sicher hegen die einen immer noch im stillen die geheime Hoffnung mangels besserer Alternativen in irgend einem Job unterzukommen, der ohne all zu schlimme Selbstverleugnung die eigene Existenz sichert. Das kann eine gefährliche Illusion sein. Die anderen gehen noch wegen Bafög, Knete, Krankenkasse, öffentliche Verkehrsmittel, Steuern, Eltern, Perspektivlosigkeit, Wissensdrang etc. zur Uni/-Schule, haben aber innerlich mit dieser Gesellschaft gebrochen und streben tatsächliche Veränderungen an.

Auch wenn die Wissensvermittlung in der Regel in entfremdeter Form geschieht, bieten Uni und Schule doch die Möglichkeit von Wissensaneignung und Information über z. B. freiheitliche Experimente, kritische Theorien, wirtschaftliche und politische Zusammenhänge. Die Möglichkeit der Umsetzung einer freien Gesellschaft ist nicht nur abhängig von Gefühl und Willen, sondern auch von dem konkreten Wissen um ihre möglichen Formen - unter Berücksichtigung aktueller Entwicklungen wie z. B. Produktions- und Kommunikationstechnologien. Wir müssen allerdings diese unsere Interessen auch artikulieren und sie vertreten und einfordern.

Perspektivlosigkeit und Hoffnung auf gesellschaftliche Nischen hindern aber all zu viele daran, ihre Utopie konkret umzusetzen und sofort damit anzufangen. Schafft den Feierabendanarchismus ab!

Sofort damit anzufangen heißt aber auch, damit Schluß zu machen mit den scheelen Blicken nur auf andere zu schauen und bei uns selber damit anzufangen, all den Müll auszuräumen, der sich mit oder ohne unsere Mitwirkung bei uns angesammelt hat, die Beziehungen untereinander grundsätzlich zu verändern und verbessern, ebenso wie die zu unseren Mitmenschen. Das ist der Anfang eines subversiven und revolutionären Alltas.

Zuallerst stellt sich die Frage nach dem Verhältnis zwischen Frauen und Männern. Daß diese Gesellschaft noch immer eine Gesellschaft patriarchalischer Gewalt, also männlich geprägt und beherrscht ist, ist offenbar. Alle Menschen, Männer wie Frauen, werden in ihr vom Augenblick ihrer Geburt bis zum Grab auf patriarchalische Normen hin konditioniert, d. h. angepaßtes Handeln wird zum Reflex. Wer sich bewußt oder unbewußt dieser herrschenden Moral, der herrschenden Meinung widersetzt, wird bestraft. Nur unser anarchistisches Bewußtsein kann uns zu freien und gewollt handelnden Menschen machen. Wir wollen eine Gesellschaft auf der Grundlage der Freiheit von jeder Herrschaft, Gleichheit aller Menschen und der gegenseitigen Hilfe. Der Weg dahin ist weit, und auch wir haben uns noch wenig genug von der "Gesellschaft in unseren Köpfen" befreit.

Wenn wir von der Unterdrückung insbesondere der Frauen in diesem System überzeugt sind, wundert es einen doch, daß die anarchistischen Gruppen und Organisationen nicht vor Frauen überquellen, zur reinsten Frauenbewegung geworden sind, mit den paar Typen in der absoluten Minderzahl. Das Gegenteil ist (noch?) der Fall. Das liegt nur zum geringen Teil an der traditionellen Politikabstinenz und Konservativität der Frauen (als Folge der patriarchalischen Verhältnisse). Zum weitaus größten Teil liegt es am Politikverständnis der Männer, den traditionellen Politikmachern, Mackern, das noch tief in uns steckt. Politik als Machtkampf - nach innen und außen. Das macht sich sowohl an "Streetfighterposen", als auch im Umgang miteinander bemerkbar. Frauen sind oft vor die Alternative gestellt, entweder selbst Mackerinnen, Ellbogenfrauen zu werden, oder im allgemeinen Tumult mal wieder am Ende der Bank zu sitzen und obendrein noch das ausgleichende, schlichtende, nette und noch besser Sexifrauchen zu spielen.

Wir wollen auch keine Frauenherrschaft (Matriarchat). Wir wollen neue Menschen werden. Wenn es auch biologische Unterschiede zwischen Männern und Frauen gibt, sind beide doch grundsätzlich gleich; niemand soll wegen Rasse, Alter und Geschlecht, niemand soll überhaupt beherrscht werden. Die Befreiung der Frauen, die Befreiung der Männer, die Befreiung der Kinder von einer barbarischen Gegenwart und Vergangenheit bedingen sich gegenseitig. Weil die bestehende Ordnung aber dem neuen Menschen entgegensteht, weil wir, wenn wir uns ein Stück befreien, in der Schizophrenie zwischen patriarchalischer Umwelt und unseren Freiräumen und Ansichten leben müssen, kann es nur eine wirkliche allumfassende Befreiung geben, wenn die alte Ordnung untergeht und wir immer mehr ein neues Leben beginnen - allen Widrigkeiten zum Trotz. Erst dann müssen Männer nicht mehr männlich = stark und Frauen nicht mehr weiblich = schwach sein.

Ein weiterer Punkt, der eng mit dem vorhergehenden zusammenhängt, ist die repressive "alternative" Randgruppenmoral, die sich in Tabus äußert. So entstehen dem Bewußtwerden und dem Bewußtsein neue tückische Fallstricke. Verdrängungskünste aller Art werden mobilisiert durch Angst vor Sanktionen/Strafen, vor Ausgeschlossenwerden, "Psychoterror" und Intrigantentum. Das fängt an mit Kleidung, Rauch und Alkohol und geht weiter bis zu abweichenden Meinungen und Verhaltensweisen.

Sexualität wird stillschweigend genormt, ins Dunkle verlagert, ausgeklammert (Kinder!!!), Kritik an "linken Modebewegungen" wie Nicaragua, El Salvador, ETA, IRA, usw. verunmöglicht. Und über Frauen spricht man nicht (s.o.). Nur ehrliche und rückhaltlose Wahrheitssuche kann diese gefährlichsten Hindernisse zur Freiheit überwinden und auf Dauer unschädlich machen. So kommen wir nach innen weiter und werden/bleiben außen glaubwürdig.

PulverFASS ist ein Versuch, aus der Vereinzelung herauszutreten und gemeinsam diesen Zielen näher zu kommen.

Eine wichtige Aufgabe von PulverFASS muß es sein, Menschen, die an gleichen Themen bzw. themenübergreifend arbeiten, zusammenzubringen, um eine Kommunikationsstruktur zu schaffen (Rundbrief, Treffen, AGs u. a.), die kompetent aktuelle Fragen (BTX, Volkszählungsboykott, AKW, ...) gegenüber der Öffentgichkeit darstellen kann. Hier sind gerade die Kontakte zu anderen anarchistischen Föderationen (FLI, AFN, AFNB, AFR ...) und anderen autonomen Zusammenschlüssen sehr bedeutsam und notwendig. Also auch in diesem Sinne streben wir eine größere Vernetzung an.

PulverFASS gibt einen Rundbrief heraus, in dem Flugblätter, Papers, Berichte etc. der einzelnen angeschlossenen Gruppen veröffentlicht und so den anderen bekannt gemacht werden. Der Rundbrief ist also einmal zum Informationsaustausch für alle Vernetzten und deren Freunde, Sympathiesanten und andere Interessierte gedacht, zum anderen dient er der internen Diskussion. Die Koordination des Rundbriefs rotiert. Zur Zeit bei:

Initiative (Asti)
c/o asta FU Berlin
Kommunikationsreferat
Kibitzweg 23
D-1000 Berlin 33
tel. 030/838 2224/838 4012



HEIA SAFARI

TEIL 2

TOURISMUS. THEMA AB VOM SCHUSS

Es drückt,
immer wieder
dieses Jahr weniger die Schwüle des Sommers,
immer wieder, zuverlässig, aber der vielfältig gestaltete Angriffe des "Kapitalismus",
durch den wir uns in die Re-Aktion drängen lassen (müssen?), damit in unendlich mühsame Plenumsdiskussionen, in denen wir uns mit den ewig konservativen Linken wie Grünen, Bls u.ä, herumnerven müssen, Termine, Kämpfe, Leere manchmal, und oft genug Alleinfühlen, und dazu miese Arbeitsbedingungen und und und...
und tausend andere Atemlosigkeiten
ein gehetztes Dasein also
Leben,? Lieben,? Kämpfen,?
und alles im Werbespotrythmus,
zum Wegwerfen schließlich ?

wovon wir uns natürlich erholen müssen,
Kraft tanken,
um die ramponierte Psyche wieder ins instabile Gleichgewicht zu bringen und die Leere zu überwinden. Nicht die Leere der Kämpfe, Utopien oder Ideen, denn es gibt immer wieder Siege, die uns aufbauen, Hoffnungen schüren und weitermachen als sinnvoll erscheinen lassen,
sondern die Leere des Bauches,
der Empfindungs- und Erlebnisfähigkeit des ganz kleinen, sich anscheinend so oft fürchterlich unbedeutend empfindenden und sich deshalb ständig neue individuelle Einzigartigkeit nachweisen müssenden Ichs.

Und so kommts denn, daß ab der Zeit des ersten spürbaren Azorenhochs, welches schneeschmelzende Frühlingswinde in die olmigen Knochen wehen läßt, die Sehnsucht das so einsam im Meer dumpfer Bewußtheiten dahinschnorchelnde autonome Selbst packt, daß nicht nur in miesen Lebens- und Arbeitsbedingungen eingesperrt ist, die es verabscheut, sondern, als besondere Fessel, auch noch in die eigene Nichtkörperlichkeit.

Sehnsucht nach Erlebnisfülle, nach Farbenfroheit, nach Lust und offenherzigen Menschen hängt auf dem Asphalt

Und so kommts denn, daß die vielen selbst-bewußten und reichlich eingeblästen Metropolengespenster in Autos, Züge, Flugzeuge springen um den körperverklebenden Schlamm der Großstädte loszuwerden.

Kleine jährliche Fluchten!

Wie tanzende Irrlichter huschen die so abrupt losgelösten revolutionären SubjektInnen schließlich über den ganzen Erdball und können von Mai bis Okt die Revolution, ob proletarisch, sozial, feministisch oder antiautoritär, auch erst mal Revolution sein lassen.

Und irgendwann, am Zielort angekommen,
beginnt dann die Verwandlung

Die Haut beginnt sich schon bald zu glätten und spiegelt mit einem verschwenderisch lustvollen Prickeln das erste Sonnenecho, während die Nase sich entsinnt, daß sie einmal riechen konnte und dankbar den Duft frischen Pinienharzes oder regenfeuchten Eukalyptus in die asthmatischen Großstadtlungen läßt. Der Körper entledigt sich des öligen Kleides, daß er vom Kohlenmomoxyd angepaßt bekommen hat und daß sich im Laufe des Inversionswetterlagenwinters schon schmerzhaft in die Poren drückte, biegt sich, wie einer streichelnden Hand, dem Wind entgegen, der vom gekrümmten Rücken des Meeres heranweht und dem ruhelosen Selbst ein bischen was von der "zärtlichen Gleichgültigkeit" der Welt nahebringt. Und die Augen, die sich an die permanente Stadtaufmerksamkeit wie an eine festgewachsene Hornbrille gewöhnten, sie beginnen vorsichtig wieder um sich zu schauen, lernen sich wieder von Lichtkaskaden und tausenden Grüns berauschen zu lassen, freuen sich wie lange nicht mehr, an Aquarelldörfchen und märchengrauer Geborgenheit wäschebehangener Altstadtgässchen,
die skeptische Verwurzelung vermittelt,

längst verlorene.

Und das Selbst, dieses gequälte, gejagte, trotz aller Autonomie noch in hundert unliebsame Kompromisse gequetschte und so leicht verletzliche Etwas, es erfährt wie frei, lustvoll, geistreich und verschwenderisch es doch sein kann,
befreit endlich von revolutionärer Moral, von schmerzenden Beziehungstüttüts,

vor allem von Angst.

dieses Selbst lernt endlich wieder die Stimmen aus denen es besteht, zu hören, die übertönt werden zu Hause vom Lärm, der, ob wir wollen oder nicht,
einen Nachhall in uns erzeugt.

Bleibt nur ein kleines Problem,
die Aquarelldörfchen, die das so wundervoll sich verändernde Selbst aufzusuchen pflegt, sind leider bewohnt.
Das holographische Postkartenempfinden hat einen Sprung bekommen, denn plötzlich sind da Augen, die eine/n anschaun, die unmittelbare Fragen stellen, stumm, und erst wenig aufdringlich,
die aber Antworten fordern, irgendwann,
und die wir auch geben,
mit ganz "sanften" Formen des Tourismus,
mit einigen sehr ausgeklügelten
manchmal sicher auch unbewußten Facetten
kulturellen Imperialismus



Freiheit, auf den Rücken geschnallt!

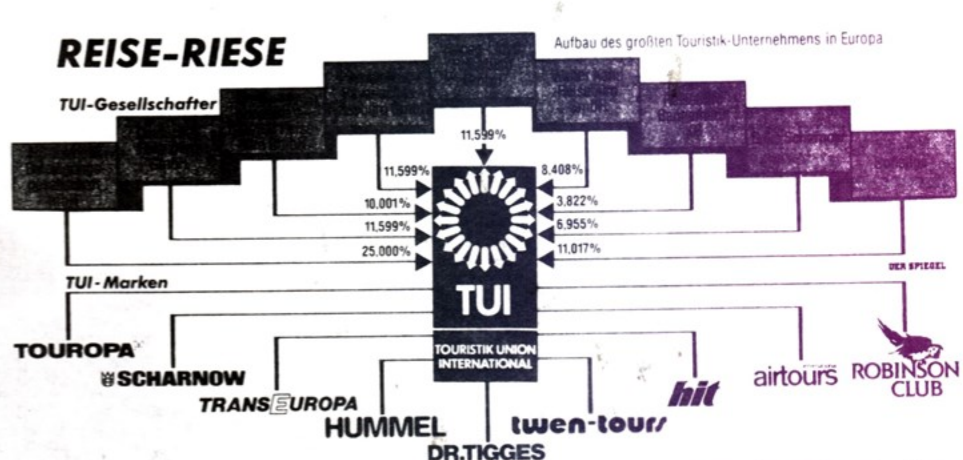
Warum nicht Portugal, oder vielleicht Griechenland?
Warum nicht als Beispiel, eins der Länder, deren EinwohnerInnen in den letzten Jahren stark zunehmend vom Anblick zartbrauner Freakschenkel verwöhnt werden. Ein Land, in dem es sehr viele arme und sehr wenige reiche Menschen gibt, in dem Firmennamen wie Siemens, IBM, General Motors, Hoechst, Phillips usw usw, uns daran erinnern, warum das so ist, Spurensuche auch hier....

Und dann ein Städtchen an der Westküste, eins von den vielen Städtchen auf der Welt, daß sich der untrügliche Spürsinn bundesrepublikanischen Trampergeistes zum Domizil entdeckte und schließlich auch von Heuschreckenschwärmen sonnenhungriger und bis zum Ekel lockerer Großstadtgrottenolme "kolonialisiert" wurde.
Aljezur, heißt dieses Städtchen, InsiderInnen sicherlich bekannt, einziges größeres Örtchen in der Umgebung, Marktflecken mit Post, Lädchen und einigen Bars. Und, einer von einem deutschen Freak geführten Bar mitten am Platz, und da wird sich getroffen, Markt der Sensationen, Urlaubsgrüße aus dem Schlafsack. Das Straßenbild wird "beherrscht" von ätzender Deutschtümelei, Lässigkeit hängt in den Mauerritzen, es ist laut, vehement und störend.

Nun, es ist tatsächlich keine Frage von Moral, meinetwegen kann jede/r rumlaufen, wie es ihm/ihr paßt. Etwas was anderes ist die Ignoranz, mit der gerade Rucksackreisende die besuchten Ländern erfreuen, da wird kein Gedanke an so seltsame Dinge wie Kulturschock oder gar Auswirkungen des Tourismus nachgedacht. Es ist Urlaub, heia puppeia, am Strand läuft ne Feier,
alles andere ist Ware,
Menschen, Landschaften, Gefühle, werden herabdegradiert zum Mittel persönlicher "Befreiung". Es wird sich wie vor riesigen Schaufenstern bewegt, in denen eine "pittoreske" Welt dargeboten wird.
Die Menschen sind nichts als schmückendes Beiwerk in einem exotischen Bilderreigen.
Manchmal dürfen sie die "dümmlichen Heerscharen" auch zum Essen einladen, um ihre Gastfreundschaft beweisen zu können, und damit Freak zu Hause prahlen kann, mit wie wenig Kohle er da unten durchgekommen wäre.
Wauh.
Und außerhalb der Dörfer, in den lauschigen Pinienwäldchen und warmen Sandbuchten, erinnert überall romantisch im Wind flatterndes Klo- und Zeitungspapier, appetitlich angebräunt, an die einzig "wahre" Funktion der südlichen Länder für den Norden, der Peripherie für die Metropole.

Es sind dies die asketisch-zeitgeistigen RucksacktouristInnen, die unerschütterlich über jede Armut hinweg über den Globus trotteln und allein durch ihre Gegenwart kulturelle Identitäten stören, manchmal zerstören, da wird gespenstergleich von Ort zu Ort gerauscht, und oft Spuren hinterlassen, an denen keine Menschenwürde mehr zu finden ist, werden "exotisch" aussehende Einheimische schonungslos in die Photolinse gesperrt und dort gefangengehalten, wird gedankenlos in die hintersten Ecken der Dörfer, in die privatesten Räume eingedrungen, werden "heilige" Trauerzeremonien durch unablässiges Geschnatter, Gegacker und Gefresse gestört und in keinster Weise auch nur ein Gedanke an die Menschen verschwendet.

Selbstverständlich wird auch alles Überlebensnotwendige vorgeführt.
Wasserfilter aus teuren Schweizer Keramiksteinen, Superduperbinichgeildraufschlafsack mit aufblasbaren Zehenwärmern und der ökologisch feinsinnig durchdachte Minimullundscheißeverbrenner mit Entschwefelungsanlage, dazu 50 Stück Wasserentseuchungspillen und der Alarmschlagdichselbstwecker für die Rechtzeitigkeit eingeplanter Mondfinsternisse, Sonnenauf- und Untergänge.



Die Einheimischen sind kaum zu sehen, wozu auch?

Ein völlig Losgelöster schlendert die Hauptstraße entlang, sucht das Postgebäude, er trägt total verpisste Unterhosen, sonst nichts und führt damit den Geschmack der großen, freien Welt vor, erregt Abscheu, Aggression und sieht nichts. Naja, die Bevölkerung hat zwar so Vorstellungen von Kultur, Religiösität, Moral und und und..
geht mich nix an, solln se eben lockerer werden.

sie sind nichts als Scheißhäuser,
Scheißhäuser für unsere bleichen Körper!
Scheißhäuser für unser ausgemergeltes Selbst!

Neben dem betont obercoolen Freak, der unglücklicherweise überall dort, wo es noch ein wenig ursprünglich und warm zugleich ist, anzutreffen ist, gibt es noch eine andere Variante von Rucksackreisenden.

wer dann noch geile Hämmer erlebt, der kann sich mit markigen Artikeln an Zeitgeistzeitschriften wenden und an solche, die es gerne werden würden, aber nun doch noch zuviele linke Identitätsskelette unter dem Pflasterstrand liegen haben, Artikel über das Rucksackreisen und des Abenteuerergeistes, von Männern natürlich, die eine Camel-Trophy-Tour auszurichten wissen und deshalb den Titel "Kosmopolit" verliehen haben bekommen.

Trauriger Zerfall linker Identität, spürbar dort, wo unmittelbar nichts gefordert wird,
im Urlaub.

Wer entwickelt hier wen?

Es ist schon erstaunlich welche humanistischen Explosionen durch die bundesrepublikanischen Lande rollen. Tausende von Menschen machen sich Jahr für Jahr voll hehrer Ansprüche auf den Weg in sogenannte Entwicklungsländer, um dort die Symptome der Krankheit Imperialismus abzumildern. Der menschenfreundliche Ansatz solch selbst-loser Hilfseinsätze soll gar nicht abgesprochen werden, aber es mischen sich, auch in den unterschiedlichen Projekten der Entwicklungshilfe, seltsame Mißtöne darunter, die aufzeigen, daß das mit der Explosion des guten Geschmacks und Gewissens doch nicht so weit her ist, wie die Statistik der Bewerber zu Einsätzen in Entwicklungshilfeprojekten vielleicht Glauben machen will. Da ist zum Beispiel der treue Kämpfer der 2. Reihe, der dem internationalen Kapital schon einige faustgroße Wacker in die Scheiben gesetzt hat und damit zumindest halbsymbolisch seinen Unmut und seine Gegnerschaft auszudrücken wußte. Derselbe kämpfte gegen KWU, gegen die WAA, und immer direkt, persönlich, auf der Straße.

Derselbe nun absolviert im Rahmen seines Studiums ein Praktikum bei der GTZ Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit, was ja erst mal nichts ist, worüber sich sonderlich aufgeregt werden müßte, das eigentlich auffällige ist, daß er, trotz seines Wissens um die Rolle der GTZ beispielsweise beim Staudammprojekt in Guatemala, anfängt die GTZ auch ideologisch zu verteidigen. Das wäre alles nicht so schlimm, es gäbe auch Widersprüche innerhalb der GTZ die ausnutzbar wären, es wäre auch eine Möglichkeit von innen heraus zu wirken und eine humane Entwicklungshilfe aufzubauen. Nun ist der treue Kämpfer nicht zur grünen Konservativenfraktion um Otto übergelaufen, er bedient sich weiterhin der zartesten Versuchung, seit es Bankscheiben gibt, rückt aber gleichzeitig von seiner Einstellung zur Instituion der GTZ nicht ab.

Woher kommt wohl so ein Bewußtseinssprung?

Nun, die Sache ist einfach.
Ein Praktikum bei der GTZ kann einen Projektbesuch im schönen Asien, Afrika oder Südamerika bedeuten. Für einige Wochen wird dem/der Interessierten die Möglichkeit eingeräumt, ein Projekt zu besichtigen. Natürlich ist die GTZ sparsam mit Informationen. Das Projekt kann besichtgt, Fragen gestellt werden, die notwendigen Zahlen und Daten, die einen Überblick darüber gewähren würden, inwieweit ein Projekt nun tatsächlich Grundbedürfnisse der Bevölkerung abzudecken weiß, werden natürlich nicht herausgerückt. So bleibt der/die hoffnungsbeseelte PraktikantIn ein/e sehende/r BlindlingIn.

So ein Projektbesuch ist eine beliebte Möglichkeit auf billige Weise in ein fernes Land zu gelangen, ein bischen Projektiererei, ein bischen metropolitane Überheblichkeit, und schon ist der Exotikjob gelungen.
Und wer einmal bei der GTZ so eine Reise unternommen hat, na dem werden vielleicht auch später einmal Chancen geboten. Also, wird das Maul früher oder später gehalten.
Die Korrumpierung fängt hiermit an.
Und es stellt sich einmal mehr die Frage, was denn das ist,
dieses politische Selbst, daß bei den ersten Gerüchen von Exotik und Märkern, in alle Winde zerstiebt?

Projekttourismus ist eine äußerst subtile Form von Tourismus, in seiner Konsumhaltung, die vielleicht zur stützenden Haltung wird, unterscheidet sich der Projekttourismus sich kaum von anderen Formen des Tourismus. Motive wie Fernweh, Fluchtgefühl, Isolierung, Selbstaufwertung durch Altruismus, können mit dem Mäntelchen der scheinbar objektiv notwendigen Hilfeleistung gut kaschiert werden.

Im Dienst der "Wissenschaft"

Die Metropole muß wissen, ist notwendig um Metropole bleiben zu können!? Und darum werden die Völker in aller Welt auch noch in den entlegensten Gebieten aufgestöbert, werden registriert, beobachtet, analysiert. Exklusivberichte werden verfaßt, an Zeitungen weitergegeben, die denn großformatige Photos in die biederen Wohnzimmer bringen.
Forschen will gelernt sein, also werden die angehenden VölkerkundlerInnen schon recht frühzeitig in die Flugzeuge und später in die Reisebusse gesetzt, mit denen sie über die Lande düsen, um frohe Sprüche nie verlegen. Es kommt denn schon mal zu Begegnungen der dritten Art, wenn so eine Ethnologenschleuder sich beispielsweise in den weiten Räumen der Sahara "verirrt", auf der Suche nach einem ganz besonders "typischen" Nomadenstamm. Läßt sich das vorstellen.
Sie sind gerade dabei Zelte auszubessern, das Vieh zu versorgen, oder sitzen einfach nur da, unterhalten sich über dieses und jenes, da hören sie hinter den Sanddünen, da wo die Fahrpiste sich im Unwirklichen verliert, ein nicht bestimmbares Brummen, das näher kommt. Sie schauen sich verwundert an, erheben sich, lassen von der Arbeit ab und warten. Das Brummen kommt näher, hinter der ersten Düne Sandwolken jetzt, schließlich mit viel Geröhre, eine Flotte mehrerer Jeeps, die, als sie die Nomadenzelte sehen, kurz stehen bleiben, als müßten sie sich besinnen, dann aber herangeprescht kommen, unmittelbar vor dem Zelt halten. Aus den Wägen springen eine Menge Leute, allesamt recht blaß, scheppernd und mit vollen Händen. Ohne zu fragen werden Aufnahmen gemacht, von den Zelten, den Menschen, den Geräten, sie verteilen sich, streunen um das Lager herum, einige ganz mutige versuchen zwischen die Zelte zu laufen, bringen ein gewinnendes Studilächeln über die Lippen. Notizen werden angefertigt und saloppe Sprüche geführt. Und immer wieder, Klick.

Schließlich, nachdem alles wissenswerte aufgezeichnet und katalogisiert ist, wird wieder in die Autos gesprungen und weitergefahren. Wissenschaft will gründlich sein.
Ärger noch, als es während eines Rucksackurlaubes möglich ist, werden Menschen hier zum Objekt gemacht. Sie sind nicht mehr als krabbelnde Insekten unter der objektiven Linse wissenschaftlicher Seziermikroskopiererei. Wahrheiten sollen erforscht werden, Lebenszusammenhänge, Abstammungen, hier steigert sich die Abhängigkeit dieser Völker von unserer objektgeilen Zivilisation ins unerträgliche.

Eine Form von Tourismus, bei der die einzelnen Menschen schließlich völlig aus der Verantwortung genommen sind. Sie reisen im Dienst der Wissenschaft, das hat was mit Wahrheitssuche zu tun, ein Hauch Entdeckerromantik umnebelt die Gehirne. EthnologInnen, GeographInnen, BiologInnen, MeterologInnen, AntropologInnen, die Welt, vor allem die sogenannte Dritte, ist euer Exerzierfeld. Heraus kommt unterm Strich auch hier eine gehörige Portion Selbstfindung, nicht wahr.
Fragt sich nur, wer die Zeche dieser metropolitanen Arroganz zu bezahlen hat und heutzutage ständig bezahlt.

Die Reise der HeldInnen

Über den Polittourismus im eigenen, wie auch in Ländern wie z.B. Nicaragua, Kuba, Zimbabwe, Tansania usw, zu schreiben ist nicht so ganz einfach. Ich gerate da in ein Dilemma, denn zum einen kann es natürlich notwendig sein, einem bedrängten Volk durch praktische Hilfe, durch Gegenwart (Und wenns der oder die von Magen- und Darmgrippe zerrüttete AufbauhelferIn ist, die von zwei Monaten Aufbauhilfeaufenthalt 6 Wochen in der Hütte verbringen müssen.),andererseits kann solches Reisen auch zur Farce werden, zur Farce für die internationale Solidarität und den gemeinsamen Kampf. Dann nämlich, wenn sich die Zaungäste der Revolution einfinden, leergesaugte, vielleicht für unsere Begriffe perspektivlose Identitäten, die sich an der Aufmerksamkeit die ihnen zuhause teil wird, wieder aufwerten. Ein angeknackstes Selbstwertgefühl hebt sich in die Lüfte, allerdings nicht autonom, aus einer inneren überzeugten Position heraus, sondern von außen, durch die sicher herangetragene Lobhudelei für den revolutionären Einsatz, des jeweiligen Umfeldes fremdbestimmt. Die nach außen als bewußte politisch solidarisch deklarierte Reise, wäre von der Motivation solcher Leute her, damit ebenfalls zur Ware herabdegradiert, sie wäre einer Art weltweiter Psychopharmaka gleichzusetzen, mit der endlich all die schwer verheilenden Fisteln kuriert werden könnten, die von so ätzenden Erregern stammen, wie Perspektivlosigkeit, Minderwertigkeitsgefühle, Weltschmerz, Selbstmitleid und vom vielleicht schlimmsten von allem,

fehlendem Anerkanntsein.

Nun will ich mir nicht anmaßen, hier eine Wertung anzubringen. Selbst wenn aus diesen Motiven heraus eine Politreise begonnen wird, kann sie für das betreffende Volk von Nutzen sein. Die Sache ist nur, daß solcherart motivierte RevoluzzerInnen nicht sehr lange bei der Stange bleiben, sich nach der Reise und der geernteten Verehrung, sich die praktische Solidarität wieder erschöpft, vor allem fehlt dann oft die Übertragung der Verhältnisse auf hier.

Ein weiteres Problem ist das des Bewußtseinsstandes von den Reisenden und der Menschen in den Ländern, die besucht werden sollen. Schon unter uns sind die Entwicklungen, die zu politischem Bewußtsein geführt haben, völlig unterschiedlich und es läßt sich schon unter uns manchmal kaum glauben, daß wir für die gleiche Sache kämpfen. (Wobei wir mit dem "gegen" nicht so große Schwierigkeiten haben). Wie groß erst muß der Unterschied dann zu Menschen, die einem anderen Kulturkreis angehören sein? Sicher, wir kämpfen gegen den weltweiten Imperialismus, aber kämpfen wir mit diesen Menschen für die gleiche Sache, mit Menschen, deren religiöse, kulturelle und ethischen Werte sich ganz unterschiedlich zu den unseren geprägt haben?

Ist es überhaupt denkbar, daß wir jemals für das Gleiche kämpfen können?

Ich will über das Thema jetzt nicht mehr schreiben, es sollten auch nur einige vielleicht grundsätzliche Bemerkungen dazu getroffen werden, die aber vertieft werden müßten. Das läßt sich im Rahmen dieses Artikels nicht leisten.
Ein kleines aber will ich zur Verdeutlichung noch anfügen.
Im Nicaragua-Kalender von 1986 ist ein Bild zu sehen, auf dem ein Portrait Che Guevaras neben einem Portrait von Jesus die Wände verziert.

Könnten wir, mit unserer materialistischen Weltmeßlatte diese beiden Symbole von Religiösität und Revolution in Einklang bringen? Oder müßten wir diese Anordnung von Bildern verurteilen?

Wie zum Beispiel würden wir reagieren, wenn wir hierzulande auf solch eine Mischung stoßen würden?
Verächtlich? Herablassend?

Vielleicht wird durch diese Fragen deutlich, was ich meine.

Nichts als eine Anregung!

Wenn so etwa in den Monaten Oktober und November die Natur anfängt still zu halten, um sich selbst die Erneuerung zu erleichtern, dann dichte Wolkenschleier die Geräusche in den Wäldern zu ersticken beginnen, kehren auch die letzten autonomen Reiseschwalben zurück um ein Stückchen weiter an der Gurgel des Kapitalismus zudrehn,

frei noch

werden sie schnell wieder aufgesaugt, in die widerlichen Gedärme der Städte, wo er von neuem den Takt schlägt, der atemlose Rattentanz. In die Gesichter gräbt sich wieder die aristokratische Blässe, und Lippen werden wieder wütend zusammengepreßt, der Lärm und der Muff legt sich fordernd auf die noch frisch atmende Haut und läßt die eigenen, vielleicht autonomen? Stimmen fast ganz unhörbar werden....

Die Sehnsucht wird eingepackt, wie der Rucksack, und der Gaskocher und wird konserviert, fürs nächste Jahr.
Inzwischen aber wird weitergekämpft

Zurück bleiben Gedanken, natürlich müßte der Tourismus, in welcher Form auch immer, als Erscheinung des Kapitalismus, abgelehnt, verweigert und letztenendes auch bekämpft werden, dennoch sind die Monate, die wir in fernen Ländern zubringen, für unsere eigene psychische Erneuerung manchmal unbedingt notwendig. Wir vertrauen dem Netz doch nicht so ganz, daß unsere Widerstandskultur, auch wenn sie sich dürftig zeigt, trotzdem gespannt hat. Ein Netz mit vielen Rissen und Brüchen. Es braucht Glück, um an der richtigen Stelle dahineinzufallen.

Und das ist vielleicht, neben der persönlichen Entscheidung zum Thema Tourismus und des ganz persönlichen Verhaltens in anderen Ländern, ein Ansatz zum Weiterdenken. Die Tatsache, daß wir diese kleinen jährlichen Fluchten brauchen, daß wir das Leben in der "Szene" verlassen müssen, um wieder zu uns selbst, zu freien Gedanken, zu Empfindsamkeit zu finden, die Gewißheit, daß möglichst viele Kilometer Entfernung von Menschen, mit denen wir so etwas heikles wie eine soziale Revolution durchsetzen wollen, das all das erst die notwendigen Regenerationsprozeße ermöglichen, diese Tatsache ist es, die das Reisen neben allen imperialen, auch von uns erzeugten Nebeneffekten, zu einer äußerst problematischen Angelegenheit macht. Die Notwendigkeit dieser kleinen Fluchten zeigt, daß die Beziehungen untereinander, von dem jeweils "persönlichen" FreundInnenkreis des/der Einzelnen, oft sich nur in politisch-funktionaler Weise erschöpfen, und diese Funktionalität, diese damit verbundene emotionale Leere ist es, die die Psyche auszubrennen beginnt und so die Isolation des Selbst verschärft, die ohnehin latent immer gegeben ist.



Wie mit dem ganzen Problem Tourismus - Tourist sein umgegangen werden kann, weiß ich selbst nicht zu sagen. Zu groß ist für mich der Widerspruch zwischen individueller Erfüllung und erkennendem Bewußtsein. Da die Einseitigkeit kulturellen Bedrängens, die ich als Tourist in einer der geschilderten Formen ausübe, mir persönlich zu sehr nach Imperialismus riecht, werde ich Reisen in arme Länder nicht mehr unternehmen, zumindest keine Reisen, die ohne Bezug sind zu politischen oder kulturellen Problemen der Menschen dort.

Ob das eine Lösung ist?
Kann ich nicht sagen
Es ist wohl auch keine Frage "revolutionären" Gewissens oder Moral, sondern von Identität, oder?

Alois Mieselpriem



Wer sich mit dem Thema Tourismus intensiver beschäftigen will:

Literaturliste:

Gerhard Armanski
Die kostbarsten Tage des Jahres
Massentourismus, Ursache, Formen, Folgen
Rotbuch Verlag Berlin, 1978, TB-Nr. 181

Klar, schön wars, ABER......Tourismus in die 3. Welt
Aktion 3.Welt (iz3W) Postfach 5328, 7800 Freiburg,1983

Ueli Maeder
Fluchthelfer Tourismus: Wärme in der Ferne?
Rotpunktverlag Zürich 1982, ISBNR 3-85869-019-8

Ron O Grady
Zwischenlandung Dritte Welt (Texte z. kirchlichen Entwicklungsdienst)
Lembeck Verlag Ffm. 1982

Dokumentation
Tourismus, Prostitution, Entwicklung,
Hrsg. Zentrum für Entwicklungsbezogene Bildung (ZEB)
Stuttgart, Gerokstr. 17, 7 Stgt. 1

Regina Horstmann/Gerhard Hüttenmüller/ Erhard Meueler (Hg.)
Kenia oder Urlaub der Reichen in den Ländern der Armen
in UNTERENTWICKLUNG Bd. 1, rororo 1974, TB 6906

Hans Magnus Enzensberger
"Eine Theorie des Tourismus in Einzelheiten" Zur Bewußtseins-industrie
Suhrkamp Ffm. 1971

Prahl/Steinecke
Der Millionenurlaub: Von der Bildungsreise zur totalen Freizeit
Ullstein, 1981 Nr. 34051

Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie Heft 1 / 1983
Karl Vorlaufer: Der Tourismus in Kenya

Ueli Mäder
Sanfter Tourismus: Alibi oder Chance? Die Schweiz - Ein Vorbild für Entwicklungsländer?
Rotpunkt Verlag Zürich, 1985

Heide Wahrlich
Tourismus - Eine Herausforderung für Ethnologen
Dieter Reimer Verlag, Berlin 1984
(beschäftigt sich speziell mit den Auswirkungen des Tourismus auf Kenias Bevölkerung)

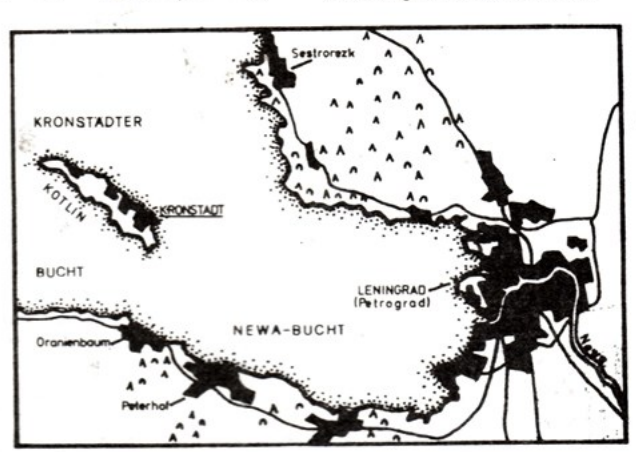
Die anarchistische Bewegung in Rußland 1917-1921 Teil II - Kronstadt

Kronstadt bestand aus einer Festung und einer Hafenstadt auf der Insel Kotlin, ca. 27 km vor Petrograd. Kronstadt war Operationsbasis und Versorgungszentrum der russischen Ostseeflotte. Von November bis April war die Bucht zugefroren, so daß eine Verbindung über das Eis nach Petrograd bestand. 1921 lebten ca. 50000 - 60000 Einwohner in Kronstadt.
Die Kronstädter Matrosen hatten eine hervorragende Rolle in der Russischen Revolution gespielt. 1905 rebellierte als erste die Schwarzmeerflotte und es kam Juli bis Oktober zu Massenverhaftungen. Im Oktober schlossen sich die Kronstädter dem Aufstand an. Im Juli 1906 kam es in der Ostseeflotte zu drei Meutereien, wobei die Kronstädter wiederum beteiligt waren. Die Gründe, weshalb sich ausgerechnet die Marine durch revolutionäre Tätigkeiten auszeichnete, lagen in der äußerst strengen Disziplin, der materiellen Not, die die Matrosen litten und der hohen Anzahl von Facharbeitern, die aus technischen Gründen notwendig waren und die schon mit revolutionärer Propaganda vertraut waren, wenn auch ohne parteipolitische Vorlieben.
Nach der Februarrevolution führten die Kronstädter die Wählbarkeit ihrer Kommandoträger ein. Auf der Rätesitzung vom 26.5.1917 beschlossen sie, daß die Regierungsgewalt in den Händen der Räte liegt. Dinge, die das ganze Land betrafen, sollten mit der Provisorischen Regierung abgestimmt werden. Funktionen in den Verwaltungsbehörden wurden mit Mitgliedern des Exekutivausschusses nach dem dort herrschenden Parteienproporz besetzt. Der Sowjet stand in engem Kontakt zu der Bevölkerung, die jeden Abend auf dem Ankerplatz, der ca. 30000 Menschen faßte, Massenversammlungen abhielt. Die Provisorische Regierung startete eine Verleumdungskampagne gegen die Kronstädter. Dem widersetzten sich die Matrosen.
Schließlich trugen die Kronstädter Matrosen im Oktober 1917 entscheidend zum Gelingen der Revolution bei, indem sie die strategisch wichtigen Punkte in Petrograd besetzten (Telegraphenzentrale der Provisorischen Regierung, Staatsbank, etc.). Als im Oktober 1918 der weiße General Judenitsch Petrograd bedrohte, kamen die Kronstädter zur Verteidigung.

Vor dem Aufstand in Kronstadt steht die Entwicklung in Petrograd im Winter 1920/21. Ein extrem strenger Winter und eine schwerfällige Bürokratie, die nicht in der Lage war, die Ernährung der Stadt zu sichern, führte zu Hunger, Schwarzmarkt und Stadtflucht. Am 23.2.21 streikten deshalb die Arbeiter der Trubotschuij - Werke, zumal sie feststellten, daß bei der Verteilung von Winterbekleidung Parteimitglieder der Bolschewiki den Parteilosen vorgezogen wurden. Einen Tag später kam es zu einer Demonstration und der Streik griff auf einige andere Betriebe über. Wegen dieser für die Bolschewiki beunruhigenden Situation wurde ein dreiköpfiger Verteidigungsausschuß ernannt, dessen Vorsitzender Sinowjew war. Dieser mit Sondervollmachten ausgestattete Ausschuß rief am gleichen Tag in Petrograd den Belagerungszustand aus, was u.a. ein Versammlungsverbot unter freiem Himmel und in geschlossenen Räumen beinhaltete. Weiterhin wurden die Streikführer verhaftet. Zusätzlich stimmte der Sowjet am 27.2.21 für die Aussperrung der Streikenden. Das bedeutete, daß sie keine Lebensmittelrationen mehr erhielten. Trotzdem schlossen sich Arbeiter dem Streik an, so am 28.2.21 die Putilow - Werke. Anfangs standen ökonomische Forderungen nach besserer Winterkleidung und regelmäßiger Verteilung der Rationen im Vordergrund. Doch bald nahm der Streik eine politische Wendung: zunehmend wurde gegen den Ausnahmezustand protestiert und gegen das Verbot von Betriebsversammlungen.

Die Streikenden forderten die Freilassung von sozialistischen und parteilosen Arbeitern aus den Gefängnissen, Rede-, Presse- und Versammlungsfreiheit, freie Betriebsräte und freie Sowjets. Sinowjew wollte eine Ausweitung zum Generalstreik verhindern und setzte Schüler der Kadettenschule und die Tscheka gegen die Arbeiter ein. Problematisch für ihn war, daß Teile der in Petrograd stationierten Truppen mit den Arbeitern sympathisierten. Er telegraphierte deshalb an Lenin und Trotzki, man solle ihm loyale Truppen schicken und ließ die Garnison in Petrograd teilweise entwaffnen. Schließlich trafen am 1.3.21 neue Soldaten und Elitetruppen der Bolschewiki ein. Auch Tuchatschewski, ein ehemaliger zaristischer General, war anwesend. Über Petrograd wurde das Standrecht verhängt.
Die Matrosen in Kronstadt hatten von den Ereignissen in Petrograd erfahren und entsandten am 26.02.21 eine Delegation, um sich ein Urteil bilden zu können. Die Delegierten kehrten am 28.02. zurück und erstatteten am 1.03. Bericht. Die 16.000 Teilnehmer der Versammlung nahmen eine Resolution an, die die Besatzung des Kreuzers Petropawlowsk am 28.02. verabschiedet hatte.

Dagegen stimmten Kusmin, der Politkommissar der baltischen Flotte und Kalinin, der Präsident des Exekutivrates der Sowjets. Ursprünglicher Anlaß für das Treffen waren die zum nächsten Tag angesetzten Wahlen für den Kronstädter Sowjet. Am 02.03.21 fand eine Delegiertenversammlung der





Kriegsschiffe, der Roten Armee, der Behörden, Werften, Betriebe und Gewerkschaften statt. Die DV beschloß die Neuwahl und nahm mit großer Mehrheit die Resolution an. Kusmin drohte schon bei der Abstimmung über die Wahlen, die Bolschewiki würden ihre Macht nicht kampflos preisgeben und sprach damit den eigentlichen Grund für das spätere Verhalten der Bolschewiki aus.

Die Resolution umfaßte folgende Forderungen:

1. Neuwahlen der Sowjets, während des Wahlkampfes freie Agitation für Arbeiter und Soldaten.

2. Rede- und Pressefreiheit für Arbeiter, Bauern, anarchistische und linkssozialistische Gruppen

3. Versammlung und Koalitionsfreiheit für Gewerkschaften- und Bauernorganisationen

4. eine überparteiliche Konferenz der Arbeiter, Matrosen, Soldaten von Kronstadt, Petrograd und der dazugehörigen Provinz

5. Freilassung der politischen Gefangenen aus sozialistischen Gruppen, von Arbeitern und Bauern, die im Zusammenhang mit Arbeiter- und Bauernunruhen verhaftet wurden

6. Einsetzung einer entsprechenden Überprüfungskommission



7. Abschaffung der politischen Büros der Bolschewiki, da keine Partei privilegiert werden soll

8. Auflösung der bewaffneten Ordnungspolizei der Bolschewiki

9. gleiche Lebensmittelrationen für alle Arbeiter

10. Abschaffung der bolschewistischen Spezialabteilungen in der Roten Armee und der Betriebsschutztruppen

11. Volle Verfügungsgewalt der Bauern über ihr Land unter der Bedingung, daß sie es ohne Lohnarbeiter bewirtschaften können.

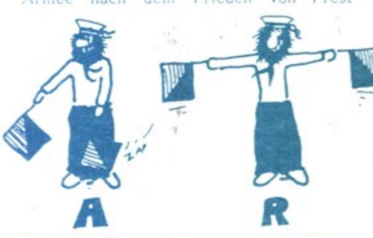
12. Soldaten, Matrosen, Militärkadetten werden aufgefordert, sich den Beschlüssen anzuschließen

13. es muß dafür gesorgt werden, daß die Forderungen durch die Presse veröffentlicht werden

14. Einsetzung einer reisenden Kontrollkommission

15. Zulassung von individueller Hand- und Gewerbearbeit, soweit sie nicht auf Lohnarbeit angewiesen ist.

Zwar war der direkte Anlaß für die Resolution die Situation in Petrograd gewesen. Aber das, was sie ausdrückte, war eine generelle Kritik an der Entwicklung der russischen Revolution nach dem Ende des Bürgerkriegs. Es war kein Zufall, daß der Kronstädter Aufstand ca. drei Monate nach Auflösung der letzten Bürgerkriegsfronten im europäischen Rußland ausbrach. Selbstverständlich war auch Kronstadt von der Hungersnot betroffen. Aber während des Bürgerkrieges wurden die Requirationen von Korn, Ungleichheiten in der Marine, Drill und das Entstehen einer schwerfälligen Bürokratie als "Sachzwänge" akzeptiert. Nach dem Bürgerkrieg bestand dafür keine Notwendigkeit mehr. Ebenso verhielt es sich mit der Reorganisation der Armee nach dem Frieden von Prest



Littowsk. Es wurde eine strenge Disziplin eingeführt und die Wählbarkeit der Offiziere abgeschafft. Das führte gerade bei den Kronstädtern zu Spannungen. Am 15.02.21 wurde von der zweiten Konferenz kommunistischer Matrosen eine Resolution gegen den Pubalt (Politische Sektion der baltischen Flotte) verabschiedet, da diese den Kontakt zu den Matrosen verloren hatte. Eine übergroße Bürokratie erstickte die lokalen Initiativen. Deshalb sei eine Demokratisierung dringend erforderlich. Unterstützt wurde die Resolution durch massenhafte Austritte aus der bolschewistischen Partei.

In der Resolution von 01.03.21 kam zum Ausdruck, daß die wirtschaftliche Situation von der politischen nicht zu trennen war. So sollten die Bauern ihr eigenes Land auf eigene Rechnung bebauen dürfen, ohne daß sie mit Requirationen rechnen mußten. Es hatte sich gezeigt, daß sie deswegen von vornherein weniger angebaut hatten. Auch in Petrograd hatte sich aus einer wirtschaftlichen Notsituation eine Kritik an den politischen Zuständen ergeben, z. B. an der Dominanz der Bolschewiki in den Räten. In die gleiche Richtung ging der Ruf der Kronstädter nach Neuwahl der Sowjets.

Insofern geht Viktor Serge mit seiner Argumentation am Kern der Sache vorbei, wenn er schreibt:





"Auf jeden Fall begann die Gehorsamsverweigerung in Kronstadt mit einer Bewegung der Solidarität mit den Streiks in Petrograd und von im Ganzen falschen Gerüchten über Gewaltmaßnahmen." (12)

In wie weit die Gerüchte tatsächlich falsch waren, sei dahingestellt. Aber Serge verkennt, daß der Konflikt grundsätzlicher Natur war, daß es um die Frage Einparteienherrschaft oder Demokratisierung zugunsten aller Sozialisten ging.

Bevor auf der Delegiertenversmmlung am 02.03.21 die Beratungen zu den Neuwahlen der Sowjets weiter gehen konnten, tauchte das Gerücht auf, die Bolschewiki wollten die DV bewaffnet angreifen. Deshalb wurde ein provisorisches Revolutionskomittee gewählt, unter dessen Führung die strategisch wichtigen Punkte der Stadt besetzt wurden, unter anderem die Druckerei der Zeitung "Iswestija". Das Komittee bestand, entgegen späteren Äußereungen der Bolschewiki, aus Matrosen, die 1917 aktiv an der Revolution teilgenommen hatten. Ein Großteil der Festungsbesatzung und der Garnison von Oranienbaum unterstellten sich dem Komittee, das von der Versammlung die volle Verantwortung erhalten hatte. Die vordringlichste Aufgabe bestand in der Schaffung akzeptabler Vorausetzungen für die Neuwahl der Sowjets.

Das stand auch am 03.02.21 in der "Iswestija". Am gleichen Tag sandte Radio Moskau mit der Genehmigung Lenins einen "Aufruf gegen das Komplott der weißen Garde". Lenin und Trotzki verbreiteten auch die Legende von General Koslowski, der schon unter dem Zaren gedient hatte und sich tatsächalich in Kronstadt aufhielt. Aber er hatte keine politische Funktion



DAMALS IN KRONSTADT

und war im übrigen von Trotzki als Artilleriespezialist dorthin beordert worden. Außerdem hatte Kronstadt am 02.03. eine Delegation (die dann in Petrograd von der Tscheka verhaftet wurde) zu Lenin geschickt, so daß eventuelle Mißverständnisse über die Träger der Revolution ausgeräumt werden können. Aber um "Mißverständnisse" ging es nicht. Es ging für die Bolschewiki darum, ein Ausbreiten der Unruhen auf Petrograd zu verhindern, damit ihr Machtanspruch nicht gefährdet würde. Um das zu erreichen verbreiteten sie systematisch Lügen über die angeblich weißen Konterrevolutionäre. Viktor Serge schreibt dazu:

"Die Wahrheit sickerte allmählich durch, von Stunde zu Stunde, durch den Nebelvorhang der buchstäblich in Lügen schwelgenden Presse, die Presse unserer Revolution, die erste sozialistische d. h. unbestechlichste und uneigennützigste Presse der Welt ... jetzt log sie systematisch." (13)



Als weitere Maßnahmen gegen mögliche Solidarisierungen betrieb die Regierung eine Politik von "Zuckerbrot und Peitsche". In der gesamten Region um Petrograd wurde das Standrecht verhängt. Es erging der Befehl, daß Ansammlungen, streikende Arbeiter oder Demonstrationen mit Maschinengewehrfeuer auseinander zu treiben seien. Es kam zu Verhaftungen, und die Familien Kronstädter Matrosen durften die Stadt nicht verlassen.

Gleichzeitig wurden Nahrungsmittel für Petrograd und Moskau im Ausland gekauft, um eine Ursache für die Unruhen verschwinden zu lassen. Diese drei Maßnahmen - Hetzkampagne in der Presse, Repression und Verbesserung der Versorgung - führten dazu, daß sich der größte Teil der Arbeiter in Petrograd nicht mit Kronstadt solidarisierte. Nur einige Betriebe unterstützten die Kronstädter. So wurde z. B. in den Asena-Betrieben am 07.03.21 (erste Bombardierung Kronstadts) die Resolution angenommen. Auch wurden die größten Betriebe - Putillow, Baltiski, Oboukow und Nilwskaja faktura - weiterhin bestreikt. Es kam daraufhin zu Entlassung und Verfolgung der Streikenden. Auch in Moskau, Nijini und Nowgorot brachen Streiks aus. Aber auch hier konnte durch die genannte Taktik eine Unterstützung verhindert werden.

Das provisorische Revolutionskomitte hatte gerade auf die Solidarität im übrigen Rußland gesetzt, ebenso wie auf die Bereitschaft der Regierung zu Verhandlungen. Die Voraussetzungen waren nicht gegeben. Militärisch konnten aber die Kronstädter nicht siegen. Die Reichweite der auf der Insel stationierten Artillerie erreichte Petrograd nicht. Außerdem war der größte Teil zur Seeseite hin fest stationiert. Vier Panzerkruezer und zwei Schlachtschiffe konnten nicht agieren, da sie im Eis festlagen. Dieser Umstand trieb die Regierung zum Handeln an, da sie befürchtete Kronstadt nicht mehr einnehmen zu können, wenn das Eis Ende März getaut war. Umgekehrt war das die Hoffnaung der Kronstädter. Vor allem hatten sie bis zum ersten Artilleriebeschuß am 07.03.21 nicht mit einem militärischen Angriff gerechnet. Viktor Serge schreibt dagegen, daß die Regierung den Aufstand von Anfang an mit Gewalt beenden wollte.

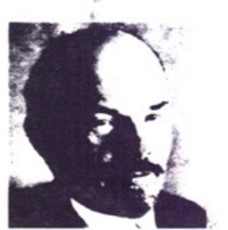
Auch der Petrograder Sowjet drohte Gewaltanwendung an. Aber es scheint, daß dort unterschiedliche Vorgehensweisen diskutiert wurden. Am 04.03. wurde auf einer außerordentlichen Sitzung eine Resolution verabschiedet, die zur bedingungslosen Kapitulation aufforderte und andernfalls die Liquidation des Aufstands ankündigte. Trotzki, der am 05.03.21 in Petrograd eintraf, unterstützte die Resolution und gab noch eine weitere Aufforderung zur Übergabe der Stadt heraus, in der es unter anderem heißt: "Ich werde euch abschießen wie die Tontauben."

Dies war an die Matrosen gerichtet, die er 1917 den "Stolz der russischen Revolution" nannte. Das provisorische Revolutionskomitte ging auf das Ultimatum Trotzkis nicht ein und wiederholte seine Forderung: "Alle Macht den Räten, und nicht einer einzigen Partei."

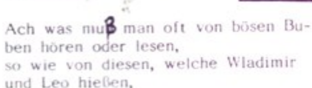


Die Regierung, d. h. Trotzki, erließ zwei Befehle: einen an die Garnison von Kronstadt sich zu ergeben, und einen
"zur nötigen Vorbereitung der Niederwerfung der Aufständischen mit Waffengewalt." (14)

Am 07.03.21 begann daraufhin der Artilleriebeschuß und am 08.03. wurde die erste Fliegerbombe abgeworfen. Auch der Angriff über das Eis begann. Er wurde zunächst abgewehrt, ebenso wie der Angriff am 11. und 12.3.. In der Nacht vom 16. zum 17.03. kam es unter dem Befehl von Tuchatschefski erneut zum Angriff, und nach erbitterten Kämpfen zum Sieg der Bolschewiki.
"Am 18. März feierten die Sieger auf den Trümmern Kronstadts den 50. Jahrestag der Pariser Kommune." (15)







Ach was muß man oft von bösen Buben hören oder lesen,
so wie von diesen, welche Wladimir
und Leo hießen,

Angesichts dieses Umtandes ist es verwunderlich, daß am 06.03. der Petrograder Sowjet noch eine Depesche nach Kronstadt sandte, mit dem Vorschlag, eine Komission zur Diskussion der Vorfälle in Kronstadt zu schicken. Das provisorische Revolutionskomittee machte einen Gegenvorschlag.

Die Frage ist, ob das Signalisieren von Verhandlungsbereitschaft nur ein taktischer Zug des Petrograder Sowjets im Einverständnis mit der Regierung war, oder ob es tatsächlich von dieser Seite aus den Willen zu einer politischen Lösung gab.

Bezeichnenderweise hatten die Befehlshaber anfangs große Schwierigkeiten, die Soldaten zum Kampf zu bewegen. So verweigerten am 08.03.21 zwei Bataillone den Befehl. Teile der Armee liefen zu den Kronstädtern über. Die Kadetten wollten Delegierte zu Verhandlungen nach Kronstadt schicken, und die Angst vor Löchern im Eis, die von Granaten herrührten, taten ein Übriges, die Kampfmoral zu schwächen. Also wurden Truppen aus dem asiatischen Teil Rußlands eingesetzt, die kein russisch verstanden, die "unsicheren" Elemente in der Armee mögli-

chst vereinzelt auf andere Einheiten verteilt, Parteimitglieder zur Agitation und Überwachung in die Armee eingesetzt und nicht zuletzt auch Tschekatruppen, die ein Desertieren der Soldaten verhinderten. Wo Meutereien ausbrachen, wie bei mehreren Regimentern der Stadt Oranienbaum, wurde fast jeder fünfte Soldat von der Tscheka erschossen.

Über Verluste der Kronstädter liegen nur sehr ungenaue Angaben vor. Sicher ist, daß nicht nur bei den Kämpfen, sondern auch bei den anschließenden Massakern viele Kronstädter getötet wurden. Tuchatschewski meinte dazu, er sei fünfzig Jahre im Krieg gewesen, aber er könne sich nicht an ein derartiges Gemetzel erinnern. Ca. 8.000 Personen, darunter ein Teil des provisorischen Revolutionskomittees gelang die Flucht über das Eis nach Finnland.

Die Regierung ließ keinen neuen Sowjet wählen, sondern übertrug dessen Aufgaben an die Abteilung für Politik und Zivilwesen beim Sekretariat des Festungsadjutanten. Die baltische Flotte wurde völlig neu organisiert. Wer nicht verurteilt wurde, wurde auf die Schwarzmeerflotte, an das Kaspische Meer und auf eine Marinestation in Sibieren verteilt. 15.000 Matrosen wurden aus der Marine entlassen.



Die politischen Tendenzen in Kronstadt

Ein direkter Einfluß anarchistischer Gruppen läßt sich nach den schriftlichen Belegen kaum nachweisen, auch wenn AnarchistInnen als Einzelpersonen an dem Aufstand beteiligt waren. Ein Inditz dafür ist auch das Fehlen von Hinweisen in den entsprechenden anarchistischen Publikationen jener Zeit. Außerdem hatte 1921 die Verfolgung der AnarchistInnen schon ihren Höhepunkt erreicht. Das letzte große Auftreten dieser Bewegung fand kurz vor dem Kronstädter Aufstand statt, nämlich das Begräbnis von Peter Kropotkin am 31.02.21. Aber das provisorische Revolutionskomittee forderte zwei Anarchisten auf, sich zu beteiligen. Volin und Jarcuk, den Gründer des Rates in Kronstadt 1917. Leider waren die beiden verhindert, da sie von den Bolschewiki gefangen gehalten wurden.

Fest steht, daß die Kronstädter auch keine Menschewiki oder Sozialrevolutionäre waren. Ida Mett geht davon aus, daß der Einfluß der Menschewiki geringer war, als es ihre Zahl im Kronstädter Sowjet vermuten läßt, und daß sie am Aufstand kaum oder überhaupt nicht beteiligt waren. Eine These, die Martow ebenso vertritt.

Umgekehrt verhielt es sich mit den AnarchistInnen, die zwar nur wenige Sitze im Sowjet inne hatten, obwohl sie schon vor der Oktoberrevolution in Kronstadt bekannt waren. Aber im Oktober 1917 sahen für viele die Unterschiede zwischen Bolschewiki und AnarchistInnen wie Haarspalterei aus, so daß ein Zulauf zu den Bolschewiki nicht unbedingt eine Abkehr von den AnachistInnen bedeutete.

Der rechte Sozialrevolutionär Tschernow bot zwar seine Hilfe an, die jedoch von den Kronstädtern nicht angenommen wurde. Die linken Sozialrevolutionäre vertraten ähnliche Forderungen wie sie in der Resolution zum Ausdruck kamen. Aber sie dementierten, daß sie als organisierte Kraft in Erscheinung getreten waren.

Die in Petrograd anwesenden amerikanischen AnarchistInnen Emma Goldmann, Alexander Bergmann, Perkus (Sekretär der Union Russischer Arbeiter in den USA) und Petroswki untestützten die Kronstädter, in dem sie zu vermitteln versuchten.

Sie schrieben an den Vorsitzenden des Verteidigungsausschusses in Petrograd Sinowjew, und vertraten die Meinung, daß die Argumente Kronstadts eingehend geprüft werden müßten und der Konflikt nur durch Verhandlungen gelöst werden könnte. Der Vermittlungsversuch scheiterte und war im übrigen eine isolierte Aktion, der in keinem Zusammenhang mit dem provisorischem Revolutionskomittee stand.

Das Urteil Lenins über den Aufstand reduziert sich auf eine Polemik gegen "kleinbürgerliche Elemente". Der harte Winter, die Mißernte im Jahr 1921 und die Viehseuche führten zu einer äußersten Verschärfung der Situation, deren Folge politische Schwankungen waren, die zur eigentlichen "Natur" des Kleinbürgers gehörten. Dies sei auch das Kennzeichen des Kronstädter Aufstandes, zusammen mit der Unterstützung von Weißgardisten.

Aber die Bedeutung Kronstadts lag in dem Versuch, eine dritte Revolution durchzuführen, d. h. eine entgültige soziale Revolution, die ohne einer Parteienherrschaft tatsächlich den Räten die Macht verschafft. Darin liegt auch die Parallele zu den AnarchistInnen, die die gleiche Forderung erhoben. Von beiden wurde also die Fixierung auf einen proletarischen Staat angegriffen. Kritik am Staat, hieß Kritik an der Bürokratie, der das Konzept der Selbstverwaltung gegenüber gestellt wurde.

"Der Fehler wurzelte in der bolschewistischen Vorstellung von einem absolutistischem Staat, der selbst wieder von einer absolutistisch und bürokratisch organisierten Partei kommandiert und kontrolliert wird, deren schädliche Neigungen dann noch durch die bürokratische Tradition Rußlands verstärkt wurden. Falsch wäre es, die Landbevölkerung für das Fehlschlagen der Revolution und die Rückentwicklung in ein bürokratisches System verantwortlich zu machen. Es ist nämlich nur zu einfach, alle Schwierigkeiten in Rußland aus seiner landwirtschaftlichen Struktur erklären zu wollen. Man sagt einerseits, daß die Kronstädter Revolte gegen die Bürokratie vom Lande her inspiriert war und andererseits daß die Bürokratie aus der agrarischen Vergangenheit zu erklären sei. Dann bleibt nur zu fragen, warum die Bolschewiki in einem agrarisch strukturierten Land die Idee der sozialen Revolution zu propagieren und durzusetzen wagten." (16)

Aber, stellte der Ruf nach freien Räten nicht insofern eine Bedrohung dar, als daß auch von den Kronstädtern unerwünschte reformistische Kräfte einen zu großen Einfluß erlangt hätten? Sicher bestanden solche Bedenken zu recht. Aber die "Alternative" der Einparteienherrschaft, das Zurücknehmen revolutionärer Errungenschaften im Namen der Revolution war letztlich wesentlich schwerwiegender.

So stand Rußland 1921 vor der Entscheidung, Diktatur einer Partei, die sich als Vertreter des Proletariats fühlte, oder der Versuch, eine Rätedemokratie unter Beteiligung aller sozialistischer Gruppen zu errichten und eine Selbstorganisation der Gesellschaft zu erreichen.

Zitate:

(12) Serge, S.116
(13) Serge, S.145
(14) Mett, S.49
(15) Mett, S.29
(16) Mett, S.89

Petronella

Literaturverzeichnis erscheint in der nächsten Aktion



EINE STARKE HOHE MAUER UMGAB DAS SCHLOSS:DIE TORE WAREN AUS EISEN;UND NACHDEM DER EINZUG BEENDET WAR,WURDE ES MIT SCHWEREN RIEGELN VERSCHLOSSEN.

ES SOLLTE WEDER DER VERZWEIFLUNG EIN EINGANG NOCH DEM WAHNSINN EIN AUSWEG OFFENGELASSEN WERDEN.

BEI SOLCHEN VORSICHTSMASSNAHMEN KONNTE DIE GESELLSCHAFT DER ANSTECKUNG TROTZ BIETEN:

(E.A.Poe, Der Rote Tod)

Kaum eine Krankheit hat in den letzten Jahren so die Öffentlichkeit beschäftigt,wie die Immunschwäche Aids,was Wunder,bietet diese Krankheit - erworben in der Lust - genügend geistigen Tummelplatz für die Mystiker der Vergangenheit - den Kirchen - und denen der Moderne - den Wissenschaftlern .
Die Kirchen begrüßen die neue Pest mit offenen Armen als notwendig gewordenen Gottesbeweis,verzweifelte Familienpolitiker träumen von wachsenderTreue und sinkenden Scheidungsziffern und die Wissenschaft offeriert sich als Bewahrer des Reinheitsgebotes des abendländischen Blutes

Ganz anders als bei Steinstaub oder Asbestose läßt Aids den bürgerlichen Diskutanten genug Raum,um über Herkunft und Bedeutung der Krankheit rumzudeuteln.
Kirchen,Staat und Wissenschaft produzieren aber nicht nur Ideologie,sie verfügen auch über genügend Institutionen und Organe in denen bzw. durch die sich Ideologie als Gewalt manifestiert.
Wenn wir uns in diesem Artikel mit der Zwangsuntersuchung von zwanzig 6-11jährigen Kindern aus "sozialen Brennpunkten" beschäftigen,dann deshalb,weil es uns darum geht,ein materialistisches Verständnis der alltäglichen Gewalt zu entwickeln,als Vorraussetzung einer sozialrevolutionären Praxis.

Was ist geschehen ?
Am 8.8. 1987 sollte für zwanzig Kinder ein dreiwöchiger Aufenthalt auf Norderney beginnen.
Die Kinder wurden vor Antritt der Reise zwangsweise auf die Immunschwäche Aids untersucht.
Die Anregung hierzu kam aus dem Kreis der begleitenden Sozialarbeiter.Es handelt sich bei diesem Projekt um eine Ferienmaßnahme für verhaltensauffällige Kinder,die aus sogenannten Problemfamilien stammen.
Mit der Begründung,es sei nicht auszuschließen,daß "Angehörige dieser Familien zu den üblichen Risikogruppen" zählen;laut Verwaltungsvorlage sind das: Fixer, Bluter,Homosexuelle und Prostituierte.
Die stellvertretende Leiterin des Jugendamtes H.Antell,sprach von einem "besonderen Personenkreis";die Jungen und Mädchen , das hätten die vergangenen Ferienmaßnahmen gezeigt,seien verhaltensgestört und verhielten sich häufig aggressiv.
Sie seien während des Aufenthaltes im Heim "in ihrem Verhalten nicht so zu stabilisieren,daß sie sich beim Umgang miteinander nicht anstecken".
Nachgereicht wurde am 11.9. 87 die Begründung,daß es während der Ferienfreizeit zu "sexuell aggressiven Handlungen der 6 - 11 jährigen gekommen sei",jedoch ohne dies näher zu erläutern.

Der Fall der zwanzig Kinder wird in der hiesigen Presse und von mehr oder weniger allen Parteien kritisch gesehen, dabei geht es diesen Kritikern vor allem um die Zwangsuntersuchung und weniger um die kaum minder gewaltätige Praxis,die sich hinter Begriffen wie "verhaltensgestört,Risikogruppe" versteckt,Begriffe die die Voraussetzung für die Zwangsunter-



suchung bilden.
Wir wollen uns zunächst, so kurz und verständlich es geht, mit den (sozial)wissenschaftlichen Grundlagen beschäftigen, die in allen sozialstaatlichen Agenturen, vom Kindergarten bis zum Knast deren Praxis prägen.
Dabei ist es uns wichtig den Staat als Sozialstaa, im Gegensatz zu seiner Erscheinungsform im 19 ten Jahrhundert zu kennzeichnen, also als Instrument zur "Herstellung sozialer Sicherheit und Gerechtigkeit", dessen Institutionen und Organen "aktives und initiierendes Eingreifen" vorgeschrieben sind, wie es offen im Grundgesetz steht,

Dem Bedarf des Kapitalismus nach technologischen Innovationen entspricht die Notwendigkeit sozialstaatlicher Einrichtungen an der Entwicklung einer geeigneten Methodik, um ihren Auftrag zu erfüllen.
Dies verdeutlicht der zunehmende Einsatz von Sozialarbeitern, Medizinern und Psychologen an der "sozialen Front".
Zugleich wird klar, was die bürgerlichen Wissenschaftler von der linken Theorie gelernt haben:
Den Menschen als "gesellschaftliches Ensemble" zu begreifen, eröffnete die Möglichkeit, ein umfassendes abgestuftes gesellschaftssanitäres Projekt zu etablieren.
So wie die bürgerlichen Ideologen gezwungen sind, die Lösung gesellschaftlicher Probleme auf wissenschaftlich-technologische Neuerungen zu projizieren, müssen sie die Reichhaltigkeit menschlichen Lebens nicht nur in der Produktion unter das Joch von Berechenbarkeit, Meßbarkeit und Verwertung zwingen.
Inzwischen akzeptierte Begriffe wie Verhaltensabweichung; Celebrale Dysfunktion; Teilleistungsstörung; Stabilisierung usw, beinhalten bereits eine Mathematesierung menschlicher Verkehrsformen, sind Diagnose und Therapie in einem.
Gefordert wird eine Anpassung die jederzeit überprüfbar und meßbar den sozialstaatlichen Krisenkommandos überlassen wird.
Derartige Regelkreisvorstellungen, inclusive ihrer Grünen und New-age Varianten, bilden den Versuch bürgerliche Gewaltverhältnisse nicht als historische sondern als ewige (eben Kreisläufe) zu bewahren, wobei die Nähe zur NS-Gemeinschaftsideologie nicht zufällig ist.
Innerhalb dieses Kreislaufes erweisen sich die sozialstaatlichen "Begradigungen" anscheinend als angemessen und gut, da innerhalb des Regelkreises kein Antagonismus gedacht werden kann, sondern nur die Form des Eingriffes, von Süssmuth bis Gauweiler die bürgerlichen Gemüter erhitzt.
Die Durchsetzung der Verhaltenswissenschaft erfolgte in den sechziger Jahren, als die westliche Welt (Sputnikschock) fürchtete, bei der Produktion von Wissenschaftlern in Rückstand zu geraten (Lernprogramme, Sprachlabors), sie findet ebenso Anwendung in allen Bereichen, in denen ein abgestuftest Bestrafungs= und Belohnungssystem Wohlverhalten und Angepasstheit produzieren soll, also in allen Bereichen sozialstaatlichen Präzenz, und nicht etwa nur im Hochsicherheitstrakt.



Information: Aktion Psychisch Kranke e.V. Bonn, und Landschaftsverband Rheinland, Köln

Ausgehend vom Instrument der Herrschaftssicherung 'Verhaltenswissenschaft' ist die Suche nach Möglichkeiten abweichendes Verhalten zu regulieren zwingend erforderlich. Die Methoden der Verhaltensregulierung und das Ausmaß werden am ehesten deutlich, wenn es darum geht Leistuggen in der Schule zu steigern.
Schule, als wichtigste Kontrollinstanz neben Familie hatte die Funktion die jeweils gesellschaftlich erforderliche psychische Struktur zu bilden.
Schulische Leitungen werden als objektiver Maßstab genommen, an dem dann das 'Versagen' eines Kindes gemessen wird.
So erhalten Kinder heute in der BRD im Alter bis zu 12 Jahren jährlich 1,4 millionenmal Psychopharmaka gegen die sogenannten Verhaltensstörungen verschrieben; in NRW ist der Gebrauch von Beruhigungsmitteln bei Kindern dreimal so hoch wie bei Erwachsenen.
Es sind in erster Linie Lehrer/Sozialarbeiter, die die Schüler an medizinische Institutionen delegieren bzw. den Eltern diesen Weg anraten oder aufzwingen z.B. mit der Drohung das Kind auf die Sonderschule abzuschieben, wenn keine ärztliche und damit in den meisten Fällen eine Medikation mit Psychopharmaka zugelassen wird.
Sollten die Eltern sich weigern, so kann es auch passieren, daß das Jugendamt die Medikamentierung [illegible]zwingen will.

Schule und Familie ergänzten sich in ihrer vergangenen gesellschaftlichen Funktion die Reproduktionsstätte staatlicher Autorität bzw. deren Wirkungsgrundlage zu sein. Dabei wird in Zeiten der gesellschaftlichen Unstrukturierung, die vor Familie nicht halt macht, die Kontrollfunktion von Schule als ein wichtiges Element des sozialen Umfeldes umso wichtiger, um eben die Anpassung an die Umstrukturierung, die über die Dimension der Ökonomie schon immer hinausgegangen ist, zu garantieren.
Schule, Ferienmaßnahmen etc. sind die Orte, wo die sogenannten Verhaltensauffälligen registriert werden. Die Regulation dieser als verhaltensauffällig selektierten Kinder geschieht nicht mehr ausschließlich mit den repressiven Mitteln, die Eltern und Lehrern zur Verfügung stehen. Die Zunahmen von der oft erzwungenen Anpassung auf Rezept oder das Beispiel der Zwangsuntersuchungen deuten die Verlagerung vom Typ der repressiven zum Typ der präventiven sozialen Kontrolle an. Prävention als neues Dogma der sozialen Disziplinierung.
Schule und alle sogenannten pädagogischen Maßnahmen haben in diesem Rahmen die Funktion als Instanzen der sozialen Kontrolle, dem Jugendamt, dem Sozialamt, der Polizei, dem Gericht vorgelagert.





Der Lehrer/Sozialpädagoge als Kontrolleur, der Arzt als Vollzugsbeamter. Über das Feld der Prävention entwickelt sich lamgsam aber stetig eine vielfältige Kooperation verschiedener Disziplinen. Die Agenten der sozialen Disziplinierung gehen arbeitsteilig vor.
Die Familie ist nicht mehr allein in der Lage die nötige Autorität zu sichern. Nicht mehr der Vater, als scheinbares Vorbild des Staates, in Wirklichkeit jedoch Abbild staatlicher Autorität, sondern der Staat interveniert direkt, wenn es darum geht durch sogenannte Verhaltensauffälligkeiten in Frage gestellte Autorität zu sichern.
Dies geschieht mit der Verknüpfung von Hilfe und Kontrolle.
Über diese Verknüpfung von Hilfe und Kontrolle wird dann eine 'Freiwilligkeit' abgeleitet, die die Zwangsmaßnahmen scheinbar rechtfertigen, sie als Zwang verschleiern, alle Eltern waren schließlich mit der Untersuchung ihere Kinder auf Aids einverstanden.
Das Zusammenfallen von Hilfe und Kontrolle ist durchgängiges Kennzeichen aller sogenannten pädagogischen Maßnahmen.
So findet im Rahemen einer Fortbildungsmaßnahme 'Kupferhütte' der Stadt Duisburg, in der Jugendliche ohne Hauptschulabschluß arbeiten, eine halbjährige Prüfung der Pädagogen hinsichtlich Kooperation, Krankfeiern usw. statt.
Die Pädagogen haben dem Sozialamt Bericht darüber zu erstatten, ob die Jugendlichen aufsässig sind oder etwa zuviel krankfeiern. Sollte die

Beurteilung negativ ausfallen,so wird dem Jugendlichen damit gedroht aus der Maßnahme rauszufliegen,die ihm überhaupt keine Perspektive bieten kann ausser, daß er für einige Zeit über ein paar Mark verfügt.Fällt die Beurteilung und alle weiteren halbjährlichen Prüfungen positiv aus, so können die Jugendlichen weitere fünf Jahre in dieser Maßnahme staatlicher Prävention genannt:"Arbeiten und Lernen" bleiben.
Gegenwärtig ist das Krankfeiern der Leute,die einzige Möglichkeit sich gegen die Drohung rauszufliegen zu wehren.Die Krankmeldungen erreichen manchmal einen Stand von 60%.Das Krankmelden der einzelnen Leute passiert zwar von einander isoliert,also ohne vorherige Absprachen, jedoch liegt in der massenhaftigkeit eine kollektive Gegenwehr.Der hohe Krankenstand von zeitweise 60% hat schließlich die Kündigung wegen krankfeierns verhindert.

Die Linie arm = krank = verhaltensgestört geht der Prävention als Begründung voraus.
Die Individuen werden zu Risikopopulationen zusammengefasst, was eine immense Ausweitung des Verdachtsfeldes bedingt.Um verdächtigt und kontrolliert zu werden,reicht es aus ein Kind dieser Zeit zusein.Es wird von der sozialen Wirklichkeit abgesehen,nur,die sich in den Subjekten manifestierenden Symptome werden registriert und definieren dadurch die Menschen als Personen,die ihrem Alltag nicht gewachsen seien.Und dies sind sie auch in der Tat nicht.
Der eugenische*Charakter dieser sozialen Disziplinierung wird deutlicher,wenn die Wirkungsweisen der Prävention nicht mehr auf die Korrektur des fehlerhaften und unangepassten Individuums beschränkt bleiben,sondern sich in der letztendlichen Konsequenz auf die komplette Vernichtung des Risikos ' Mensch ' ausweiten: Nicht mehr die Korrektur des fehlerhaften und unangepassten Individuums,sondern die Züchtung eines neuen Menschengeschlechts,angepasst an alle Widrigkeiten einer entfremdeten und entfremdenden gesellschaftlichen Wirklichkeit.Die Dimensionen des Dogmas Prävention reichen bis zur kontrollierten Fortpflanzung und Menschenzüchtung.
Die allmähliche Durchsetztung dieses Dogmas geschieht in den meisten Fällen nicht mit einem erkennbaren Zwang,sondern das zwanghafte liegt in der Verinnerlichung gesellschaftlicher Normen von Leistungsfähigkeit,Gesundheit und Angepasstheit und giepfelt darin,sich scheinbar freiwillig diesem Zwang zu unterwerfen.Diese sogenannte Freiwilligkeit bildet sich aber nicht von selber.
Die gesellschaftliche Wirklichkeit bewirkt gerade das Entstehen dieser ' Freiwilligkeit ; markiert im Fall der kontrollierten Fortpflanzung die konkreteste Stufe der Selbstentfremdung.
Der gesellschaftliche Hintergrund vor dem diese Freiwilligkeit gebildet wird,hat viele Facetten ,aber eine gemeinsame Absicht.Diese Absicht besteht darin die Akzeptanz gegenüber der gesamten Palette der sozialen Prävention zu erhöhen. Während die zwangsweise Unter-



Oberkreisdirektor Dr. Horst Griese (2.v.l.) erläuterte gestern zusammen mit Heide Antel, s[...] stellvertretende Leiterin des Kreisjugendamtes (r.), Dr. Helga Möll, stellvertretende Leiterin des Kreisgesundheitsamtes, und Kreisdirektor Dr. Carl [...] Kutsch die Vorgänge um den AIDS-Test, dem sich 20 Kinder aus dem Kreis unterziehen mußten.
RP-Foto: Karin Koster

suchung der Kinder auf Aids in der örtlichen Presse breitgetreten wurde, war im selben Zeitraum(4.8.87) in den Zeitungen ein Artikel mit der Überschrift : " Säuglingssterblichkeit im Land - Kreis Wesel gehört mit zur Spitze " zu finden, auf den keinerlei Reaktionen kamen.
In dem Artikel war zu lesen, daß das NRW-Ministerium mit einem fünf Millionen Mark - Programm: " Gesundheit für Mutter und Kind " der Säuglingssterblichkeit mit Hilfe von dem Ausbau 'pränataler Zentren' zu Leibe rücken will. Von diesen Zentren sollen in NRW zunächst 6 eingerichtet werden. Im Kreis Wesel, wozu auch Moers gehört wird dabei keins geplant. Denn alle Voraussetzungen für den Ausbau zu einem ' pränatalen Zentrum 'erfüllt die hiesige Kinderklinik am Bethanienkrankenhaus. Das nächste neugeplante Zentrum soll nach Duisburg kommen(ca. 10 km von Moers entfernt). Außerdem sollen "verstärkt Hebammen zur Betreuung derjenigen Frauen eingesetzt werden, die aus sozialen Brennpunkten stammen wie etwa vielfach alleinstehende und Ausländerinnen", weiter heißt es "Besonders an den Bereich der Vorsorge untersuchungen sei dieser Personenkreis heranzuführen".
Von zwei scheinbar in keinem Zusammenhang stehenden Ereignissen ist die Rede. Jedoch unter den Vorzeichen der sozialen Prävention betrachtet gewinnen sie an erschreckender Identität.
Nicht nur den Kindern aus den sozialen Brennpunkten wurde zu Leibe gerückt, sondern demnächst auch ihren Müttern. Hebammen sollen die Frauen "besonders an den Bereich der Vorsorgeuntersuchungen heranführen".
Mit diesen in Aussicht gestellten 'pränatalen Zentren' und den Hebammen wird vielleicht eine Lücke in der Wirkungsweise der bereits bestehenden Genberatungsstellen gefüllt. Denn bislang ist es eins der Hauptprobleme humangenetischer Beratung, daß sie viel zu wenig Menschen in das Beratungssystem einbezieht - und vor allen die falschen. Unterschichtsfamilien wurden bislang von den Beratungsstellen kaum erfasst. Die Ausdehnung humangenetischer Beratung auf größere Bevölkerungskreise ist aber gerade die Absicht führender Humangenetiker. Die von den Präventologen beabsichtigten pränatalen Zentren, die mit der Behauptung angekündigt werden die Gesundheit von Mutter und Kind zu fördern, sind Bestandteil einer gesellschaftlichen Wirklichkeit, die die Akzeptanz gegenüber der sozialen Prävention regulieren soll.
Der direkte Zugriff auf die Frauen in den 'Brennpunkten' über die Hebammen ist soziale Kontolle mit der Verknüpfung von Hilfe.
Mit der geliehenen Autorität der staatlichen Ordnung können die Hebammen die ' alleinstehenden' und ausländischen Frauen dann als Ersatzväter beaufsichtigen.
Dabei bestimmt sich 'Brennpunkt ' nicht mehr lokal z.B. als Obdachlosenasyl, sondern über die Tatsache alleinstehend, arbeitslos, krank unangepasst usw. zu sein.

Dadurch, daß wir uns in den letzten Jahren mit einem wachsenden Apparat politischer Disziplinierung und polizeilicher Repression auseinandergesetzt haben, wurde der Kampf auf eine ausschließlich "militärische Ebene" reduziert, die nur der Ausdruck der sozialen Verhältnisse ist.
Zusammenarbeit staatlicher Stellen meint aber nicht nur, die ausgedehnte Kooperation von Polizeien und Verfassungsschutz mit den Mitteln der Rasterfahndung und Datenerfassung, sondern auch die Zusammenarbeit von Gesundheits=, Jugend=, Sozial= und Arbeitsämtern, also das Vordringen des Staates bis in die letzten Winkel des sozialen Terrains.

Die Minderwertigen vermehren sich stärker als die gesunde Bevölkerung.

Die Persönlichkeitserforschung des inhaftierten Rechtsbrechers

I. Arbeit	
Fleiß: gering	groß
Sorgfalt: gering	groß
II. Anstalt	
Körperpflege: schlecht	gut
Zellenordnung: schlecht	gut
Disziplin: schlecht	gut
Haftroutine: groß	gering
Mitarbeit: passiv, im Vollzug gleichgültig	aktiv, entwickelt Initiative
III. a) Personal	
feindselig	friedfertig
geschwätzig	wortkarg
unehrlich	aufrichtig
lehnt sich auf, opponiert	lenkbar, fügsam
abweisend	kontaktbestrebt
III. b) Gefangene	
streitsüchtig	auskömmlich
großsprecherisch, anmaßend	bescheiden
durchsetzungsfähig	nachgiebig
unbeliebt	beliebt, beachtet
III. c) Kontaktpersonen	
einzelgängerisch	gesellig
keine feste Bindung	feste Bindung vorhanden
wenig Kontakte	zahlreiche Kontakte
ichsüchtig	altruistisch, hilfsbereit
IV. Allgemeinverhalten	
bedrückt	heiter, frohgestimmt
oberflächlich, lebt in den Tag hinein	denkt nach, plant in die Zukunft
verträumt, unrealistisch	nüchtern, praktisch
starr, unbeweglich	aufgeschlossen, beweglich
zaghaft	energisch, zupackend
störbar, labil	seelisch, belastbar, stabil

Unterschrift des Beobachters: ..

TRADITION DER EUGENIKER

Der Staat ist nicht nur Bedingung und Ergebnis des Kapitalismus, er ist Ausdruck der herrschenden Gewaltverhältnisse, die nicht nur unseren Kampf begründen, sondern vielerlei Fremdheiten hervorbringen.
Chemische Keule ist eben nicht nur das, was die die Polizei an irgendeinem Bauzaun ins Gesicht sprüht, chemische Keule ist auch die zunehmende Medikamentierung vieler Menschen.
Die Lagerung großer Mengen Valium in den Zivilschutzstellen als Beruhigungspille für den "großen Knall", findet ihre Entsprechung im Alltag in den gehirnchirurgischen Eingriffe, der Verabreichung von Antidepressiva(!) und den vielen Spielarten der gesellschaftssanitären Therapeutik, die nichts zu tun hat mit dem Therapietripp eines sinnsuchenden Mittelstandes.
Ein Beschränken des Imperialismus auf seine militäischen Interventionen, auf seine Kongresse und seine in Beton gegossenen Monumente, verstellt uns den Blick auf seine Innenwelt. Die Schwierigkeit des Kampfes in den Zentren des Imperialismus ist es aber nicht (nur), die geeignete Stelle für den präparierten Feuerlöscher zu finden, sondern vielmehr vorhandene Brüche und Risse zu entdecken, zu vertiefen und Formen von kollektiver Gegenwehr zu entwickeln, wovon wir noch meilenweit entfernt sind.
Der sogenannte Aufbau der antiimperialistischen Front in Westeuropa ist Ausdruck einer entwurzelten das heißt nicht mehr radikalen Kritik.
Das wir uns an dieser Stelle so intensiv mit einem mehr oder weniger alltäglichen, aber gerade deswegen brisantem Vorgang auseinandersetzen, dann in erster Linie deswegen, weil wir eine Menge Fragen haben, in denen wir die Fragen der "Libertären Tage" wiedererkennen, und nicht weil wir schnelle Antworten haben (wollen).
Wir denken also, daß es in der nächsten Zeit unverzichtbar sein wird, die Thesen von Umstrukturierung, Verarmung und sozialen Kontrolle inhaltlich, ohne in einen platten Ökonomismus zu verfallen, zu füllen, statt sie dauernd zu wiederholen.
Eine derartige Ausrichtung unserer Aktion (en) und Propaganda, macht eine Kontinuität sozialrevolutionärer Politik möglich, die die bisherige Kampagnenpolitik nicht entstehen lassen konnte.

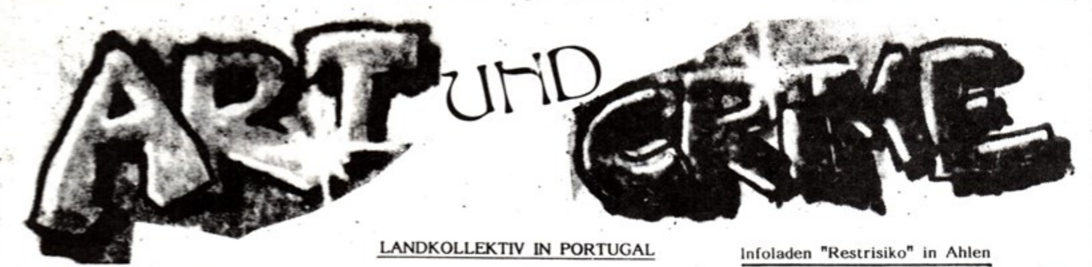
---

* Regelkreis, Bezeichnung der Kybernetik für ein bestimmtes Strukturschema von Systemen der verschiedensten (auch sozialen) Bereiche der Wirklichkeit, deren Elemente, Glieder, Einheiten u.a. durch das Prinzip der Rückkopplung zu einem geschlossenen, das System dynam. selbstregulierenden Wirkungskreis verbunden sind

---

* Eugenik, die ideologische Grundlage der Bevölkerungspolitik, ist die Lehre von den gesellschaftlich nützlichen und unnützen Elementen. Die Eugenik beruht auf der Annahme, daß nicht nur die körperlichen Eigenschaften, sondern auch psychische und soziale Komponenten vererbbar seien, genetisch festgelegt wären.

Freitags AK im
Libertären Zentrum Moers



DAS SCHWARZE LOCH

Unter diesem Titel gibt es eine Liste von Büchern, die sich mit der verdrängten und unterdrückten Geschichte der BRD beschäftigen.
Themen: BRD Entwicklung bis 1971 + Stadtguerilla + Deutscher Herbst '77/Stammheim + Bewaffneter Kampf, die Linke und der Staat + Repression und Knast in Deutschland + internationale Diskussion + aktuelle Zeitschriften + Auswahlbilbiographie vergriffener Titel
Die Bücherlisten wird in vielen linken Buchläden kostenlos verteilt, bzw. ist bei Einzelbestellungen für 1,50 DM Rückporto unter folgender Adresse zu bestellen:
ID - Informationsdienst
(Das schwarze Loch)
Postfach 900343
6000 Frankfurt



"DIE VERGESSENEN"
Zeitung über politische Gefangene

Nach längerer Pause gibt es jetzt wieder eine neue Redaktion, die weitermachen will. Da durch das Ermittlungsverfahren gegen die Nr. 8 viel Geld gebraucht wurde, bittet die Redaktion um Spenden, damit die nächste Nummer finanziert werden kann.
Das Geld (auch in Briefmarken) und alle anderen Infos schickt an folgende Adresse:
"Die Vergessenen"
Mainzer Landstraße 147
6000 Frankfurt



LOHNARBEIT IST NICHT MEHR DAS WICHTIGSTE

Nach Ergebnissen einer Umfrage des BAT-Forschungsinstitutes in Hamburg sind nur noch 3% der Bundesdeutschen der Meinung: "Ohne Arbeit kann ich nicht leben". Die meisten haben sehr genaue Vorstellungen, was sie in ihrer Freizeit machen wollen.
51% wollen ihrem Hobby nachgehen. 45% wollen sich intensiver um ihre Familie kümmern und 41% vermehrt um ihre Freunde.
Jede/r Sechste wolle sich in der Alten- und Nachbarschaftshilfe sowie im Umweltschutz engagieren. Gleichzeitig wollen viele ihren "Bildungshunger" befriedigen. Die Untersuchung zeige, daß sich die Menschen sehrwohl eine Lebenserfüllung außerhalb der Berufsarbeit vorstellen können.
Fazit des Instituts: "Während die Politiker noch an der Definition von Arbeit als oberstem Lebenszweck festhalten, sind die Bürger schon einen Schritt weiter."

LANDKOLLEKTIV IN PORTUGAL

Wir, ein Kollektiv von z.Z. 8 InternationalistInnen sind seit ca. 5 Jahren dabei in Südportugal einen Platz aufzubauen, wo wir uns gegenseitig und gemeinsam das nötige Wissen und die Fertigkeiten erarbeiten, die wir meinen für die zukünftigen Auseinandersetzungen mit Staat und Kapital zu brauchen, gleichzeitig Leben, Arbeit, Kampf gemeinsam planen und in die Praxis umsetzen.
Wir suchen GenossInen mit Kindern, die sich uns anschließen wollen und den Versuch wagen, in dieser Ecke Europas ein Stück weit Anarchie zu leben und unsere Kinder nicht weiter der Verwertung der Herrschenden auszuliefern, sondern unsere eigenen Strukturen aufzubauen und daher diesen Platz nur als einen ersten Ansatz zu begreifen, dem weitere, an ganz anderen Stellen folgen werden!
Gleichzeitig suchen wir Kontakt zu Gruppen, die im BRD-Eisschrank leben, zur Zusammenarbeit, zum Austauch zwischen uns und unseren Ideen!
Gesunheit, Freiheit und Glück für ALLE!
Colectivo Parreirinha
Apartado 100
P-8300 Silves

Libertäres Regional-Info für NRW

Ab Oktober 87 gibt es das Libertäre Regional-Info NRW. Ein kontinuierlicher Informationsfluß zwischen den Libertären, Austausch zwischen allen libertären Gruppen und Strömungen ist angesagt. Berichte aus den Städten, Selbstdarstellungen aktiver Gruppen, libertäre Veranstaltungshinweise, Kontaktadressen, eventuell ein Presespiegel, thematische Einzelbeiträge das alles ergibt das Libertäre Regional-Info für NRW. Das Libertäre Forum Krefeld übernimmt als erste Gruppe die Redaktion, die so bald als möglich unter den Gruppen und Städten rotieren soll. Die Redaktion sammelt zugesandte Beiträge, erstellt eigene Artikel und fertigt das Info an. Es wird an assoziierte Gruppen und Menschen in Form eines "Mutterexemplars" versandt, wonach das Info je nach Bedarf vor Ort kopiert und weiter verbreitet werden soll. Damit sollen Kosten gespart und eine dezentrale Verankerung erreicht werden.
Veranstaltungshinweise, Aktionsberichte, Flugis, Notrufe, Papers usw. einsenden an:
Libertäres Forum Krefeld
Postlagerkarte 054792 C
4150 Krefeld




Infoladen "Restrisiko" in Ahlen

Um den Widerstand gegen das technologische Großprojekt THTR regional zu verankern, wurde in Ahlen in der Nähe des Reaktors ein Infoladen aufgemacht. Damit soll der Widerstand gegen den THTR koordiniert und gezielte Gegenöffentlicheit geschaffen werden.
Infoladen "Restrisiko"
Südenmauer 11
4730 Ahlen
Auch der Infoladen braucht Geld. Knete auf das
Postgirokonto Nr.48940468
BLZ 440 146
Postgiroamt Dortmund
Tomas Pälmke

Milliardäre in der BRD

Nach Schätzungen des US-Wirtschaftsmagazins "Forbes" gibt es in der BRD 12 Personen oder Familien, die auf ein Vermögen von über einer Milliarde Dollar sitzen. Voran gehen die Brenninkmeyers (C&A, Immobilien, Beteiligungen etc) mit mehr als fünf Milliarden Dollar.
Der nächste ist Karl Friedrich Flick mit 3,5 Milliarden Dollar. Desweiteren die Familien Henkel und Quandt mit über drei Milliarden Dollar, Reinhard Mohn (Bertelsmann), Wilhelm und August Jr. von Finck, die Bankiersfamilie Oppenheim (jeweils 2,5 Milliarden Dollar), Rudolf August Oetker (2 Milliarden Dollar) und Prinz Johannes von Thurn und Taxis (1,5 bis 2,5 Milliarden Dollar).
Zwischen einer und zwei Milliarden Dollar liegen der Einzelhandelsmanager Eriwan Haub (Tengelmann-Gruppe, Supermarktkette A&P), Grete Schickedanz von Quelle und die Neusser Familie Werhan (70 Unternehmen und Beteiligungen u.a. bei RWE, der Hoesch AG und der Stabag Bau AG).
Ohne Kommentar!

"LADENDIEBE WERDEN DREISTER"

So jammert die Bundesarbeitsgemeinschaft der Mittel und Großbetriebe des Handels (BAG). Zwar sei die in der Bundes"kriminal"statistik ausgewiesene Zahl der Enteignungsaktionen 1986 um 1,6 % auf 346 600 zurückgegangen, aber die Zahl der schweren Fälle, bei denen sogar elektronische Sicherungsanlagen überwunden werden, habe sich um 30% erhöht. Enteignungsaktionen zwischen 1000 DM und 10 000 zeigen die höchsten Steigerungsraten.
Trotzalledem ist dies nur die "Spitze eines Eisbergs". Die Dunkelziffer liegt zwischen 90% und 95%. Insgesamt wird der Wert der Enteignungen auf 2 Milliarden DM geschätzt (siehe AKTION Nr.21 2/86).

70 Startbahngegner wegen Freiheitsberaubung und Nötigung vor Gericht

Insgesamt 77 Startbahngegner versammelten sich im Februar 1982 in Epertshausen vor der Firmenausfahrt eines auf dem damaligen Baugelände der Startbahn 18 West beschäftigten Holzeinschlagunternehmens, um bei Anwesenheit von Presse und Fernsehen auch in den Randzonen des Rhein-Main-Gebietes gegen den Bau der Startbahn 18 West zu protestieren. Damals kam es zu einem massiven Polizeieinsatz, bei dem alle Anwesenden zur Personalienfeststellung vorübergehend festgenommen wurden.

Bald stellte die Staatsanwaltschaft Strafantrag wegen des Verdachts der Freiheitsberaubung und Nötigung. In Folge dessen wurden vor dem Jugendgericht in Dieburg noch 1982 zwei Verfahren wegen geringer Schuld eingestellt.

Im August 1987 wurden nun nach insgesamt 5 1/2 Jahren Verhandlungsdauer vier weitre Beschuldigte in einem Pilotprozeß abgeurteilt. Das Verfahren ging durch fünf Instanzen, in denen zunächst zwei Mal freigesprochen wurde. Gleich zu Beginn des Prozesses hat die Staatsanwaltschaft die juristische Konstruktion der "succesiven Mittäterschaft" instaliert und damit für alle Mutlangen Prozesse eingeführt.

Durch diese Konstruktion der "succesiven Mittäterschaft" sollte es möglich gemacht werden, daß Demonstranten allein auf Grund ihrer Anwesenheit bei angeblich strafbaren Handlungen gerichtlich belangt werden können. Nachdem in Mutlangen Demonstranten wegen "succesiver Mittäterschaft" verurteilt werden konnten, versucht die Staatsanwaltschaft Darmstadt dies kurz vor Ablauf der Verjährungsfrist auf die 70 Angeklagten anzuwenden. Dabei hofft man offensichtlich, daß nach fast sechs Jahren Startbahngegner ohne große Öffentlichkeit verurteilt werden können.

Wir fordern sofortige Einstellung aller Verfahren gegen Startbahngegner, Aufhebung aller Startbahnurteile und Wiedergutmachung.
Kommt alle zu den Prozeßterminen:
Amtsgericht Dieburg, Raum 116, am:
Montag 2.11.,Mo 9.11., Do 19.11., Do 26.11,, jeweils ab 9 Uhr.
Bunte Hilfe Darmstadt

Buchbesprechung:
Erfaßt-gemustert-kriegsbereit
30 Jahre Wehrpflicht
Graswurzelrevolution 1987, Nr. 113/114
Sonderheft: Widerstand gegen die Wehrpflicht
68 Seiten, 6 DM, Vertrieb:
GWR, Nernstweg 32, 2 HH 50

Jüngst ging es durch die Presse: Die zahl der Totalverweigerer ist erneut kräftig gestiegen. Totalverweigerung bedeutet die vollständige Ablehnung der staatlichen Wehrpflicht, angefangen mit der Erfassung, über den Bundeswehr- oder Zivildienst bis zur Wehrüberwachung. Die Zeitschrift "Graswurzelrevolution" hat nun zum 30. Jahr der ersten Einberufung von Wehrpflichtigen in der BRD unter dem Titel "Widerstand gegen die Wehrpflicht" ein Sonderheft herausgebracht, das praktische Ansätze, Hintergründe und Diskussionen zur Wehrpflichtverweigerung zusammenträgt.

Eingeleitet wird das Heft mit einem Playdoyer, den Widerstand gegen die "Kulturnorm Wehrpflicht" in der Friedens- und anti-militaristischen Arbeit verstärkt aufzugreifen. Hunderttausende sind von ihr betroffen, und die ins Haus stehenden Verschärfungen (Verlängerung der Dienstzeiten, weniger Zurückstellungen und Ausmusterungen, Frauen zum Bund ...) schaffen zusätzlichen Konfliktstoff. Nachdem im ersten Teil Informationen zur Wehrerfassung, Musterung bis hin zum Thema "Abhauen nach Berlin" gegeben werden, findet in zwei umfangreichen Themenblöcken die Auseinandersetzung mit Zivildienst und Bundeswehrzeit statt.
Dabei wird politische Arbeit im Zivildienst und der Bundeswehr keineswegs grundsätzlich abgelehnt. Es werden Verbindungslinien geschlagen, die versuchen, Totalverweigerung und Widerstand in den Institutionen in einem Zusammenhang zu stellen.
Besonders berücksichtigt wird auch das Thema Repression und Solidaritätsarbeit mit wichtigen Anregungen für Betroffene und Unterstützergruppen. Neben dem Auslandsteil, in dem beispielhaft die Situation in Südafrika, Schweiz und Polen dargestellt wird, findet sich im historischen Teil ein Artikel, der es verdient besonders hervorgehoben zu werden. Dieter Brünn schildert die wenig bekannte Geschichte des Widerstandes amerikanischer Wehrpflichtiger gegen den Vietnamkrieg.

Erste Regensburger Fachtagung für Lust und Freiheit
vom 4.12.87 - 20.12.87 in Regensburg

Programm:

Fr.4.12 H.Stowasser: Die Geschichte des Anarchismus in Deutschland (Vortrag)
Sa.5.12. 16 Uhr Ausstellung im BIWAK--Büro, Engelburgergasse, zur Geschichte des Anarchismus in Deutschland. Ab 18 Uhr Videos zur Hafenstraße und "Paßt bloß auf", danach und währenddessen FEST! Ab 24 Uhr THEMROCK.
So.6.12 8 Uhr, BIWAK-Büro, Arbeitskreis zu "Anarchismus seit 1968"
Mo.7.12. 17 Uhr, Ausstellung und Videos im BIWAK-Büro, "Die lange Hoffnung" und "Ein Leben für die Freiheit" über und mit A.Souchy
Di.8.12. 17 Uhr, Ausstellung und Video, BIWAK-Büro, "Rotmord", Film über die Münchner Räterepublik.
Mi.9.12. 19.30 Uhr, Brandlbräu, Ostengasse, Cabaret von und mit Deutschmann
Do.10.12. 19.30 Uhr, Brandlbräu, Ostengasse, Frederike Kahmann "Berührungen und Entfernung zwischen Feminismus und Anarchismus"
Fr.11.12. 19.30, Wolfgang Haug, "Verfall der Arbeit", Brandlbräu Ostengasse
Sa.12.12. 19 Uhr im Unterholz, Silberne Fischgasse,Großes FEST
So.13.12. 11 Uhr Frühschoppen, BIWAK-Büro, Stärkung für WAA-Spaziergang
Mo.14.12. 17 Uhr, Ausstellung und Videos zu Oktober 1917 "La Makhnowcina" und "Die Matrosen von Kronstadt"
Die.15.12. 19.30 Uhr, Brandlbräu, Vorttrag zur Stahlkrise (FAU)
Mi.16.12. 17 Uhr, Ausstellung und Videos, Aufnahme eines Vortrags von M. Bookchin
Do.17.12. 19.30 Uhr, Brandlbräu, "Kapitalismus und alternative Projekte"
Fr.18.12. 19.30 Uhr, BIWAK-Büro, Abschlußtreffen
Sa.19.12. 16 Uhr, Ausstellung und Video "Die Geisterfahrer"
So.20.12. 14 Uhr letzte Möglichkeit, die Ausstellung zu sehen.

Kontakt über: Libertäres Forum
Postlagerkarte 028578 C
8400 Regensburg 1



ROSENHEIM

Vom 15.-21.12.87 findet in und um Rosenheim eine Aktionswoche. Sie soll aufzeigen, welche Rolle die Atomenergie in der Region Rosenheim spielt.
In diesem Rahmen findet eine Blockade der Hauptverwaltung der Isar-Amperwerke AG in Westerndorf statt. Treffpunkt ist um 10 Uhr auf der Loretowiese.
Im Dezember 86 gab es ebenfalls eine Anti-Atomwoche in Rosenheim. Diese wurde von Seiten des Staates zum Anlaß genommen, die Anti-AKW-Gruppen einzuschüchtern. So gab es Hausdurchsuchungen und ein Ermittlungsverfahren gegen zwei Leute wegen "öffentlicher Aufforderung zu Straftaten."
Seit 1985 gibt es einen Autonomen Rechtshilfefond, der alle von der Kriminalisierung Betroffenen unterstützt.
Spendenkonto:
Raiffeisenbank Rosenheim
Kontonr. 45337399



Günter-Sare-Demo in Frankfurt

Anläßlich des 2. Jahrestages der Ermordung Günter Sares, der anläßlich einer Demonstration gegen eine NPD-Veranstaltung von einem Wasserwerfer überfahren wurde, fand am 28.9.87 eine Demonstration in Frankfurt statt. Die Vorbereitungen zu dieser Demo liefen noch schlechter als vor einem Jahr. Anscheinend wurde die Demo von vielen als Pflichtübung angesehen, denn inhaltlich wurde nichts auf die Reihe gebracht. Ausgelöst durch die Verhaftung Andreas kamen dann kurz vorher doch noch Diskussionen in Gang, die dann auch in einen Redebeitrag mündeten. So kamen denn etwa 300 Leute zur Demo, die auch relativ geschlossen verlief und ein gutes Gefühl rüberkam, so daß auch trotz massiven Bullenaufgebots die Scheiben bei Mercedes Benz die Belastungsprobe nicht standhielten. Ebenso konnten Festnahmeversuche verhindert werden.
Trotzdem stellt sich die Frage, was für einen politischen Stellenwert solche Jahrestag-Demos für uns haben und ob es vielleicht ehrlicher wäre, bei mangelnder Auseinandersetzung diese abzusagen.
Nur dann wenn diese Thematik in unseren Auseinandersetzungen und unserer Praxis vorhanden ist, werden wir daraus eine politische Stärke machen können.

BREMERHAVEN

ANARCHISTISCHER BUND MAULWURF
Postfach 120 128
2850 Bremerhaven

Offener Brief
an die Grünen in der Stadtverordnetenversammlung und in der Bremischen Bürgerschaft

Nachdem es den Faschisten der DVU - Liste D durch die Wahlen vom 13.9.87 gelungen ist, ihre braune Scheiße in die Parlamente zu tragen, fordern wir die PolitikerInnen der Grünen Partei auf, den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und der Bürgerschaft unter Protest fernzubleiben.
Es kann nicht hingenommen werden, wenn ParlamentarierInnen der Grünen, die sich nach eigenem Bekunden der demokratischen Bewegung zugehörig fühlen, zusammen mit Faschisten in den Institutionen arbeiten. Eine Auseinandersetzung mit der Politik der DVU - Liste D auf parlamentarischem Wege ist nicht nur sinnlos sondern verharmlosend und damit gefährlich.
Wir fordern die Grünen auf, zusammen mit dem antifaschistischen Widerstand in Bremerhaven und Bremen aktiv an Protestaktionen - gerade auch in den Parlamentsräumen - teilzunehmen. Verbotsanträge, Resolutionen und Presseerklärungen reichen nicht aus, die braune Flut zu vernichten. Hier ist der ganze persönliche Einsatz notwendig, auch wenn das dem Einen oder Anderen Nachteile erbringen wird.
Wehret den Anfängen:
Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trefft!

Um nicht mißverstanden zu werden:
Uns als AnarchistInnen geht es keineswegs darum, das System der parlamentarischen Demokratie zu schützen. Aber: Eine unserer Aufgaben ist es, alte und neue Faschisten überall dort auszuschalten, wo wir sie finden.

Bremerhaven, 4.10.87

Libertäre Gruppe Fulda

Die Gruppe, die seit Frühjahr 1987 besteht und zu Theorie und Geschichte des Anarchismus sowie zu aktuellen Themen diskutiert, hat eine neue Adresse.
Kontakt:
Libertäre Gruppe Fulda
Postfach 1128
6411 Künzell 1

Widerstand an den Schulen

Auf dem 6. PulverFASS, einem bundesweiten Treffen anarchistischer, sozialrevolutionärer und autonomer Gruppen und Einzelpersonen zum Thema Uni/Schule, gab es u.a. eine AG zu dem Thema Widerstand an den Schulen. Es wurde festgestellt, daß die einzlenen



SchülerInnen ziemlich vereinzelt vor sich hinwursteln. So wurde die Idee eines SchülerInnen-Plenums geboren. Dies soll experimentierweise auf Landesebene in Nordrhein-Westfalen gestartet werden, aber Interessierte aus anderen Bundesländern sind natürlich auch willkommen.
Das Treffen soll vom 4. bis 6.12.87 im Infoladen Bochum stattfinden.
Als Ergebnis stellen wir uns eine aufeinander abgestimmte, einheitliche Zusammenarbeit vor, die uns vom bloßen Reagieren zum Agieren bringt.
Anmeldungen wegen Pennplätzen und Essen dringendst erwünscht.
Kontaktadresse:
ASU
c/o Infoladen
Kohlenstrasse 7
4630 Bochum

Libertäres Zentrum Frankfurt

Das LZ besteht nun seit über zwei Jahren. Es wird zwar von vielen Leuten als politischer und sozialer Treffpunkt genutzt, aber bei der Finanzierung bleibt es an wenigen hängen.
Darum laßt mal schnelle die Kohle in Form von einem monatlichen Dauerauftrag (zwischen 5.- und 50.-) rüberwachsen.
Konto:
Ph. Luley
Postgiroamt Frankfurt
Kontonr.:4539 34-608
BLZ 500 100 60
Denkt daran, ohne Moos nix los!

"Unter Schwarzer Flagge Antimedien"

Medien aller Art (TV, Radio, Zeitung, Schallplatten etc.) spielen bei der Bewußtseinsbildung eine zentrale Rolle. Radikale Gegenkultur und libertäre Medien sind nötig. Das Projekt "Unter Schwarzer Flagge Antimedien" existiert seit Anfang 1987 und vertreibt bisher fast ausschließlich Fremdproduktionen, z. B. Schallplatten aus Holland und England (u. a. The Ex, Conflict, Chumbawamba). Der Verkauf zielt nicht auf Profitmacherei, sondern auf eine möglichst große Verbreitung radikaler Gegenkultur. Es sollen nun verstärkt Eigenproduktionen herausgebracht werden, nicht nur Schallplaten und Cassetten, sondern auf allen Arten von Medien.

Wie Massen revolutionär werden

E. P. Thompson: „Die Entstehung der englischen Arbeiterklasse"

Fast fünfundzwanzig Jahre nach dem Erscheinen der englischen Originalausgabe liegt E. P. Thompsons Klassiker der Sozialgeschichtsschreibung in deutscher Übersetzung vor. Wenn sich auch gerade in der Sozialgeschichtsschreibung in diesem Zeitraum eine beachtliche Entwicklung vollzogen hat, an Bedeutung hat das Werk wenig verloren. Zwar gibt es seit 1980 unter dem Titel „Plebeische Kultur und moralische Ökonomie" einen Band mit Aufsätzen Thompsons zur englischen Sozialgeschichte des 18. und 19. Jahrhunderts, der auf das Hauptwerk hätte neugierig machen können, aber dessen Umfang stand einer deutschen Ausgabe im Wege.

Bedauerlicher ist allerdings, daß Thompsons Grundthese in der Übersetzung des englischen Titels nicht deutlich genug herauskommt. Zugegeben: *The Making of the English Working Class* ist schwer zu übersetzen, aber gerade das aktive Moment, um das es Thompson geht, die Selbstformierung der Klasse in einem Prozeß von Repression und Widerstand, ist in dem deutschen Titel „Die Entstehung der englischen Arbeiterklasse" verschwunden. Nicht aufgrund ökonomischer Entwicklungen nämlich, so Thompsons These, ist die englische Arbeiterklasse *entstanden*, sondern sie hat sich in jahrzehntelangen Auseinandersetzungen um politische Rechte, insbesondere das Recht der Koalitionsfreiheit, um höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen, gegen chronische Arbeitslosigkeit und terroristische Armengesetze selbst *hervorgebracht*. Davon handelt Thompsons Buch, und dieser These entsprechend ist es angelegt: Sozialstatistische Daten, ökonomische Trends, demographische Entwicklungen spielen nur eine untergeordnete Rolle. Um so wichtiger sind dafür die Autobiographien radikaler Intellektueller, Flugblätter und Drohbriefe gegen Fabrikbesitzer, Protokolle kurzlebiger, zumeist illegaler Vereinigungen und Berichte der in diese Gruppen eingeschleusten Spitzel.

Die Entstehung des Kapitalismus in England und dessen soziale Folgen waren in Thompsons Sicht eine notwendige, aber keine hinreichende Bedingung für die Entstehung der Arbeiterklasse. Demgemäß ist die Darstellung ökonomischer Entwicklungen wohl ein unverzichtbares Moment in Thompsons Art der Sozialgeschichtsschreibung, aber nur ein Moment. Seine besondere Aufmerksamkeit gilt dem, was in der sozialwissenschaftlichen Literatur heute unter dem Begriff „politische Kultur" zusammengefaßt wird: institutionelle Regelungen und die dadurch bestimmte Form der Interessenverfolgung, der Organisationsformen und Milieus.

Entsprechend breit ist das Feld angelegt, auf dem Thompson für den Zeitraum zwischen 1789 und 1832, Französischer Revolution und englischer Reformbill, die Formierung der englischen Arbeiterklasse untersucht: Da ist zunächst die alte Dissenter-Tradition mit der für sie konstitutiven Autonomie der lokalen Gemeinden, eine Religion der Armen, wie Thompson meint, von der er als Religion für die Armen die Bewegung des Methodismus unterscheidet, in dem eine autoritäre Kirchenleitung alle relevanten Entscheidungen trifft. Daß Armut und Elend nicht eo ipso zu revolutionärem Bewußtsein, ja nicht einmal zu Parteinahme für sozial fortschrittliche Politiker führt, zeigt Thompson am „King and Church"-Mob, der in den ersten Jahren nach Ausbruch der Französischen Revolution – offenbar im Dienste und mit Unterstützung konservativer Politiker – Personen angriff, bedrohte und verprügelte, die im Ruf standen, mit den Revolutionären in Frankreich zu sympathisieren.

Die revolutionäre Volksbewegung in England bezog, wie Thompson zeigt, ihre wichtigsten Antriebe nicht aus der Arbeiterschaft der Großbetriebe, sondern aus dem kleingewerblichen Handwerk. Nicht das absolute Ausmaß der Armut und des Elends, sondern deren Erfahrung als Unrecht und Folge von Unterdrückung und Ausbeutung ist die Ursache für Widerstand und Aufruhr. Barrington Moore hat in seiner Ende der siebziger Jahre erschienenen Studie über die Ursachen von Unterordnung und Widerstand diese von Thompson am englischen Beispiel vorgeführten Überlegungen auf die Entwicklung der deutschen Arbeiterklasse zwischen 1848 und 1920/21 übertragen und komparativ abgesichert. Auch hierbei zeigt sich, was inzwischen durch weitere Untersuchungen als gesichert gelten darf: Die Erfahrung sozialen Unrechts als wichtigste Legitimationsquelle von Widerstand ist nicht die unmittelbare Folge von Elend und Armut, sondern tritt erst dort zutage, wo diese Armut mit ihr widersprechenden Gerechtigkeitsvorstellungen konfrontiert wird. Dies ist vor allem der Fall, wo normative Vorstellungen von einem sozial adäquaten Leben vorhanden sind, also das, was Thompson andernorts als „moralische Ökonomie" bezeichnet hat.

Für Thompson ist die traditions- und milieuorientierte Vermittlung der Erfahrung von Armut und des erst daraus resultierenden Widerstands der Haupteinwand gegen ökonomistische Ableitungen von Volksaufständen und Revolutionen. Warum hier und nicht dort, zu diesem Zeitpunkt und nicht zu einem anderen Widerstand geleistet wurde, ist, Thompson zufolge, nicht aus harten Daten, objektiven Faktoren zu erklären. Die *Thompsonian View* zielt auf das Selbstverständnis der Agierenden; dementsprechend gibt es in dieser Form der Sozialgeschichtsschreibung „von innen" keinen absoluten Maßstab, mit dem Handlungen bewertet werden können; maßgeblich sind hier die Handelnden selbst. Thompson hat darin die wissenschaftliche Konsequenz seines 1956 erfolgten Bruchs mit der englischen Kommunistischen Partei gezogen, denn seine These, es könne kein falsches Klassenbewußtsein geben, weil es niemanden gebe, der festlegen könne, was richtiges Klassenbewußtsein sei, wendet sich gegen das Kerndogma aller kommunistischen Parteien und insbesondere gegen Lukács' philosophische Konstruktion des Klassenbewußtseins, wie sie sich in „Geschichte und Klassenbewußtsein" in ultraleninistischer Form findet.

Dieser dynamisch-subjektive Klassenbegriff Thompsons, der sich jeder kategorialen oder strukturellen Festlegung entzieht und Klasse nur in sozialen Kämpfen sichtbar werden läßt, zeigt seine analytische Stärke ganz zweifellos bei der Untersuchung des von Thompson gewählten Zeitraums der englischen Geschichte: Hier, bei der Durchsetzung einer neuen Zeitökonomie in den Fabriken und der Abkehr von einem bedürfnisorientierten Arbeitsverständnis, bei der Auflösung der alten lokalen und regionalen Milieus sowie in den gewaltsamen Kämpfen gegen den Einsatz neuer Maschinen, die in der Luddistenbewegung ihren Höhepunkt fanden, kurzum: in einem dichten Geflecht sozialer und politischer Konflikte, kann der Formierungsprozeß einer Klasse nachgezeichnet werden, ohne daß sozialstatistischen Daten größere Bedeutung beigemessen werden muß. Ungleich schwieriger dürfte dies jedoch in Zeiten der sozialen Stabilität sein, einer sozialen Stabilität womöglich, die nur daraus resultiert, daß Armut und Elend hingenommen werden.

Über diese und ähnliche Fragen, die sich aus Thompsons Auffassung ergeben, ist seit dem ersten Erscheinen seines Buches heftig diskutiert worden. Die Fortentwicklung der Sozialgeschichtsschreibung ist nicht zuletzt dadurch stimuliert worden. Es ist zu hoffen, daß nunmehr, da Thompsons Hauptwerk in einer überaus preisgünstigen deutschen Ausgabe vorliegt, auch hierzulande die inhaltliche wie methodische Auseinandersetzung damit beginnt.

HERFRIED MÜNKLER

Edward P. Thompson: „Die Entstehung der englischen Arbeiterklasse". Aus dem Engl. von L. u. M. Eidenbenz, Chr. Groffy, Th. Lindenberger, G. Mischkowski, R. M. Rosdale. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1987 (es 1170), 2 Bde., 1068 Seiten, kart., 38,– DM.

Die Buchbesprechung stammt aus der FAZ. Sie ist kein Beitrag zu <u>unseren</u> Diskussionen über Klassen und Klassenkampf. Sie behandelt aber ein Buch, das Gedanken und Argumente für unsere Diskussion enthält.

Polizeistaat Wackersdorf

Mit dem Baubeginn der Wiederaufarbeitungsanlage in <u>Wackersdorf</u> hat die BRD einen weiteren Schritt in den absoluten Atom- und Polizeistaat getan.

Gleichzeitig mit der enormen personellen und materiellen Aufrüstung der Polizei, begann ein regelrechter Feldzug gegen alles und jede/n, der/die sich gegen den Bau der WAA stellte:
Überharte Polizeieinsätze, Hausdurchsuchungen, Beschlagnahmungen, Versammlungsverbote, lebensgefährliche - in einem Fall sogar tödliche - CN/CS-Gaseinsätze, Masserverhaftungen usw..

Es kam bis jetzt zu weit über 4000 Festnahmen seit Rodungsbeginn im Dezember 1985. Daraus ergingen laut Dr. Knittel, Pressesprecher des Bayerischen Justizministeriums, bis zum 7. Januar 1987 insgesamt 2481 Strafverfahren, wovon bis dahin 1093 Verfahren noch nicht erledigt waren.

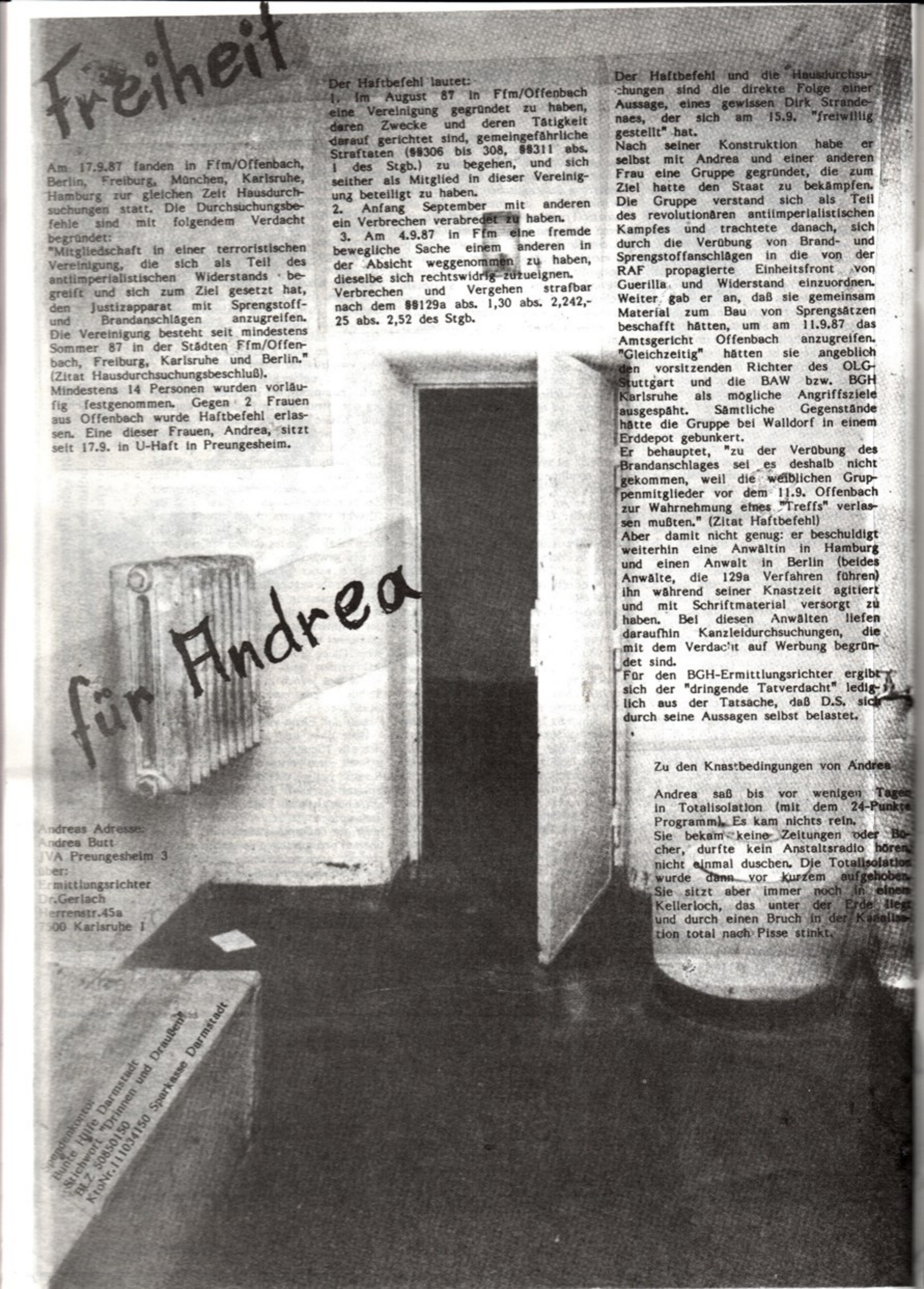
Seit Mitte April 1986 werden im Amtsgericht Schwandorf, inclusive der Nebenstellen Burglengenfeld und Nabburg drei bis vier Prozesse täglich verhandelt.

Zur Zeit wird das Amtsgericht Schwandorf durch kostspielige Neubauten (1.2 mio DM) erweitert. Räume des Arbeitsgerichtes werden in das Amtsgericht Schwandorf miteinverleibt.

7 neue Richterstellen wurden im Amtsgericht Schwandorf und 2,5 im Landgericht Amberg zur Bewältigeng der WAA Prozesse geschaffen. 13 neue Staatsanwälte kamen ebenfalls in die Region Oberpfalz.

Deren Hauptaufgabengebiet sind auch fast ausschließlich WAA-Verfahren. Darüberhinaus wurden zusätzliche Justizwachtmeister und Sekretärinnen im AG Schwandorf eingestellt.*(immerhin Arbeitsplätze! d.S.)*

Zum allergrößten Teil lassen sich die Richter und Staatsanwälte freiwillig nach Schwandorf bzw. Amberg versetzen. Sie können sicher sein, nach ca. 6 Monaten 'Dienst' bei WAA-Prozessen wieder versetzt zu werden, natürlich mit der Aussicht, hinterher auf der Dienstgradleiter höher geklettert zu sein.



Freiheit für Andrea

Am 17.9.87 fanden in Ffm/Offenbach, Berlin, Freiburg, München, Karlsruhe, Hamburg zur gleichen Zeit Hausdurchsuchungen statt. Die Durchsuchungsbefehle sind mit folgendem Verdacht begründet:
"Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung, die sich als Teil des antiimperialistischen Widerstands begreift und sich zum Ziel gesetzt hat, den Justizapparat mit Sprengstoff- und Brandanschlägen anzugreifen. Die Vereinigung besteht seit mindestens Sommer 87 in der Städten Ffm/Offenbach, Freiburg, Karlsruhe und Berlin." (Zitat Hausdurchsuchungsbeschluß).
Mindestens 14 Personen wurden vorläufig festgenommen. Gegen 2 Frauen aus Offenbach wurde Haftbefehl erlassen. Eine dieser Frauen, Andrea, sitzt seit 17.9. in U-Haft in Preungesheim.

Der Haftbefehl lautet:
1. Im August 87 in Ffm/Offenbach eine Vereinigung gegründet zu haben, deren Zwecke und deren Tätigkeit darauf gerichtet sind, gemeingefährliche Straftaten (§§306 bis 308, §§311 abs. 1 des Stgb.) zu begehen, und sich seither als Mitglied in dieser Vereinigung beteiligt zu haben.
2. Anfang September mit anderen ein Verbrechen verabredet zu haben.
3. Am 4.9.87 in Ffm eine fremde bewegliche Sache einem anderen in der Absicht weggenommen zu haben, dieselbe sich rechtswidrig zuzueignen.
Verbrechen und Vergehen strafbar nach dem §§129a abs. 1,30 abs. 2,242,-25 abs. 2,52 des Stgb.

Der Haftbefehl und die Hausdurchsuchungen sind die direkte Folge einer Aussage, eines gewissen Dirk Strandenaes, der sich am 15.9. "freiwillig gestellt" hat.
Nach seiner Konstruktion habe er selbst mit Andrea und einer anderen Frau eine Gruppe gegründet, die zum Ziel hatte den Staat zu bekämpfen. Die Gruppe verstand sich als Teil des revolutionären antiimperialistischen Kampfes und trachtete danach, sich durch die Verübung von Brand- und Sprengstoffanschlägen in die von der RAF propagierte Einheitsfront von Guerilla und Widerstand einzuordnen. Weiter gab er an, daß sie gemeinsam Material zum Bau von Sprengsätzen beschafft hätten, um am 11.9.87 das Amtsgericht Offenbach anzugreifen. "Gleichzeitig" hätten sie angeblich den vorsitzenden Richter des OLG-Stuttgart und die BAW bzw. BGH Karlsruhe als mögliche Angriffsziele ausgespäht. Sämtliche Gegenstände hätte die Gruppe bei Walldorf in einem Erddepot gebunkert.
Er behauptet, "zu der Verübung des Brandanschlages sei es deshalb nicht gekommen, weil die weiblichen Gruppenmitglieder vor dem 11.9. Offenbach zur Wahrnehmung eines "Treffs" verlassen mußten." (Zitat Haftbefehl)
Aber damit nicht genug: er beschuldigt weiterhin eine Anwältin in Hamburg und einen Anwalt in Berlin (beides Anwälte, die 129a Verfahren führen) ihn während seiner Knastzeit agitiert und mit Schriftmaterial versorgt zu haben. Bei diesen Anwälten liefen daraufhin Kanzleidurchsuchungen, die mit dem Verdacht auf Werbung begründet sind.
Für den BGH-Ermittlungsrichter ergibt sich der "dringende Tatverdacht" lediglich aus der Tatsache, daß D.S. sich durch seine Aussagen selbst belastet.

Zu den Knastbedingungen von Andrea

Andrea saß bis vor wenigen Tagen in Totalisolation (mit dem 24-Punkte Programm). Es kam nichts rein.
Sie bekam keine Zeitungen oder Bücher, durfte kein Anstaltsradio hören, nicht einmal duschen. Die Totalisolation wurde dann vor kurzem aufgehoben. Sie sitzt aber immer noch in einem Kellerloch, das unter der Erde liegt und durch einen Bruch in der Kanalisation total nach Pisse stinkt.

Andreas Adresse:
Andrea Butt
JVA Preungesheim 3
über:
Ermittlungsrichter
Dr.Gerlach
Herrenstr.45a
7500 Karlsruhe 1

Spendenkonto:
Bunte Hilfe Darmstadt
Stichwort "Drinnen und Draußen"
BLZ 50850150
KtoNr.111034150 Sparkasse Darmstadt

Nach dieser Aufzählung aller im Baskenland vertretenen Repressionsorgane fragt man sich unwillkürlich: alles wegen der paar Etarras? Mitnichten! der Kampf um ein freies Baskenland hat viele Fronten. Der Regionalismus ist nur eine davon.

Schon der Name ETA "Euskadi Ta Askatasuna" bedeutet, daß man mehr will, das Baskenland und auch die Freiheit. Die ETA ist übrigens die älteste Kampforganisation dieser Art in Westeuropa. Sie begann den Kampf als antifaschistische Formation und hatte den Höhepunkt ihrer Popularität 1973 als man den Faschisten Carrero-Blanco das "fliegen ohne Flugzeug" beibrachte wie die Basken heute noch erzählen. 1974 spaltete sich die ETA in die ETA-militar und die ETA politico-militar. Beide Organisationen haben sich nach meinen Informationen seit dieser Zeit kontinuierlich auseinandergelebt, so daß es heute kaum noch nennenswerte Verbindungen geben soll.





Seit sich während des "Prozesses von Burgos" 1973 auch der niedrige Klerus mit der ETA solidarisierte, gibt es zumindest zwischen der Kirche in den Arbeitervierteln und der ETA-militar gute Verbindungen. 1976 gründete sich als erste legale Separatistenorganisation, die KAS (Koordinatzio Abertzale Sozialista) ein Wahlbündnis linksradikaler Gruppen. Zwei Jahre später entstand die "Herri Batasuna" ein Bündnis, das sozialrevolutinäre mit regionalistischen, und das war neu, mit ökologischen Aspekten, vereinte.

In den letzten Jahren sind, während der Kämpfe um Amnestie für politische Häftlinge, die sich zumeist an die örtlichen Fiestas im Sommer anschließen, noch die "jovenes alegre y combativa" (Jugendliche fröhlich und kämpferisch) dazugekommen. Diese sind zumeist Sympathisanten der ETA und der Herri Batasuna. Sie sind in ihrer Struktur uns AnarchistInnen und Autonomen am ähnlichsten. Auch ihr Anliegen ist eher sozialrevolutionär - libertär als regionalistisch.

Kein Wunder, denn sie sind zumeist arbeitslose Jugendliche aus den Vororten, Kinder von eingewanderten Andalucianos, Manchegos und Gallegos, denen eine Änderung der sozialen Not (40% Jugendarbeitslosigkeit allein in Bilbao) wichtiger ist als Autonomie.

In dieser Gruppe ist auch das ökologische Bewußtsein am stärksten ausgeprägt. Punks gibt es dort sogar und gestandene Anti-ImperialistInnen. In diesem Jahr war das bestimmende Ereignis, die Auslieferung der Etarras durch die Franzosen. Die Wut darüber machte sich allerdings am falschen Objekt Luft. Das Abfackeln von 2CVs französischer Touris ist nicht sonderlich revolutionär.

Nochmal zum Thema Ökologie. Trotz der reizvollen Natur ist das Baskenland im Hinterland bei Elbar, Elgoibar und Durango sowie Mondragon Elorrion und in San Sebastian und Bilbao ein ökologischer Hexenkessel. Luft und Gewässer sind derartig versaut, daß ein Mitteleuropäer das Maß der Verschmutzung gar nicht mehr begreifen kann. Und das, trotzdem die ETA 1981/82 durch spektakuläre Aktionen die Schließung des AKW Lemoniz erzwang.

Die ökologische Frage wird überlagert von dem Problem der Jugendarbeitslosigkeit und, seit einigen Jahren, durch ein massives Drogenproblem. Glaubt man örtlichen Herri Batasuna Leuten, sind auch die Bullen in den Rauschgifthandel verwickelt.

"Drogaritos sind leichter zu kontrollieren als politisch-bewußt kämpferische Leute" meint Jorge von der HB, "dazu noch erpreßbar". Das ganze Ausmaß der Katastrophe wird erst erkennbar, wenn man erfährt, daß Elgoibar, ein kleiner Industrieort im Hinterland von Bilbao die höchste AIDS-Quote Westeuropas hat. Prozentual versteht sich.

Ein Folge des von Bullen geförderten Heroin-Konsums. "Der Kampf um das Baskenland ist auch ein Kampf gegen das Rauschgift" meinen Leute von der HB.

Was bleibt noch zu sagen? Etwa, daß es nur in Mondragon und Elorrion nur selbstverwaltete Betriebe gibt, vom Stahlwerk bis zum Großmarkt "Eroski". Allerdings sollte man sich dabei vor Augen halten, daß auch die "Bank für Gemeinwirtschaft", zumindest juristisch ein solches Gebilde ist. Selbstverwaltet heißt auch hier nicht selbstbestimmt.

Die anderen Gruppierungen?
Die baskische Nationalpartei etwa stellt die Regionalregierung und ähnelt einer Folklorepartei. Die Sozialisten? Kein Kommentar.

Und die Basken selbst? Jorge sagt: "Weißt du, das Ganze ist mittlerweile weniger ein Regionalismus-Problem. Seit wir hier auf dem Sektor der Autonomie Erfolge haben, verlagert sich unser Kampf immer mehr auf soziale, ökonomische aber auch ökologische Fragen.

Freiheit heißt auch, das System zu verändern, die Jugendarbeitslosigkeit zu beseitigen und die Natur von der schlimmen Verschmutzung zu befreien. Die volle Autonomie wollen wir trotzdem. Aber wir haben den längeren Atem. Wir waren schon immer hier, seit es Menschen gibt, diesmal wollen wir alles, das Baskenland und die Freiheit.

Euskadi Ta Askatasuna

Willie

Griechenland

SOLIDARITÄT MIT DEN GEFANGENEN GENOSSEN VOM 2.10. IN ATHEN



In der Nacht zum 2.10.87 sind in Kalo-gressa, ein Stadtteil von Athen, Michalis Prekas, Christoferos Marinos und Klearchos Smirmeos von den Bullen in einem gestohlenen Auto überrascht worden. Auf der Flucht vor den wahllos schießenden Bullen hat Klearchos unter einem Taxi Schutz gesucht, während die beiden anderen in eine Wohnung eingestiegen sind.
Klearchos wurde kurz darauf festgenommen.
Christiforos und Michalis gewährten die Bewohner Zuflucht. Während dessen umstellten die Bullen die Wohnung, Marinos stellte sich ihnen, Michalis, der wegen eines angeblichen Diebstahles in der Illegalität lebte, weigerte sich, sich zu ergeben. Als er sich auf dem Balkon mit zwei Gewehren zeigte, wurde er in Sekundenschnelle von den Söldnern des Staates durchlöchert.
Michalis, 32 Jahre alt, ist in einem Armenviertel aufgewachsen dort, wo die Hälfte der Leute im Gefängnis sitzt, und die anderen in den Fabriken und auf den Baustellen arbeiten. Er hat gestohlen, weil sie uns jeden Tag stehlen und weil er wollte, was er nie bekommen hätte. Er war einer von jenen Menschen, die die Sachen beim Namen nennen, ohne wenn und aber, und deshalb hat er dieses Ende gehabt.

Klearchos und Christoforos, beide 21 Jahre alt, wurden auf der Wache zusammengeschlagen und gefoltert, um die von der Kripo gewünschten Aussagen zu erpressen.
Am nächsten Tag wurden zwei konspirative Wohnungen aufgedeckt, in denen Waffen und Munition gefunden wurde.
Dies wurde von den Bullen sofort zum Anlaß genommen zu behaupten, es handele sich um eine logistische Basis der anarchistischen bewaffneten Gruppe "Kampf gegen den Staat", die jetzt hiermit zerschlagen worden sei.
In dem Wohnviertel von Klearchos und Christoforos wirst du kein schlechtes Wort über sie hören. Die Mutter von Christoforos sagte während ihrem Transport von den Bullen zur Kripo: "Ich bin stolz auf mein Kind. Ich bin froh, daß er mein Sohn ist."
Klearchos ist in seinem Stadtteil bekannt durch seine Arbeit in der Bürgerinitiative gegen die Vernichtung der einzigen Grünfläche und wurde im Verlauf von schweren Auseinandersetzungen zwischen den Bürgern und der Polizei festgenommen und vor Gericht gestellt.

Das Patentrezept der Bullen: Anarchist und illegaler Zusammenhang bedeutet Mitgliedschaft in der Gruppe "Kampf gegen den Staat" und d.h. Anklage wegen Mord.
In diesem Zusammenhang verhafteten die Bullen kurz darauf Vagelio Vogiasti, die Freundin von Michalis, und Maki Bouksovalas aufgrund ihrer Aktivitäten in der anarchistischen Bewegung, und stellten sie ebenfalls unter Anklage der Mitgliedschaft in der "terroristischen Vereinigung" "Kampf gegen den Staat". Ihre "Beweise" waren hauptsächlich ein halber Fingerabdruck und ein handgeschriebener Zettel, die angeblich ein halbes Jahr vorher in einer konspirativen Wohnung gefunden worden waren, was jedoch zu jeder Zeit und an jedem Ort gefunden wird, wenn es die Bullen möchten.
Mittlerweile werden noch drei weitere Frauen der Mitgliedschaft angeklagt, denen die Freundschaft zu Vagelio zur Last gelegt wird.
Diese Ereignisse in Kalogressa nahmen die Bullen zum Anlaß, eine Welle von Verhaftungen, Verhören und Hausdurchsuchungen durchzuführen. In den Räumen des Anarchistischen Zentrums von Ano Patissia haben sie einfach jede und jeden der Anwesenden unter Anwendung von Gewalt verhaftet. Zwangsweise wurden Fotos gemacht und Fingerabdrücke genommen. Beim

Verhör versuchten sie mit allen Mitteln bis zur Bedrohung mit Schlägen und Pistolen, Treffpunkte, Namen und Zusammenhänge der anarchistischen Gruppen zu erfahren. Später wurden sie entlassen.
Der Verein der Anarchisten, das anarchistische Zentrum von A.P., die anarchistischen Zeitschriften und Stadtteilgruppen und die Gruppe gegen Repression u.v.a. erklärten ihre Solidarität:
Jeder und jedem ist es selbst überlassen auf welche Art und Weise sie/er gegen den Staatsterrorismus kämpft.
Jeden Tag wurde der Transport der gefangenen Genossen zum Staatsanwalt von Solidaritätskundgebungen begleitet. In Thessaloniki gab es eine Demonstration.

Wir erklären, daß wir weder unsere Genossen noch irgend jemand anderen dafür opfern, daß der Staat Erfolge gegen den "internationalen Terrorismus" vorweisen kann. Wir haben am eigenen Leib erfahren, daß es keinen Unterschied macht, ob die, die an der Macht sind Junta, Rechte oder "Linke" heißen. Sie sind Marionetten im Spiel der Großmächte.
Es ist unser tiefster Wunsch zu leben, von dem wir die Kraft nehmen, unseren Kampf mit vielseitigen Tätigkeiten und auf allen Ebenen weiter zu führen.

Der letzte Gruß der GenossInnen zu Michalis an seinem Grab:
Das Blut, das fließt verlangt Rache.

Anarchistinnen und Anarchisten

ERKLÄRUNG

Hundert schwer bewaffnete "Männer", der rambomäßigen Abteilung der Polizei stoppten und durchlöcherten einen verzweifelten Menschen, der obwohl er augenscheinlich kein Stadtguerillero war, seine Entscheidung getroffen hat, mit der Waffe in der Hand zu sterben, da er den bewaffneten Kampf als gerechte Art des Volkskampfes ansah.
(Obwohl wir uns zur Stadtguerilla bekennen, lehnen wir die anderen Arten des Kampfes nicht ab. Jeder kämpft auf seine Weise und wie es die Verhältnisse und Situationen ermöglichen. Aber auch die, die aus den Realitäten heraus nicht kämpfen können, können wir verstehen und akzeptieren, solange sie keine Diener und bewußte Spitzel des kriminellen Systems werden, gegen das wir alle zu kämpfen haben, wenn wir uns noch Menschen nennen möchten...)
...So haben wir gelesen, daß wir zerschlagen wurden. In Wahrheit jedoch erfreut sich die Umstürzlerische Organisation (Um.Or.) "Kampf gegen den Staat" bester Gesundheit, ehrt den Menschen Prekas - aber schade -, denn wenn er tatsächlich Mitglied der Um.Or. Kampf gegen den Staat gewesen wäre, hätte er noch einige Rambos mit sich nehmen können, so wie es der Genosse Christos Tsoutsouvis getan hat. Das gleiche gilt auch für die zwei anderen Kämpfer.

Athen, 5. 10. 1987
Um.Or. Kampf gegen den Staat

Gewöhnlicher Anti-Faschismus

Offener Brief

Betr.: Artikel "Gewöhnlicher Antifaschismus" S. 44-46 in der Aktion Nr. 29

Als beteiligte AntifaschistInnen der Abräum Aktion des NPD-Standes am 8.8.87 auf der Zeil, können wir den Artikel so nicht stehen lassen und wollen deshalb ein paar Worte darüber verlieren.

Zu der Aktion gab es insgesamt zwei Vorbereitungstreffen, wovon das 2. sehr chaotisch verlief und die Vorbereitung in den Händen von anderen Städten lag. Was völlig Scheiße war, waren die zwei verschiedenen Treffpunkte und Uhrzeiten. Ein Hauptproblem war weiterhin, daß es eben keine Klein - Gruppen - Blitz Aktion werden sollte, sondern eine möglichst breit angelegte Sache, in der sich Leute aus den unterschiedlichsten Spektren wiederfinden. Das war auch auf die Aktionsform gemünzt, es sollten sich viele Menschen darin einklinken können, sowohl militante, als auch Nicht-Militante, denn es war klar, daß der Stand plattgemacht werden sollte. Deshalb wurde entschieden, daß es keine kurze Hau-drauf-Aktion wird, sondern eine Propaganda-Aktion von unserer Seite. Von dem beigelegtem Flugblatt wurden über 1000 an diesem Morgen verteilt. Unklar war auch die Bullen-Präsenz und ob eine Rapp-Zapp-Aktion überhaupt hätte laufen können. Die Anwesenheit von massig AntifaschistInnen sollte ein Schutz vor militanten Nazis und Bullen sein und auch ein Stück Stärke ausdrücken. Das zweite Problem war der Widerspruch, auf der einen Seite unauffällig zu sein und auf der anderen Seite aber auch zahlreich und geschlossen zu handeln. Der unkoordinierte Angriff war ein Fehler und so auch nicht geplant. Als die drei Verfolger des Fotographen verhauen worden waren, war allgemeine Einschätzung, daß die Ansammlung spätestens jetzt aufgefallen war, also nix wie hin. Ein zweiter grober Fehler war die Unentschlossenheit, was konkret mit dem Stand passieren sollte und gezögert wurde. In dieser Unentschlossenheit gelang den Bullen die Festnahme. Wo wir dem Autor des Artikels zustimmen, ist die unklare Haltung vieler Leute, was sie eigentlich an dem Stand wollten. Viele hatten sich keine Gedanken darüber gemacht, was laufen sollte und waren entsprechend schlecht vorbereitet (Streetfighter-Kleidung, kein Material gegen die Faschisten). Die Leute, die sich zu diesem Tag Gedanken gemacht hatten sind z.B. über die Zeil promeniert, um dort Faschos am Flugblätter verteilen zu hindern. Fünf Nazis wurden dann insgesamt auch aufgetrieben und aufgerieben. Einem Nazi fiel dabei ein Säurefläschchen aus der Tasche. (Mensch denke an das Salzsäure-Attentat auf den Gewerkschafter Winter). Trotz des Chaos, zeigte sich aber, daß der Mob, der die ganze Zeit am Stand stand, durchaus geschlossen handeln konnte, das zeigt die Befreiung eines Genossen aus den Klauen von fünf Besi-Trupp-Bullen und das Einmachen derselben.Sie mußten sich schließlich hinter ein für sie herunter gelassenes Gitter retten, wo sie in Sicherheit vor den Leuten waren, nicht aber vor einer satten Ladung CS-Gas. Die Entschlossenheit bewerten wir als positiv.

In der Zeit, in der die meisten AntifaschistInnen nicht am Stand waren, nutzten die Nazis, um ihren Propaganda-Druck in Sicherheit zu bringen, in die schützende Obhut der Staatsdiener. Sie nutzten unsere Schwäche um abzuzischen (vielleicht in Absprache mit den Bullen). Ihre Stimmung zeigte, daß sie nicht wegen "Regen" abhauten, sondern teilweise den Tränen nah und heillos zerstritten waren. Ein glorreicher Kampftag war das für sie sicher nicht. Das durch die Masse der Gegendemonstranten der NPD-Stand erst aufgewertet wurde, ist Propaganda der Herrschenden, denn nur sie verwenden diese Art der Argumentation um sie zu schützen....
Das wollen wir dem Schreiber des Artikels nicht unterstellen, aber diese Aussage ignoriert die Wichtigkeit faschistischer Gruppen in diesem Land. Jede ruhige Minute gibt den Faschisten die Möglichkeit ihre Organisationen weiter auszubauen.Auch die NSDAP hat mal sehr klein angefangen. Konkret am Stand war es so, daß während unserer Anwesenheit lediglich eine Oma am NPD-Tisch war und das rüberkam, daß es eine Menge Leute dagegen gibt.
Das zu dem Tag selber.

Wenn der Autor des Artikels bemerkt, daß in den verschiedensten Antifa-Gruppen diverse Diskussionen über Begriffe wie Faschismus, Imperialismus usw. geführt werden, wobei eine "notwendige" Diskussion über Fascho-Strukturen außen vor bleibt, können wir das nicht nachvollziehen. Wir kritisieren, daß in bestimmten Gruppen nur über diese Strukturen und nicht weiter über die

inhaltliche Stoßrichtung unseres Kampfes geredet wird. Wenn sich der Autor aber an der Aufdeckung faschistischer Strukturen beteiligen will, soll er sich an die lokale Antifa-Gruppe wenden (auch in Frankfurt gibt es sowas). Wir sind auf jeden Hinweis angewiesen, um diese Strukturen offen zu legen.

Dem Ansatz, die NPD und JN als "demokratisches Aushängeschild" zu verharmlosen und auf die bestehenden Fascho-Kleingruppen hinzuweisen, müssen wir entgegentreten. Die NPD erfüllt verschiedene Funktionen für diesen Staat.

Mit dieser Part i kann sich der organisierte Faschismus an Wahlen beteiligen, d.h. Propagandawirkung in Funk-Presse und Fernsehen und nicht zuletzt auch Wahlkampfkohle (bei der Bundestagswahl 87, 1,4 Mill.) Die NPD hat zahlreiche Verbindungen zur militanten Szene der Rechten. Sie ist nicht nur ein Haufen von "halben Kindern" oder "stockbürgerlichen Vereinsfaschos", denn durch sie werden faschistische Ideen salonfähig. Mit Sitz und Stimme im Parlament stehen der NPD ganz andere Türen offen, als irgendwelchen rechten Terroristen.

In Bremen gelang es der NPD im Bündnis mit der DVU als "Liste D" mit einer einzigartigen Wahlkampfschlacht, einen Sitz in der Bremer Bürgerschaft zu erlangen. Daraufhin durfte der NPD-Kandidat in Villingen-Schweningen, Jürgen Schützinger (von Beruf Bulle), in der ARD-Sendung REPORT, minutiös seine Thesen verbreiten. Im ersten Wahlgang erhielt er in Villingen - Schwenningen 6 %. **Zur Zeit mag die NPD noch nicht die Bedeutung haben, zur Zeit** kann das Kapital mit der CDU/CSU noch ganz gut regieren. Doch in Krisenzeiten wird sich die NPD mit ihrer klassenspalterischen Hetze geradezu anbieten, diese Zeiten kapitalgerecht zu meistern und in einen Angriff gegen die ArbeiterInnenklasse zu verwandeln.
So ganz nebenbei haben die NPD und alle faschistischen Banden Testfunktion für die Herrschenden. An ihrem Vorgehen und der etwaigen Akzeptanz oder Ablehnung können sie ablesen, wie weit sie sich mit ihrer Politik (z.B. Ausländerpolitik) wagen können.

Zudem gibt es nicht wenige Karrieren von Fascho-Schlägern oder Terroristen, die in der NPD begonnen haben. Januar d.J. hat sich der Göttinger NPD/JN -Funktionär Ingo Kretschmann mit einr selbstgebastelten Bombe in die Luft gesprengt, die er sich nicht zu diesem Zweck gebaut hatte.
Michael Kühnen war vor der ANS - Gründung gerngesehener Redner auf JN-Veranstaltungen in Hamburg. JN-Mitglieder bildeten den Kern der Hansa-Bande, einem Vorläufer der ANS.

Ein anderes Beispiel: Der "Stützpunktchef" der WSG Hoffmann für Baden Würtemberg war der NPD-Funktionär und Landtagskandidat Helmut Dieterle. Als er wegen eines Überfalls auf Antifaschisten, begangen mit Hoffmann, vor Gericht stand, wurde er vom NPD-Vorsitzenden Martin Mußgenug, der Anwalt ist, verteidigt und schließlich freigesprochen.

Die NPD wird ihren Marsch auf die Parlamente fortsetzen. Im März 88 wird sie in Baden-Würtemberg mit der DVU als "Liste D" kandidieren. Unsere Aufgabe muß es sein, der NPD und allen anderen faschistischen Gruppen entschieden entgegenzutreten, und das haben wir schließlich in Frankfurt getan und wir haben die Öffentlichkeit in erster Linie auf unsere Inhalte aufmerksam gemacht.
Unser Schlußwort zu der Aktion lautet deshalb: Auf der Zeil wars geil.

KAMPF DEM FASCHISMUS !

AntifaschistInnen aus dem Rhein-Main-Gebiet.

Protestaktion gegen „Liste D"-Propaganda:



Betr.: Warnung in der Aktion Nr. 29 auf S.8

Äußern wollen wir uns auch zu eurer Warnung, die eine absolute Frechheit ist.
Verbeugen müssen wir uns dankbar für den Hinweis der glorreichen AKTION, die als einzige zu wissen scheint; daß Alfred Stümper ein Bulle ist. Die Szene scheint nur bei Namen wie Hugendubel zu checken, daß es Schein-VISDPs sind, weils dann nämlich die Bullen auch checken, jede halbwegs revolutionäre Zeitung, die z.B. auch Erklärungen abdruckt, arbeitet heute mit solchen Schein-VISDPs.

Der abstruse Inhalt ist, so wie ihr ihn zitiert, wirklich abstrus. Aber der Satz geht noch weiter und er steht auch noch in einem ganzen Text! Lest weiter, vielleicht versteht ihr ja dann was gemeint ist. Wieso ihr die "Antifa-Texte 2" irgendwelchen Stuttgartern zuordnet, bleibt total im Dunkeln, zumal nichts dergleichen drinnsteht, und Leute, die eurer Meinung nach Fehler machen, können ja nur Anti-Imps sein. Welch primitive Art der politischen Auseinandersetzung.
Wie oberflächlich ihr das Heft gelesen haben müßt, zeigt auch eure Angabe zum Erscheinungsdatum, Juni 87. Zwei Zeilen unter dem Namen des Bullen (!) Alfred Stümper, steht dick und fett das Dat. Nov. 1986. Kein Wunder, daß euch der Inhalt abstrus erscheint.
Über die angegebene Postlagerkarte ist neben Bestellungen auch noch Kontakt aufzunehmen.

Die Broschüre "Antifa-Texte 2" kann deshalb weiterhin bei der PLK bestellt werden. Außerdem haben wir noch zwei Veranstaltungs-Dokus. Die erste enthält Infos zu: Wiking Jugend, NPD,-HNG, ANS-/NA-FAP, Nazi-Müller Mainz Gonsenheim. Die zweite Info zur "Braunzone" Kyffhäuserbund, Unabhängige Nachrichten, Vertriebenenverbände, HIAG. Jedes Teil kostet 3,--DM plus 2,--DM Versandkosten. Bitte beilegen.
Auf den Briefumschlag schreibt ihr:

Postlagerkarte 030427 C
6200 Wiesbaden

p.s. Zu dem Hinweis auf die NPD-Zeitung "Deutsche Stimme" auf S. 11 sagen wir lieber nix.

COLONNA Vibration



Daß der Kapitalismus nicht nur die Ökonomie, und damit unser tägliches Sein und Verhalten beeinflußt, sondern auch seine Kulturvorstellungen popularisiert und kommerzialisiert, dürfte an und für sich jedem bewußt sein, der/die sich mit den stupiden Texten und musikalischen Strukturen treudeutscher Spießermusik beschäftigt. Es langt eigentlich auch schon, versehentlich mal hr 4 im Radio zu finden.

Und die gerühmte Rockmusik als populäres Gegenstück? Ein Miliardengeschäft, das von erzkapitalistischen Konzernen, vor allem cbs, kontrolliert und gemangaget wird. Der ganze hübsche Kommerz, der uns Dank ARD Nachtrock mittlerweile 20 Stunden täglich serviert wird, hat nichts von wenigen Ausnahmen mal abgesehen, mit den durchaus kultursubversiven Aspekten der subkulturellen oder gegenkulturellen Musik zu tun. Jede (Protest)Bewegung hatte ihre Musik. Egal ob traditionelle Arbeitersongs, Hippiegedudel oder Hau-Ruck Punk. Jede mentale Erneuerung bei einem mehr oder weniger großen Teil der Leute erzeugte auch eine künstlerische Komponente, meist in Form und Ausdruck von Musik.

Egal ob als Rock-and-roll, das Aufbegehren gegen die Eltern, als Beat der Protest gegen die puritanische Sexualmoral, oder als Punk als Ausdruck einer No-future-Philosophie, oder in ihrer Negativform als Ideologie. Alle diese Musikformen implizieren ein subversives Moment, also einen Angriff auf die herrschende Kulturvorstellung mit ihren konservativen Inhalten.

Wenn das subversive Moment der Kunst wegen mangelnder Verbreitungsmöglichkeiten oder allgemeiner Unverständlichkeit der Inhalte nicht von selbst unterging, bedienten sich die, na wer wohl, im Prinzip mit zwei Möglichkeiten, das subversive Element in der Kultur zu beseitigen. Einmal eine brachiale Form von Zensur oder als Deklarierung zur "entarteten Kunst", mit anschließender Bücher oder was weiß ich noch alles Verbrennung, oder zweitens als Entschärfung durch eben Kommerzialisierung.

Während die Stones in den Sechzigern mit ihren Konzerten noch Straßenschlachten ihrer Fans mit den Bullen erzeugten, brauchen die Multimilionäre Stones heute die Bullen, damit ihre perfekt gemanagten Konzerte reibungslos über die Bühne gehen.

Also folglich Rockmusik als reaktionäres Moment? Reaktionär wäre ein überspitzter bis polemischer Begriff. Nonsubversiv paßt besser für den Kommerz, der sich aus kritischer Kunst zu einem belanglosen und massenhaft konsumierbaren Artikel gewandelt hat.

Kurze Betrachtung über Nihilismus und Musik



Doch Kunst, Musik, welches als Konsumartikel nur schwer verdaulich und dem Gebühren zahlenden Radiohörer schon gar nicht vorsetzbar ist, existiert nach wie vor und entsteht nach wie vor.

Von Neodadaismus bis Industrial, es gibt Tiefen im subkulturellen Sumpf, bei dessen Austrocknungsversuchen sich die Herren Schlipsträger von cbs und Konsorten sich ihren Dollarnoten orientierten Geschmacksnerv ziemlich verrenkt haben.

Der Undergrund lebt! Die AnarchistInnen haben in der Historie der Kunst eine Tradition, die weitaus schwerwiegender ist, als die anderer sozialistischer Formen zusammen. Es gab mehr Künstler in den verschiedensten Kunstformen, die sich als AnarchistInnen zum Teil definierten, die sie sich unter anderen Begriffen, z. B. Dadaisten oder Nihilisten, nannten, als Marxisten, Leninisten usw.

Viele GenossInnen blicken von einem ziemlich arroganten Standpunkt auf anarchistische Künstler. Arroganter als z. B. auf nicht anarchistische. Es ist zweifellos ungefährlicher, seine Philosophie im Atelier oder Studio auszuleben als auf der Straße oder im Betrieb.



Und durch Bildermalen ist meines Wissens noch keine Revolution geglückt. Allerdings bezweifle ich, daß eine anarchistische Gesellschaft oder eine Gesellschaft als solches ohne Formen von Kunst existieren kann. Selbst in den KZs, wenn auch nur ansatzweise, gab es Formen von Kunst. Und ein KZ dürfte wohl die ungüsntigste Gesellschaftsform schlechthin sein. Kurz: der Anarchist als Künstler hat für mich durchaus seine Existenzberechtigung, die aber genau so kritisierbar ist, wie andere Formen anarchistischen Daseins.

Das Klischee vom KünstlerIn, der/die in Kneipen bei speziellen Getränken über spezielle realitätsfremde Themen abgehoben diskutiert, trifft vielleicht für einige Individuen zu, die sich selbst zur Karrikatur erklärt haben. Das Klischee negiert sich, um wieder zurück zur Musik zu kommen, spätestens beim Frühpunk, der aus britischen Vorstadtslums kam, und deren Akteure wußten, von was sie singen und durchaus dem Pflasterstein, wenn es darauf ankam, den Vorzug vor der Gitarre gaben.

Wenn wir in unseren Kollektiven probieren, Formen von anarchistischem Verhalten zu antizipieren, so tut das die Musik nicht, oder nur bedingt. Zwar werden Sehnsüchte und Ideale in den Texten versucht ansatzweise zu antizipieren (z. B. Ton Steine Scherben). Allgemein ist die Undergroundkunst mehr der Versuch, die erfahrbare Realität auf ihre von dem Individuum subjektiv wahrgenommene Art zu beschreiben und in Form von Tonoder Bildmaterial zu reproduzieren.

Die Frankfurter Gruppe "System of Hate" gab sich diesen Namen wohl nicht, um damit utopische Sehnsüchte auszudrücken, sondern um ihre erfahrbare Realität zu benennen, mutmaße ich zumindest.

Es sind nicht nur Namen oder Texte, sondern auch die musikalische Form, die etwas ausdrückt. Frank Zappa, der mittlerweile auch schon einige Platten bei cbs produziert hat, resümierte 1966: "Kein Akkord ist häßlich genug, all die Scheußlichkeiten zu kommentieren, die von der Regierung in unserem Namen verübt werden."

Und Jim Morrisen brachte im März 1969 in Miami immerhin 30.000 Spießer auf die Straße, die gegen ihn demonstrierten.

Und heute? Der Durchschnittsspießer regt sich bestenfalls über den buntbehaarten Punk auf, kaum über seine Musik - er kennt sie nicht, was vielleicht auch besser ist. Seit den Sex Pistols kam großtenteils nur "schneller, harter und immer druff auf die Bullen", ein diletantisches Revolutionsphantasiegewichse unterm Kopfhörer heraus, dessen subversiver Anspruch in stupider Phantasielosigkeit untergegangen ist. Andere gingen dem Kommerz auf den Leim und damit zumindest was den Aspekt "subversiv" angeht, unter. Die unkommerzialisierbare Musik, textlich wie musikalisch, gezähmt und vermarktet. Klassisches Beispiel ist vielleicht Rio Reiser, einst Frontmann von Ton Steine Scherben [illegible] Kombo, die auf der "[illegible]" der Rundfunkanstalten [illegible] im Stil von Lage, [illegible] und all den anderen "[illegible]" mit seiner [illegible] Pseudoprogressivität [illegible].

Auch Systemkritik, solange sie das System nicht gefährdet, ist kommerzialisierbar und damit systemerhaltend, in dem sie einen Teil eines milliardenschweren Wirtschaftszweiges am Leben erhält. Der Underground zerstört sich

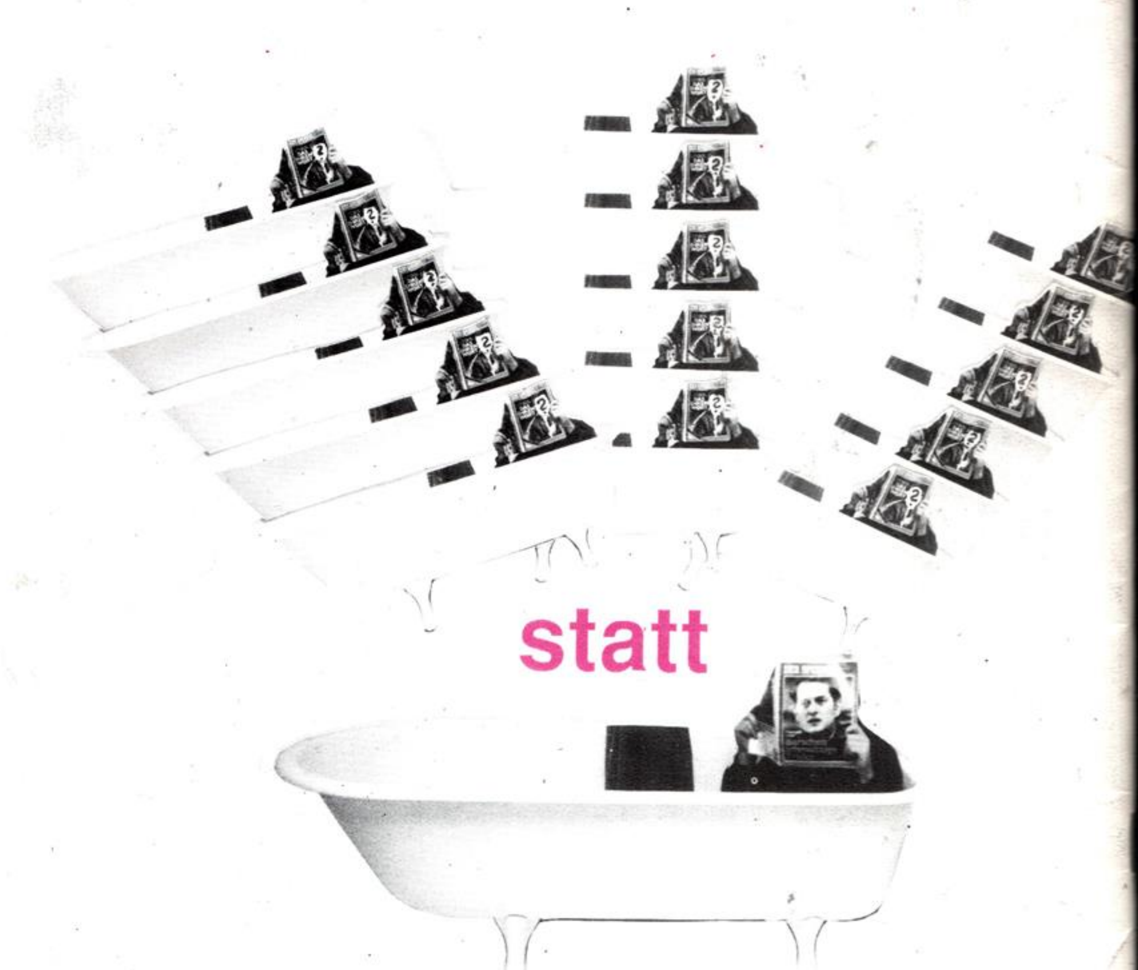


(auch) selbst. Genau so, wie er sich selbst erzeugt, oder nihilistisch: "Alles, was entsteht, ist wert, daß es untergeht."

Fenris Wolf

schafft 1,2,3,4... viele

Badewannen



statt

Parlamentssitze